

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



22. September 1984
Jg. 5 Nr. 19

G 7756 D Preis:
2,50

FdGO-PESTIZID Säuberungsfirma mit Tradition

Wir stellen Ihnen heute
unsere bewährten
Führungskräfte
vor:

Wir klopfen stets zuverlässig die Treue des gesamten Beamtenkörpers
auf Schädlingsbefall ab und desinfizieren gründlich



Tarifkommission will 110 DM mindestens
Seite 7



Kanada: Wahlsieg eines „Progressiv-Konservativen“
Seite 17



Heiliger Stuhl: Ideologische Intervention bereitet militärische Intervention vor
Seite 34

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Berufsverbote: Säuberungskampagne soll Staatstreue der Beamten garantieren 4

Berufsfußball: Raubbau an der Gesundheit 7

Öffentlicher Dienst: Tarifkommission will 110 DM mindestens 7

Kapitalkonzentration: Die westdeutschen Konzerne sind in der EG wieder die größten 8

Deutschlandpolitik: Bundesregierung: Revanchismus? Wo? Bei uns? Nie gesehen, nie gehört! 10
CDU/CSU/FDP/SPD gegen "Revanchismus"-Vorwurf 10

Zimbabwe: ZANU mobilisiert Arbeiter und Bauern 11
Dokumentiert: Bericht des ZK der ZANU an den 2. Kongreß 12

Auslandsberichterstattung

US-Rüstungsausgaben: Die US-Imperialisten werden zum Schuldner der westeuropäischen Imperialisten 14
Die Lohnabhängigen sollen bezahlen 15

Südafrika/Azania: Protestaktionen gegen Preissteigerungen ... 15

Brasilien: Landarbeiterstreiks für höhere Löhne 16

Großbritannien: TUC-Kongreß für Arbeitsplätze 16

Frankreich: Entlassungen bei Citroen 17

Kanada: Wahlsieg eines "Progressiv-Konservativen" 17

Internationale Meldungen 18

Reportagen und Berichte regional

4. Jahrestag der Machtergreifung der türkischen Junta: Zahlreiche Aktivitäten im Bundesgebiet 20

Oktoberfestattentat: Die faschistischen Mörder werden gedeckt, antifaschistische Aktionen behindert 21

Metall-Tarifabschluß: Die Schwächung gewerkschaftlicher Organisationskraft ist unübersehbar 22

Schichtarbeit: Forderungen der Rotationsarbeiter 22

RAF-PROZESS: ANGEKLAGTE ERNEUT AUSGESCHLOSSEN

Die in Düsseldorf wegen "Mordes" an Kapitalistenboß Schleyer angeklagten Adelheid Schulz und Rolf Clemens Wagner wurden Mitte August vom Gericht bis zum Ende der Beweisaufnahme vom Verfahren ausgeschlossen. Adelheid Schulz hatte zu Prozeßbeginn eine Erklärung abgegeben, in der sie den politischen Charakter des Verfahrens hervorhob und die Notwendigkeit des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie begründete. In der Folge wurde es den Angeklagten unmöglich gemacht, den Prozeß gemeinsam vorzubereiten und ihn politisch zu führen. Im Gerichtssaal wurde zwischen ihnen ein Justizbeamter postiert, der jedes Gespräch überwacht. Mehrere Anträge der Verteidigung, die Angeklagten ungestört reden und in den Pausen zusammenkommen zu lassen, wurden abgelehnt. Begründung: Verdunklungsfahr. Daraufhin schlugen Schulz und Wagner gegen die Mikrofone und mit den Füßen gegen die Holzbalustrade, was als "Grund" ausreichte, um sie auszuschließen. Das Verfahren wird mindestens bis Anfang 1985 dauern. Die "Beweisaufnahme" ist so angelegt, daß jeder Hauch eines politischen Verfahrens zum Verschwinden gebracht wird: kriminalistische Untersuchungen, Detailbefragungen von Zeugen usw. A. Schulz, die in der Haft mehrfach mißhandelt wurde, ist außer wegen des Ablebens Schleyers wegen Mitgliedschaft in der RAF angeklagt. — (Mak)

BRD BEKOMMT KOMMANDO ÜBER NUKLEARWAFFEN

Die westdeutschen Imperialisten konnten in den vergangenen Wochen gleich zwei bedeutende Erweiterungen ihres Einflusses innerhalb der NATO durchsetzen. Der westdeutsche Konteradmiral Thäter wurde am 1.7. 84 Chef des Stabes beim Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte Europa Nord (AFNORTH) in Norwegen. Bislang war dieses Kommando von einem britischen General ausgeübt worden. Zusätzlich wurde die Zahl der "deutschen Stellen" bei AFNORTH von 30 auf 60 verdoppelt. Das Oberkommando bei AFNORTH verbleibt wie bisher bei einem britischen General, Stellvertreter ist abwechselnd entweder ein dänischer oder ein norwegischer Luftwaffengeneral. Mit der neuen Position haben sich die BRD-Imperialisten großen Einfluß auf die Operationen der NATO im Nordatlantik verschafft. 1959, als westdeutsche Offiziere nach Norwegen kamen, um ihre Arbeit bei AFNORTH aufzunehmen, waren sie mit Demonstrationen empfangen worden, die gegen ihre Anwesenheit protestierten. Die BRD hatte daraufhin 1961 in einem Abkommen auf Führungsstellen in AFNORTH verzichtet. Jetzt ist dieses Abkom-

men aufgehoben.

Die zweite Einflußerweiterung der BRD betrifft die Aufgabenbereiche des Kiessling-Nachfolgers in Brüssel, General Hans-Joachim Mack. Bisher war dieser als Stellvertreter des NATO-Oberbefehlshabers Rogers u.a. für Fragen der elektronischen Kriegsführung, der chemischen Kriegsführung und der Seekriegsführung zuständig. Seit 1. Juli ist Mack auch zuständig für Fragen der nuklearen Kriegsführung. Schon lange hatten die west-



General Hans-Joachim Mack (BRD)

deutschen Imperialisten diesen Einfluß angestrebt. Das "Handelsblatt" schreibt: "Natürlich hat Mack keine Hand am nuklearen Abzug. Aber er hat mitzureden, ist in den Entscheidungsprozeß eingebunden. Warum eigentlich nicht. Schließlich stehen die Raketen ja auch hier." Nachdem sie jahrelang auf die Stationierung der Mittelstreckenraketen gedrängt hatten, können die BRD-Imperialisten nun auch über den Einsatz dieser Raketen entscheiden. Ihr Einfluß innerhalb der NATO ist durch die Stationierung der Mittelstreckenraketen deutlich gestiegen. (Handelsblatt, 10.9.84, Europäische Wehrkunde 9/84 — rül)

ANDREOTTI KRÄNKT DIE "BILD"-ZEITUNG

In seltener Einigkeit heult die bürgerliche Presse unter Führung der "Bild"-Zeitung ("Warum verrät uns Andreotti?") auf; die Bundesregierung verordnet Kränkung und Beleidigung als nationales Volksgefühl: Der italienische Außenminister Andreotti hat sich am 15.9. für "die Überwindung des Pan-Germanismus" und den Bestand zweier deutscher Staaten ausgesprochen. "Bild" definiert "Pan-Germanismus": "Das Schlagwort entstand um 1865: Alle Deutschsprechenden sollten in einem Staat vereinigt werden." und bemerkt: "Auf die heutige Lage übersetzt: Wir, die 'DDR', Österreich, die Schweiz, Tirol ... unter einem Dach. Eine Idee, die es nirgendwo gibt ..."

Tatsache ist, daß die Bundesregierung und die bayerische Landesregierung während der Brenner-LKW-

Blockade im März die Brenner-Grenze, die durch Tirol verläuft und zwischen Österreich und Italien besteht, kurzerhand zur deutsch-italienischen Grenze erklärten und Italien wegen des Zöllnerstreiks unter Druck setzten; Tatsache ist, daß die Deutschen Burschenschaften am 17. Juni 1983 mit Fackelzügen an der deutsch-österreichischen Grenze für die Wiedervereinigung der BRD mit Österreich demonstrierten und Tatsache ist schließlich, daß am 9.9.84 in Innsbruck ein von der österreichischen Regierung unterstützter Aufmarsch von 35000 "deutschstämmigen" Südtirolern stattfand, der sich gegen die "Besetzung" Südtirols durch Italien wandte.

Die Bundesregierung wird nach ihrer scharfen "Zurechtweisung" der italienischen Regierung als nächstes Andreottis Kopf fordern. Gelänge ihr dessen Absetzung, so hätte sie die italienische Regierung nicht nur neuerlich auf ihre großdeutschen Ziele verpflichtet, sondern auch die Unterordnung Italiens gegenüber den BRD-Imperialisten innerhalb der EG und der NATO öffentlich bekräftigt. — (Mak)

SCHACH-WM: KAMPF DER SYSTEME

Wie einfach war das doch, damals, als der Amerikaner Bobby Fischer dem Sowjetrussen Spassky die Schachweltmeisterschaft entwandt: Die westliche Freiheit bezwang die östliche Despotie. Klar und einfach war's auch, als der sowjetische Emigrant Victor Kortschnoj gegen den Sowjetrussen Karpow antrat: der Gute gegen den Bösen, der Freiheitskämpfer gegen den Archipel Gulag. Daß Kortschnoj, der Emigrant, zweimal unterlag, bewies nur, wie sehr er Opfer der "kolossalen Maschine des totalitären Staates" war. Derzeit nun spielen zwei Sowjetbürger um die Schach-

weltmeisterschaft. Doch davon läßt sich die westdeutsche Presse nicht blenden — nein, hinter den Erscheinungen an der Oberfläche spürt sie findig die tiefere Wahrheit auf: Nur vordergründig wird Schach gespielt, in Wirklichkeit messen sich die Systeme; wenn nicht im Schach-Krieg so doch in einer Art Schach-Bürgerkrieg. — Da ist einmal Karpow, der Prototyp des verdienten, dabei blutarmen Sowjet-Funktionärs: "Er hat ein Valuta-Konto bei der Außenhandelsbank, fährt Mercedes und nimmt öffentlich zu allem möglichen Stellung ... Aber trotz aller Erfolge und zahlloser Auftritte ist er so mausgrau-unauffällig geblieben, wie seine Anzüge es sind." Wie anders dagegen Kasparow, sein Herausforderer: "Sein Anzug ist gutgeschnitten und sitzt. Man könnte sich gut vorstellen, wie der 21jährige mit selbstsicherem Schwung irgendein Lokal im Kaukasus betritt und lässig Puppen, Mäuse und Miezen tanzen läßt". Der Mann hat Kultur, westliche Lebensart, und nicht nur das: "Er hat ... viele Freunde, Karpow wenige." Wen wundert's? Schließlich ist dieser Karpow "politisch nicht nur engagiert, sondern immer voll auf Linie." Kasparow dagegen, der "kehrt gelegentlich den lokkeren Freigeist hervor." So ist denn auch klar: Karpow "ist der Favorit aller Rechtsdenkenden". Er "vertritt gesellschaftlich gewissermaßen das slawische Establishment". Die Herzen der Nicht-Etablierten, der Nicht-Slawen fliegen um so zielstrebig zu Kasparow zu: "Nicht nur Aserbeidschan fiebert für ihn, sondern vermutlich auch der ganze Kaukasus und der übrige Süden der UdSSR, vielleicht aber auch andere Minderheitsnationen." Und ach, überhaupt: "Das breite Publikum, sofern es ehrlich ist, wünscht Kasparow den Sieg." Der Westen ist mit den Ehrlichen! (Zitate aus Kölner Stadtanzeiger, FAZ vom 10.9. — scc)



Kohl läßt sich von Südtiroler "Gebirgsmusikern" ein Ständchen geben (April 1984). Die großdeutsche Propaganda der Bundesregierung hat nun ihren gewünschten Widerhall gefunden: Südtiroler "Deutsche" wünschen die Beendigung der "italienischen Besetzung" (siehe auch die Meldung auf dieser Seite). Der Revanchismus dieser Bundesregierung ist planmäßig. — (rül)

Blohm & Voss: "84 Überstunden sind ... doch normal" 23

Ausländerpolitik. Wallmann gegen Ausländererlaß 23

Baden-Württemberg: Grüne fordern Kommunalwahlrecht — Innenminister: "verfassungswidrig" . 24

Revanchismus: Kanzler Kohl am "Tag der Heimat" 25

Neonazis: FAP kandidiert zu Kommunalwahlen 25

Kommunalwahlen: Alternative Linke Liste (ALL) kandidiert zu den Gemeinderatswahlen in Heilbronn . 26
Auszüge aus dem Programm der ALL 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Soziale Absicherung und Pflegebedürftigkeit: Positionen der Gewerkschaft ÖTV zu einer Pflegeversicherung 29

Sozialstatistik

Bevölkerungsentwicklung: Mehr Lohnabzüge — Amtliches zu Folgen nichtgeborener Kinder 30
Beiträge zur Bevölkerungspolitik . 30

SPD-Rentenvorschläge: Auch SPD fordert eine "neue dynamische Rentenformel" 31

Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Antifaschistische Plastik: Ein Dorn im Auge der Reaktion ... 32

Katholische Kirche: Vater Staat ... und Mutter Kirche in Bayern 33

Heiliger Stuhl: Ideologische Intervention bereitet militärische vor 34

Spezialberichte

Beschäftigungsförderungs- und Arbeitszeitgesetz: Regierung schafft Bedingungen zur Beseitigung von kollektiven Schutzrechten 36
BDI, BDA, Handwerk fordern — Regierung spurt 36
Leiharbeit — ohne jegliche tarifliche Absicherung 37
Gleitzeit — Möglichkeiten zur Intensivierung der Arbeit im Angestelltenbereich 38
KarpovAz — Angriff auf die Arbeitsbedingungen 39

Titelbild: Karikatur güv, Köln

Berufsverbote

SÄUBERUNGSKAMPAGNE SOLL STAATSTREUE DER BEAMTEN GARANTIEREN

Die Bundesregierung und die Länderregierungen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein weiten die schon 1981 begonnene Säuberung des öffentlichen Dienstes zu einer groß angelegten Kampagne aus. Bundespostminister Schwarz-Schilling hat bisher gegen neun Postbeamte Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung eingeleitet, weil sie bei Parlamentswahlen für die DKP kandidiert haben. In Niedersachsen will die Landesregierung aus demselben Grund 23 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes entlassen. In der nächsten Zeit wird vor der Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Hannover nacheinander gegen 15 Lehrer verhandelt, die für die DKP 1981 zu den niedersächsischen Kommunal- und Landtagswahlen kandidiert hatten. Aus Schleswig-Holstein sind inzwischen auch schon drei ähnliche Fälle gemeldet worden.

Diese Kampagne richtet sich scheinbar nur gegen die DKP und ihre Mitglieder im öffentlichen Dienst. Tatsächlich verfolgt die Reaktion damit drei Ziele gleichzeitig.

Erstens sollen Mitglieder der DKP aus dem öffentlichen Dienst entfernt und diese Partei aus der Öffentlichkeit gedrängt werden. Bundes- und Landesregierungen stützen sich dabei auf die neuere Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, welche sie in den letzten Jahren durch Entlassungsverfahren, Berufungen und deren Begründungen erwirkt haben. Die weitestgehenden Erfolge konnten sie 1981 mit dem Urteil gegen den Fernmeldehaupteinsekretär Peter und am 10.

Mai 1984 mit dem Urteil gegen den Postbeamten Meister erreichen. Beide Urteile sind Fortschreibungen des KPD-Verbotsurteils.

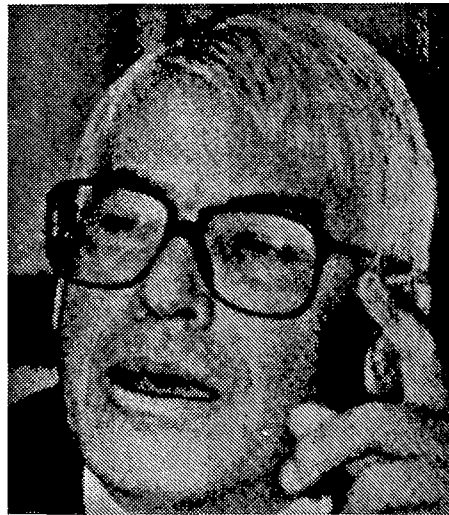
Im Urteil gegen Peter hatte das Bundesverwaltungsgericht erstmals festgestellt, daß die DKP eine "verfassungsfeindliche Partei" sei und daß "die Aussagen des Bundesverwaltungsgerichts in dem KPD-Verbotsurteil vom 17. August 1956 weiterhin auch für die DKP zutreffen". Auch wenn ein Beamter sich außerdienstlich für eine solche Partei einsetze, müsse er entlassen werden. In diesem Urteil sind schon alle Gründe für ein mögliches Verbot der DKP zusammengestellt.

Im jüngsten Urteil gegen den Postbeamten Meister erklärt das Bundesverwaltungsgericht, daß eine Kandidatur für die DKP als aktiver Einsatz für eine verfassungsfeindliche Partei anzusehen ist: "Wer sich in der Öffentlichkeit in einer derartigen Weise mit einer verfassungsfeindlichen Partei identifiziert und ihr so zu politischer Macht und politischem Einfluß verhelfen will mit dem Endziel, die Bundesrepublik in einen sozialistischen Staat marxistisch-leninistischer Prägung umzuwandeln, handelt in schwerwiegendem Maße seiner Treuepflicht zuwider."

Bundesregierung und Landesregierungen können dieses Urteil hervorragend nutzen, Druck auf die vom Verfassungsschutz auf 4 000 geschätzten "Linksextremisten" im öffentlichen Dienst auszuüben, sich von sozialistischen Zielen loszusagen. Von dem

Marburger Postbeamten Bastian, der für die DKP einen Sitz im Stadtrat inne hat, hat die Anhörungsbehörde als Zeichen seiner Verfassungstreue die Niederlegung seines Mandats verlangt. Neben der Isolierung und Zersetzung der DKP verfolgt die jetzige Kampagne die Absicht, auch die revolutionären Sozialisten mundtot zu machen und die Voraussetzungen für ein Verbot der DKP und der revolutionären Organisationen zu verbessern.

Zweitens verfolgen die CDU-Regierungen als Dienstherrn die Absicht, das mit der "Kiessling-Affäre" eingeleitete Putzen des Staatsapparates nun auch auf den unteren Rängen fortzusetzen. Die Kriterien des Beamtenrechts, die sie nun an DKP-Mitglieder



Postminister Schwarz-Schilling ist ein Vorreiter der Säuberungswelle.

BLÜM UND GEISSLER FORDERN "KOSTENDÄMPFUNG"

Die alarmierende Entwicklung der Krankenkosten war ein Hauptthema der am 7.9. beendeten 59. Arbeits- und Sozialministerkonferenz in Goslar, an der die Bundes- und Länderminister teilnahmen. Die Ministerkonferenz forderte eine Kostensenkung im Gesundheitswesen. Blüm kündigte "neue gesetzliche Regelungen" an, falls sich die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen im Herbst nicht auf geeignete Maßnahmen einigen könnte. Im einzelnen forderte die Konferenz: mehr "verantwortungsbewußte Eigenvorsorge"; Kassenärzte sollen billigere Arzneimittel verordnen, da in ihren Händen eine "Konzentration von Kostenverantwortlichkeit" liege; die "Leistungs- und Kostentransparenz" müsse in allen Bereichen verbessert werden. Familienminister Geißler propagierte erneut die Dämpfung der

Krankenhauskosten speziell bei Pflegefällen, die verstärkt ambulant versorgt werden sollen. Dies sei nicht nur humaner, sondern auch weitaus ökonomischer. Er verwies auf den "Maßnahmenkatalog" aus seinem Ministerium auf Grundlage des "Berichts der Bundesregierung zu Fragen der Pflegebedürftigkeit". — (mio)

BLÜM BESEITIGT SCHWER-BEHINDERTENSCHUTZ

Blüm hat jetzt einen Entwurf zur Änderung des Schwerbehindertengesetzes vorgelegt. Danach sollen bis 1989 alle bisher anerkannten Schwerbehinderten erneut überprüft werden, um "fehlerhafte Bescheide aus der Vergangenheit" zu korrigieren. Damit trägt Blüm dem von den Kapitalistenverbänden vorgetragenen Wunsch Rechnung, die Zahl von rd. 4,6 Mio. Schwerbehinderten zu senken. Der Gesetzentwurf schließt ausdrücklich "Funktionsbeeinträchtigungen, die

nach ihrer Art und ihrem Umfang für das Alter typisch sind", als Behinderung aus. Damit wären die Kapitalisten künftig für die große Zahl von in der Produktion verschlissenen älteren Beschäftigten von Ausgleichsleistungsbefreiung. Das Gesetz bringt weitere "Entlastungen" für die "privaten und öffentlichen Arbeitgeber" durch die Senkung des Zusatzurlaubs für Schwerbehinderte um einen auf fünf Tage sowie der Anrechnung von Kuren auf den Zusatzurlaub. — (alk)

WEITERHIN ZWANGSARBEIT FÜR ASYLBEWERBER

Die Bundesregierung erklärte jetzt, daß sie trotz der Kritik der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) an der Zwangsarbeit für Asylsuchende festhalten will. Der ILO-Ausschuß, der mit der Überwachung des internationalen Zwangsarbeitsabkommens beauftragt ist, hat die Heranziehung von Asylbewerbern, für die ein Arbeits-



DPG und GEW protestieren gegen die Disziplinarverfahren.

anlegen, gelten auch für alle anderen Beamten. Im Urteil gegen Meister führt das Bundesverwaltungsgericht aus, Sinn der politischen Treuepflicht der Beamten sei, "damit eine verlässliche, den Staat vor allem in Krisenzeiten und in Loyalitätskonflikten verteidigende Beamtenschaft" zu garantieren. Die direkte Folge wäre eine weitere Entrechtung der Beamtenrechte unterworfenen Angehörigen des öffentlichen Dienstes. In einer gemeinsamen Verfügung haben am 27. August Bundesinnen- und Bundespostministerium den Beamten und den Gewerkschaften im öffentlichen Dienst mit umfassenden Disziplinarmaßnahmen und Schadenersatzforderungen gedroht, für den Fall, daß sie sich an Streiks oder deren Vorbereitung oder Unterstützung beteiligen. In der Verfügung heißt es: "Gegen Verbände und Gewerkschaften, die einen Streik ihrer Mitglieder durch die eige-

ne Verbandspolitik unterstützen, kommen Schadenersatzansprüche nach §826 BGB in Betracht."

Drittens soll die Kampagne gegen DKP-Mitglieder im öffentlichen Dienst auch die linken, fortschrittlichen Kräfte innerhalb der GRÜNEN einschüchtern und ausschalten. Gegen ein paar Mitglieder der GRÜNEN waren schon Disziplinarverfahren eingeleitet. Immer wieder kommt aus den Reihen der CDU-Politiker der Vorschlag, Berufsverbote auch auf GRÜNE anzuwenden. Die Dressurakte, die aufgrund des Beamtenrechts und der zugehörigen Rechtsprechung von Beamten verlangt werden können, sind so weitreichend, daß die GRÜNEN solche Drohungen ernst nehmen müssen. Erst am 30.8. hat CDU-Generalsekretär Geißler die GRÜNEN als "antidemokratisch" bezeichnet, weil sie "nicht einmal die Freie Marktwirtschaft respektieren" und

sich erneut dafür eingesetzt, die laufende Terrorkampagne auch auf die GRÜNEN auszudehnen. Diese würde das noch viel mehr treffen als die DKP, da ein weitaus größerer Teil ihrer Funktionsträger im öffentlichen Dienst beschäftigt ist. Aber schon die alleinige Androhung solcher Maßnahmen stärkt die staatstragenden Kräfte innerhalb der GRÜNEN und schwächt alle Kräfte, die in den GRÜNEN Kritik an Staatstreue und Chauvinismus üben.

Von dieser Säuerungskampagne sind ziemlich viele Leute und Organisationen betroffen. Gegen die jeweils geplanten Entlassungen haben sich Untergliederungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Deutschen Postgewerkschaft gewandt. Die GRÜNEN treten in den Parlamenten gegen die Disziplinarverfahren und Entlassungen auf.

Obwohl also eigentlich eine alle diese Leute und Organisationen umfassende Aktionseinheit möglich sein müßte, ist eine solche bisher nicht zustande gekommen. Der Hauptgrund dafür ist unserer Meinung nach, daß die Herstellung einer Front gegen diese Säuerungskampagne solange nicht möglich ist, wie die praktische Hauptforderung darin besteht, von den Gerichten und Behörden zu verlangen, sie sollten "im Einzelfall prüfen", ob die Betroffenen verfassungsfeindlich seien oder nicht. Dieser Vorschlag stammt aus der SPD.

Die GRÜNEN hatten einen anderen Vorschlag gemacht. Ihre Fraktion im niedersächsischen Landtag stellte am 11.11.1982 folgenden Antrag: "Die Landesregierung wird aufgefordert, alle förmlichen Disziplinarverfahren gegen Lehrer und Verwaltungsangestellte, die wegen der Kandidatur auf Listen der DKP unter Wahrnehmung ihres passiven Wahlrechts bei den ver-

bot besteht, zu sogenannten gemeinnützigen Arbeiten als unvereinbar mit dem Übereinkommen bezeichnet. Die Bundesregierung will dennoch an den 1982 in Kraft getretenen Bestimmung des Sozialhilfegesetzes festhalten. (Bt-Drs. 10/1880 - alk)

SOZIALMIETEN ERHÖHT

Während die Reaktion die Scheindebatte weiter anheizt, ob 200000 oder 1 Mio. Mietwohnungen leerstehen, um vor allem die 4 Mrd. Subventionen 1983 für Genossenschafts- und Sozialwohnungen einzusparen und umzuverteilen, hat Wohnungsbauminister Schneider (CSU) ohne Gegenwehr von SPD und GRÜNEN gehandelt. Durch Änderungen der Neubaumieten- und Berechnungsverordnungen zum 1.5.84 sind die Reparaturrücklagen für preisbegrenzten und -gebundenen Wohnraum um 3,10 DM/qm (Erstellung bis 1952), um 3 DM/qm (bis 69) und 3,10

DM/qm (bis 79) pro Jahr angehoben worden. Die kalkulatorischen Rücklagen für Malerarbeiten wurden um 1,90 DM/qm angehoben. Nach einer Übergangsfrist haben nahezu alle Unternehmen im Bundesgebiet zum 1.8.84 mit einer Mieterhöhungswelle zugefaßt. Erhöhung etwa für eine Wohnung bis 69 bei einer bundesweiten Durchschnittsgröße von 61,8 qm einschließlich Mietausfallwagniserhöhung 315 DM pro Jahr! Restlos beseitigt werden damit noch bestehende Preisvorteile solcher Wohnungen vor allem bei Erstellung in den 50er und 60er Jahren von 1,50 DM/qm bzw. 0,60 DM/qm; die "Überführung" dieses Wohnungsektors in den freien Markt ist eingeleitet. - (ped)

"VERBRECHER" HATZ WEITER ZENTRALISIERT

Das Innenministerium meldet in der letzten Ausgabe der Zeitschrift "Innere Sicherheit", daß nunmehr die Ein-

richtung des "Kriminalaktennachweises" (KNA) beim Bundeskriminalamt abgeschlossen ist. Die Polizei verfügt jetzt nicht nur über ein zentrales, im Datenverbund jederzeit zugängliches Urteils- und Straftäter-Register, sondern auch über eine Sammlung aller "überregional bedeutenden" Ermittlungsverfahren, der außerdem regionale Sammlungen aller Ermittlungsverfahren zugeordnet sind. Das Bundeskriminalamt erfaßt u.a. "Delikte, bei denen der Verdacht besteht auf gewohnheits-, gewerbs- oder bandenmäßige Begehung ... planmäßige überörtliche Begehung; Handeln zur Verfolgung extremistischer Ziele; Begehung unter Mitführung von Schusswaffen ... erneute Straffälligkeit des Beschuldigten/Tatverdächtigen außerhalb seines Wohn- oder Aufenthaltsbereichs". Den Ausführungen ist zu entnehmen, daß alle Länderpolizeien an der Erfassung bloßer Verdachtsmomente mitwirken wollen. - (uld)

gangenen Kommunal- und Landtagswahlen eingeleitet wurden, sofort einzustellen." Mit dieser Forderung wäre zumindest ein politisches Vorgehen gegen die ganze Säuberungswelle möglich. Politischer Protest wäre nicht darauf beschränkt, den Behörden und Gerichten in jedem "Einzelfall" vorzuhalten, die Betroffenen seien ausgesprochen verfassungstreu.

Die SPD konnte sich diesem Vorschlag nicht anschließen, weil er dem "Prinzip der Einzelfallprüfung widerspricht", wie es "nicht zuletzt in den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts als wichtiger Grundsatz betont wird". Mit dieser Einschränkung hat sich auch die SPD "gegen die Berufsverbote ausgesprochen". Ihr Spitzenkandidat in Niedersachsen, Gerhard Schröder, konnte sogar versprechen: "Wenn ich Regierungsverantwortung in Niedersachsen hätte, gäbe es keine Berufsverbote."

In Hessen haben die GRÜNEN die SPD zu eine Koalitionsvereinbarung gezwungen, nach der vom Berufsverbot Betroffene wieder eingestellt werden können. Einen Rechtsanspruch können diese aus der Vereinbarung aber nicht ableiten. So bleibt auch dem hessischen Kultusminister die Möglichkeit, in aller Ruhe im Einzelfall zu prüfen, ob die geforderte Verfassungstreue bei jedem Bewerber gegeben ist.

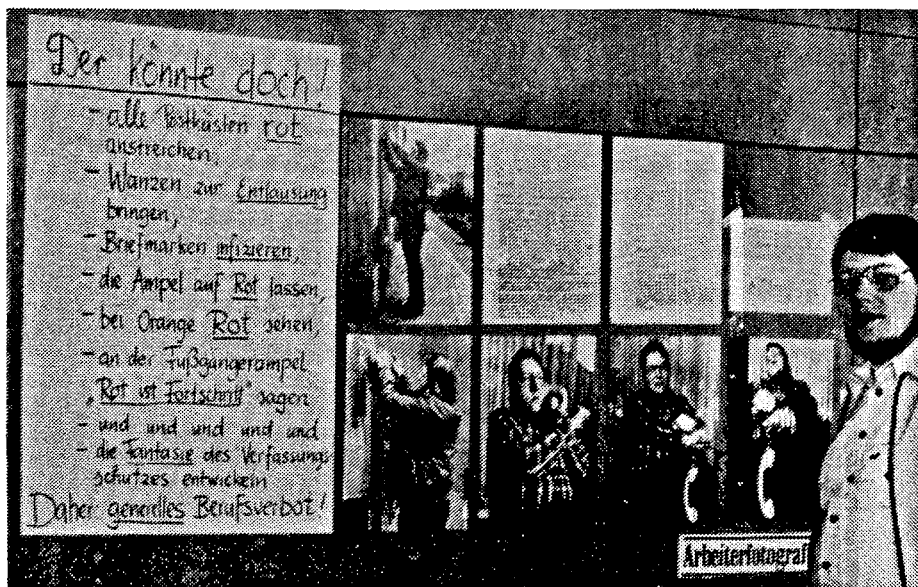
Ein solches Vorgehen ermöglicht der SPD, den Protest gegen die Berufsverbote politisch zu vereinnahmen, ohne sich von ihrem "Radikalerlaß" aus dem Jahre 1972 vollständig zu distanzieren. Sie kann sich hinter den jeweils neuesten Gerichtsbeschlüssen verstecken und jede Verantwortung für Verfahren wie das gegen den Postbeamten Meister, welches

noch unter einer SPD-Regierung eingeleitet wurde, von sich weisen.

Die DKP und ihre mit Disziplinarverfahren überzogenen Mitglieder haben sich der Politik der "Einzelfallprüfung auf Verfassungstreue" in der Hoffnung angeschlossen, Unterstützung von der SPD zu bekommen. Das hat negative Auswirkungen auch auf die Mobilisierung gegen die jetzt stattfindenden Prozesse, weil sie dadurch auf den Kreis derer, die den Betroffenen persönlich kennen, einge-

fentlichen Dienst entfernt werden. Der Dienstherr und die Richter haben dafür einen sicheren Instinkt. Einen "Irrtum" kann man ihnen dabei nur in den seltensten Fällen nachweisen.

Dienstherr und Gerichte benutzen offensiv das Beamtenrecht und das KPD-Verbot, um in den unteren Rängen des öffentlichen Dienstes bedingungslose Unterwerfung unter die Regierung durchzusetzen. Eine Aktions-einheit gegen die jetzigen brutalen Angriffe wird nicht umhin können, das



Ausstellung gegen die Entlassung des Fernmeldeoberwirts Seidenberg

schränkt wird. Auf der Grundlage "der XY ist aber gar kein Verfassungsfeind" ist ein politischer Zusammenschluß fast unmöglich. Gegenüber den Behörden und den Gerichten nützt ein Pochen auf die Verfassung gar nichts. Die Betroffenen sollen ja gerade, weil sie andere Ziele verfolgen, als die Herrschenden sie in der Verfassung festgeschrieben haben, aus dem öf-

Beamtenrecht zu kritisieren und sich mit dem KPD-Verbot auseinanderzusetzen.

Quellenhinweis: Verfügung des Bundespostministers 311A A 6112-7; Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 10. Mai 1984 - BVerwG I D 7.83; Niedersächsischer Landtag, Drucksache 10/372, 10/1065, 10/1108, 10/1393 - (clm)

1:3 - KAISER FRANZ, WIR DANKEN DIR!

Da hatte er nun schon seinem Monarchen-Titel mit der Wiedereinführung preußischen Soldatentums im Trainingslager alle Ehre gemacht, und trotzdem schlich Kaiser Franz als Verlierer vom Feld der Ehre. Pünktlichkeit, Zucht und Disziplin hatte Beckenbauer seinen Mannern verordnet, denn "wer im normalen Leben diszipliniert ist, wird es auch auf dem Platz sein." Und immerhin geht es ja ums deutsche Vaterland. BILD hatte schon vor Wochen gefleht: "Die Nation braucht dich!". Nur, die Spieler scheinen das nicht so ganz begriffen zu haben, außer dem Schumacher natürlich, der bei der Nationalhymne dasteht wie die Freiheitsstatue auf bundesrepublikanisch. Einigen Spielern scheint die eigene Gesundheit vor der Ehre der Nation vorzugehen, und tatsächlich ist das Leben eines Frühinva-

liden nun auch nicht gerade eine Zukunftsperspektive. Sollte diese Einstellung zum Trend werden, so wäre dies das eigentlich Positive an der Entwicklung des westdeutschen Fußballs. Für die Belange der "deutschen Ehre" wäre dann ja immer noch der Toni im Tor da; der hat ja auch diesmal nur drei Dinger reingelassen. - (Mak)

PROZESS GEGEN BRAUN- SCHWEIGER AUTONOME

Im Oktober findet in Braunschweig der Prozeß gegen die beiden Autonomen Wolfgang Gladisch und Rolf Nonnenmacher statt. Die Anklage lautet auf "fahrlässige Herbeiführung einer Explosion". Der Vorwurf der "Verabredung zu einem Explosionsverbrechen" wurde nicht in die Anklage aufgenommen, könnte juristisch in der Hauptverhandlung aber wieder auftauchen. Rolf und Wolfgang waren nach einem Unfall mit Chemikalien in

ihrem Keller im März 1983 verhaftet worden. Nach vierwöchigem Hungerstreik für ihre Zusammenlegung und gegen die gegen Wolfgang als "Heraanwachsenden" verhängte Zwangsarbeit wurden sie im Januar 1984 aus der U-Haft entlassen. Die Staatsanwaltschaft behauptete, die beiden hätten einen Bombenanschlag auf das Rekrutengelöbnis in Braunschweig im Mai '83 geplant gehabt. Als "Beweis" dienten Aufrufe der Autonomen, dem Gelöbnis entgegenzutreten. - (Mak)

DROHUNGEN GEGEN

MANÖVERBEHINDERUNGEN

Derzeit finden im Raum Hildesheim Aktionstage zur Manöverbehinderung statt. Vom 19.-22.9. werden Camps im Manövergebiet durchgeführt, am 22.9. sollen im Rahmen mehrerer Autokonvois die Behinderungsaktionen verstärkt und mit einer Abschlußkundgebung am Nachmittag in Hildesheim beendet werden. In dem Manöver

Berufsfußball**RAUBBAU AN DER
GESUNDHEIT**

"Doping — 50 Sowjet-Sportler tot!" weiß die Bild-Zeitung am 28.8. zu berichten. Was jeder schon lange zu wissen glaubte, durch BILD wird es bestätigt: 1. sind die Russen nur gut, weil sie dopen und 2. sind sie skrupellos genug, um für den nationalen Erfolg ihre Sportler zu opfern. Daß es allerdings keines Dopings bedarf, um die Gesundheit von Sportlern zu ruinieren, zeigt ein Blick auf das täglich Geschäft z.B. der Fußball-Bundesliga, und die befindet sich nachweislich in der BRD.

Über die Karriere des früheren Nationalspielers Rainer Bonhof weiß der "kicker" zu berichten, er habe sich durchgebissen dank ungeheuren Fleißes und Zähigkeit: "Er war immer der Letzte, der den Trainingsplatz verließ" und legte immer wieder Sonder-schichten ein. "Kein Wunder, daß Bonhof bald der Lieblingsschüler Hennes Weisweilers wurde." Das war Anfang der 70er Jahre. 1983 stellte Bonhof Antrag auf Invalidität, sein ehemaliger Trainer Weisweiler verstarb vor Erreichen des normalen Rentenalters an Herzversagen. Der Torjäger Paul Dörflinger wurde wegen "Formschwäche" vom MSV Duisburg über Hertha BSC 1982 zum SC Freiburg zurück-transferiert, wo er erfolglos weiter-spielte, ehe sich herausstellte, daß er seit einiger Zeit an einer schweren Krankheit litt, an der er bald darauf starb.

Dies einige extreme Beispiele für den Raubbau, der an der Gesundheit von Berufsfußballern getrieben wird. Allein am vierten Spieltag der laufenden Bundesligasaison standen 45 von

326 Spielern (= 14%) auf der Verletztenliste, darunter neben den üblichen Prellungen, Zerrungen, Sehnenrissen usw. zwei Nasenbeinbrüche, ein Lungenriß und ein Wadenbeinbruch.

Nach dem Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung für 1983 betrug die Häufigkeit der angezeigten Arbeitsunfälle 1982 7,1%, im Bereich der gewerblichen Berufe 6,2%. Der Krankenstand der Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung, das sind die Lohnabhängigen, erreichte einen Jahresdurchschnitt von 4,7%, bei den Männern 4,9%. Die im Durchschnitt 10-20% Verletzungsausfälle pro Bundesligaspieltag liegen also um das Mehrfache über dem Kranken- und Arbeitsunfallstand der gesamten lohnabhängigen Bevölkerung, allenfalls schwere Schichtarbeiten wie auf den Werften oder in der Automobilindustrie weisen ähnliche Ausfallquoten auf. Dabei muß zusätzlich berücksichtigt werden, daß Fußballspieler in der Regel nicht älter als 35 Jahre sind, ihre Arbeitskraft also in nur 10-15 Jahren verschlissen wird. Nach einer Untersuchung von 1977 leiden 66% aller Berufsfußballer unter krankhaften Veränderungen des Bewegungsapparats, bei 43% sind die Sprunggelenke dauerhaft geschädigt. Beispielhaft seien hier die Torhüter genannt: Bei diesen tritt, so eine Studie von 1980, als Berufskrankheit besonders häufig chronische Schleimbeutelentzündung im Knie auf. Ursache: das häufige Hinwerfen nach dem Ball. Nicht beachtete Prellungen und kleinere Verletzungen führen zu Muskelentzündungen im Oberschenkel, die selbst bei normalem Gehen auftreten können. Da gerade bei den Torhütern die Konkurrenz besonders groß ist, spielen viele Torleute oft mit Verletzungen durch. Der frühere Kölner Keeper

Gerhard Welz etwa zog sich 1974 einen Schädelbruch zu, wollte sich nicht auswechseln lassen (Welz war WM-Kandidat) und brach schließlich auf dem Platz zusammen; Stuttgarts Roderer blieb vergangene Saison mit einer Nierenquetschung zwischen den Pfosten, bis nach dem Spiel Blut im Urin auftrat.

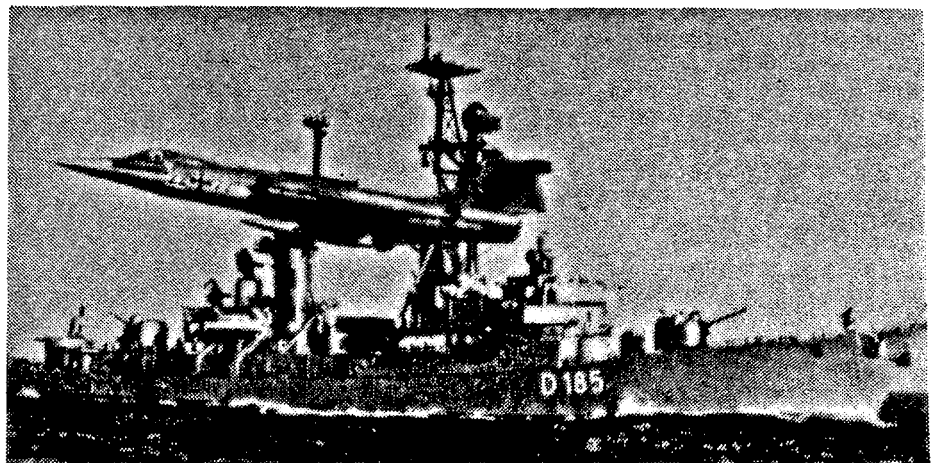
Dennoch: Der "deutsche Fußball" steckt in einer Krise, und schuld sollen die Spieler sein. Zu wenig "Kampfgeist", mangelnde Einsatzbereitschaft werden als Ursachen gehandelt, was nichts anderes heißt, als daß viele nicht mehr bereit sind, sich vollends verschleiben zu lassen. Die Gegenwehr jedoch ist schwierig. Zeitarbeitsverträge, prämien- und leistungsbezogene Verträge, die inzwischen die Regel sind, individuell mit den Vereinen ausgehandelt, sind eine Belastung. Aber vielleicht hat der Spieler-Streik in Spanien für Altersversorgung und Sozialversicherung Auswirkungen auf die Bundesliga.

Quellenhinweis: Prokop, Jelinek, Suckert: Sportschäden, Fischer-Verlag 1980; kicker-Sportmagazin; Bild v. 28.8.84. — (Mak)

Öffentlicher Dienst**TARIFKOMMISSION WILL
110 DM MINDESTENS**

Am 6. September hat die Große Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV die Forderung für die Tarifbewegung 1984 beschlossen. Die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) und die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) haben ebenso wie der Beamtenausschuß des DGB dieselbe Forderung beschlossen: Erhöhung der Grundeinkommen und des Ortszu-

"Löwenherz 84", in dem mehr als eine Viertelmillion Soldaten eingesetzt werden und das in diesen Tagen seine wichtigsten Kampfhandlungen haben soll, übt die Bundeswehr mit ihren imperialistischen Verbündeten für einen Angriffskrieg gegen die Länder des Warschauer Vertrages, was der von der regionalen Aktionskonferenz beschlossene Aufruf angreift. Aus dem Verteidigungsministerium ist zu hören, daß die Polizei für einen sicheren Verlauf aller Manöver sorgen werde. Der nds. Innenminister Möcklinghoff bemerkt, daß Manöverbehinderungen Gewalt seien, und droht mit dem Nötigungsparagrafen. Neben dem Offenen Brief von Teilen der Friedensprominenz gegen die Aktionen ist noch die Warnung des SPD-Parteivorstandes durch dessen Vorsitzenden W. Brandt zu erwähnen. Diesen ist die Möglichkeit des politischen Angriffs auf Bundeswehr, Aufrüstung und Kriegsziele zu nahe. — (mio)



Die BRD beteiligt sich an Kriegssübungen gegen die karibischen Länder. Um "die Geschlossenheit der NATO auf hoher See sichtbar zu machen", so Staatssekretär Würzbach vom Verteidigungsministerium am 13.8., nimmt der Zerstörer Lütjens (Bild) in diesem Monat an NATO-Manövern in der Karibik teil. Ein weiterer Zerstörer, die "Mölders", reist hinterher und wird bis Mitte Dezember u.a. den US-Stützpunkt Guantanamo auf Kuba und den Hafen Roosevelt Road auf der US-Kolonie Puerto Rico anlaufen. — (rül)

schlages um 5 %, mindestens aber 110 DM mehr; Laufzeit 12 Monate, beginnend ab 1. September 1984; Arbeitszeitverkürzung in Form von insgesamt zehn bezahlten freien Tagen jährlich. Diese Forderung konkretisiert den vom geschäftsführenden Hauptvorstand vorgegebenen Diskussionsrahmen an zwei wichtigen Punkten.

Erstens konnte sich die Große Tarifkommission gegenüber einer reinen Prozentforderung behaupten. Der von mehreren Landesbezirken diskutierte Festbetrag von 130 DM wurde allerdings auf 110 DM gestutzt und ist damit so niedrig, daß jeder weitere Abstrich davon die Streikbereitschaft unterminiert. Die Mindestforderung ermöglicht aber die Auseinandersetzung mit der Lösung der Bundesregierung "Leistung muß sich wieder lohnen". Die Durchsetzung des Mindestbetrages würde Bund, Länder und Gemeinden zwingen, den Tatbestand der maßlosen Vernutzung der Arbeitskraft in der Einkommenszone unter 2200 DM anzuerkennen und dafür zu zahlen. Wenn Staatssekretär Voss aus dem Finanzministerium die Forderung als "maßlos überzogen" angreift, dann gilt dieser Angriff den einfachen Lohnabhängigen. Denn wo hätte man schon einmal gehört, daß eine Einkommenserhöhung von 110 DM für einen Staatssekretär "maßlos" sei?

Zweitens hat sich die Große Tarifkommission der ÖTV darauf geeinigt, um "eine einheitliche Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst zu gewährleisten, müssen Einkommenserhöhungen für Arbeiter und Angestellte zum gleichen Zeitpunkt und in gleicher Höhe auf Beamte übertragen werden". Damit antwortet die ÖTV auf die Absicht des Dienstherrn, die entrechtete Lage der Beamten zu nutzen, um gegen alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eine Nullrunde durchzusetzen. Wenn der ehemalige Wirtschaftsminister Lambsdorff gleichzeitig den Einsatz von Beamten als Streikbrecher propagiert, müssen die gewerkschaftlichen Streikpläne von Anfang an die Einbeziehung der Beamten berücksichtigen.

Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bildet weiterhin den Schwachpunkt der gewerkschaftlichen Politik. Anstatt gegen die mannigfaltigen Bestimmungen in Beamtenengesetzen und Tarifverträgen vorzugehen, die den Normalarbeitstag und die Wochenend- und Feiertagsruhe durchlöchern, ist die Gefahr groß, daß sich die ÖTV mit der Forderung nach 10 freien bezahlten Tagen die weitere Verdichtung der Arbeit einhandelt. Dem könnte entgegengewirkt werden, wenn vereinbart würde, daß sie im Sinne einer Urlaubsverlängerung zusammengezogen werden können.

Quellenhinweis: ÖTV-Eilnachricht Nr. 1/84 vom 6.9.84 – (kar)

Kapitalkonzentration

DIE WESTDEUTSCHEN KONZERNE SIND IN DER EG WIEDER DIE GRÖSSTEN

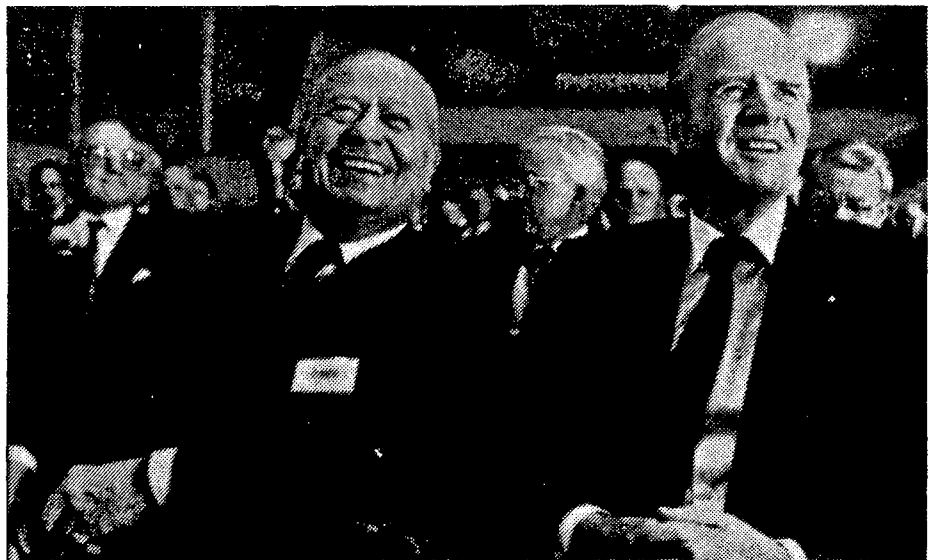
Seit 1973 läßt die Bundesregierung eine von ihr eingerichtete "Monopolkommission" regelmäßig über die Kapitalkonzentration in der BRD Bericht erstatten. Der fünfte Bericht dieser Kommission liegt nun als Bundestagsdrucksache vor. Der Bericht ist ein Dokument für die gewaltige Konzentration von Kapital, die die westdeutschen Kapitalisten insbesondere in den letzten zehn Jahren zustandegebracht haben.

So stellt die Kommission für acht Industriebranchen eine "sehr hohe" bzw. "hohe" Konzentration fest. Als "sehr hohe" Konzentration gilt dabei, daß drei Unternehmen 50 % und mehr des Umsatzes in der Branche auf sich vereinen, sechs mehr als 81 % und zehn Unternehmen mehr als 91 % des Umsatzes. Als "hohe" Konzentration gilt: drei Unternehmen vereinen 25 bis 50 % des gesamten Umsatzes in der Branche auf sich, sechs Unternehmen 40 bis 65 %, zehn Unternehmen 47 bis 81 %. "Sehr hohe" Konzentration besteht danach in den folgenden Branchen:

Die Kapitalisten in diesen acht Branchen erzielten 1981 zusammen Umsätze von 627 Mrd. DM, mehr als ein Drittel des gesamten Umsatzes im Produzierenden Gewerbe.

In fast allen wichtigen Industriebranchen dominieren inzwischen drei, vier, selten mehr als fünf große Konzerne, beuten den größten Teil der Lohnabhängigen in der Branche aus, kontrollieren die Zuliefererbetriebe und den Absatzmarkt.

Noch deutlicher wird diese Konzentration beim Vergleich des Umsatzes der "100 größten" Industrieunternehmen in der BRD mit dem Umsatz aller Kapitalisten im "Produzierenden Gewerbe". Die Monopolkommission kommt hier zu dem Schluß, daß der Anteil der "100 Größten" allein in den Jahren 1978 bis 1982 von 36,6 % auf 39,6 % des gesamten Umsatzes im Produzierenden Gewerbe gestiegen ist. Unter diesen "100 Größten" besitzen wiederum die größten Konzerne ein eindeutiges Übergewicht. So beuteten allein die zehn Konzerne mit der größten Zahl von Lohnabhängigen – Sie-



Carstens und der frühere Thyssen-Chef Sohl. Thyssen hält sich schon einen Ex-Präsidenten: Walter Scheel (FDP) ist seit 1980 Mitglied des Thyssen-Aufsichtsrats.

- Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen,

- Bergbau,
- Tabakverarbeitung,
- Mineralölverarbeitung.

"Hohe" Konzentration besteht in den Branchen:

- Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.,
- Eisenschaffende Industrie,
- Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Haushaltsgeräten,
- Chemische Industrie.

mens, VW, Daimler-Benz, Ruhrkohle, Thyssen, Bayer, Hoechst, BASF, Mannesmann und AEG – 1982 1,214 Millionen Lohnabhängige in der BRD aus. Alle "100 größten" Kapitalisten zusammen beuteten sogar mehr als 3,2 Millionen Lohnabhängige aus, d.h. etwa jeden siebten Lohnabhängigen in der BRD.

Diese "100 größten" Kapitalisten sind untereinander eng verflochten. Nach Angaben der Monopolkommission sind 68 der "100 größten" Kapitalisten untereinander über "Gemein-

Größte Konzerne in der EG Stahl, Umsatz 1983

Thyssen (BRD)	11,30 Mrd. \$
Krupp (BRD)	6,76 Mrd. \$
British Steel (GB)	5,40 Mrd. \$
Sacilor (F)	4,29 Mrd. \$
Usinor (F)	4,26 Mrd. \$

Chemie, Umsatz 1983

Bayer (BRD)	14,62 Mrd. \$
Hoechst (BRD)	14,56 Mrd. \$
BASF (BRD)	13,25 Mrd. \$
ICI (GB)	12,75 Mrd. \$
Montedison (I)	7,01 Mrd. \$

Elektro, Umsatz 1983

Philips (NL)	16,18 Mrd. \$
Siemens (BRD)	15,72 Mrd. \$
CGE (F)	8,20 Mrd. \$
General Electric (GB)	7,73 Mrd. \$
Thomson (F)	6,49 Mrd. \$

Automobil, Umsatz 1983

VW (BRD)	15,69 Mrd. \$
Daimler-Benz (BRD)	15,67 Mrd. \$
Renault (F)	14,47 Mrd. \$
Fiat (I)	14,47 Mrd. \$
Peugeot (F)	11,24 Mrd. \$

schaftsunternehmen" verbunden. Allein die Siemens AG war über diese "Gemeinschaftsunternehmen" mit weiteren 12 Kapitalisten aus dem Kreis der "100 Größten" verbunden.

Hinzukommen enge personelle Verbindungen. Nach Angaben der Monopolkommission waren 1982 Vorstandsmitglieder von 42 der "100 Größten" in



DIHT-Chef von Amerongen und Bundesbankpräsident Pöhl. Aufgabe des DIHT ist insbesondere die Unterstützung des Waren- und Kapitalexports der BRD-Imperialisten.

Aufsichtsräten von 73 der "100 Größten" vertreten. Zusätzlich waren Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank in 36 Aufsichtsräten der "100 Größten" vertreten, solche der Dresdner Bank in 19, der Allianz in 18 und der Commerzbank in 14 Aufsichtsräten.

Welche Schlagkraft die westdeutsche Finanzbourgeoisie durch diese außerordentlich starke Zentralisation und Konzentration von Kapital besitzt, dokumentiert die kleine Tabelle auf dieser Seite. In fast allen wichtigen Industriebranchen besitzen die westdeutschen Imperialisten heute in der EG den oder die größten Konzerne, beuten die größten Lohnarbeitheere aus, erzielen die größten Umsätze und Profite. Keine andere imperialistische Bourgeoisie in der EG

kann so große Kapitalmassen wie die westdeutsche Bourgeoisie konzentriert zum Einsatz bringen, um die Vorteile neuer Technologien rasch zu nutzen, um Marktanteile durch brutales Niederkonkurrieren zu erobern, um Rohstofflieferanten niedrige Preise zu diktieren. Keine andere imperialistische Bourgeoisie in der EG kann auch so schnell und so umfangreich wie die westdeutsche Finanzbourgeoisie große Kapitalmassen mobilisieren, wenn es gilt, neue "Niedriglohnzonen" durch Kapitalexport zu nutzen und die Arbeitskräfte dieser Gebiete auszu-beuten.

Daher erklärt sich auch die treibende Rolle der BRD bei der weiteren Beseitigung von Schranken für den Waren- und Kapitalexport in die anderen EG-Länder: Die westdeutschen Imperialisten wollen durch ihre überlegene Kapitalkraft auch die Vorteile dieser weiteren Vertiefung der Integration weitgehend einstecken.

Daß die großen westdeutschen Konzerne auch weltweit wieder zu den größten Ausbeutern gehören, dokumentiert die andere Tabelle auf dieser Seite. Allein in den Jahren 1978 bis 1982 erhöhten die aufgeführten 15 Konzerne die Zahl der Lohnabhängigen in ihren ausländischen Niederlassungen um 150000. In der gleichen Zeit verringerten sie ihre Belegschaften in der BRD um 140000 Lohnabhängige.

Quellenhinweis: Fünftes Hauptgutachten der Monopolkommission 1982/1983, erschienen als Bundestagsdrucksache 10/1791, Bonn, 25.7.1984; Fortune, 20.8.1984 – (rül)

Westdeutsche Konzerne, Lohnabhängige im In- und Ausland, 1964 bis 1983

Konzern	Lohnabh.	im Ausland	%	Lohnabh.	im Ausland	%	Lohnabh.	im Ausland	%
	1964-1966			1973			1983		
VEBA (1)	o.A.	o.A.	o.A.	58776	o.A.	o.A.	77157	o.A.	o.A.
Daimler-Benz (2)	104086	6326	6,1	155973	21638	13,9	184877	33604	18,2
Siemens (3)	257000	36000	14,0	309000	88000	28,5	313000	101000	32,3
VW (4)	124581	21446	17,2	215000	54000	25,1	231710	76000	32,8
Thyssen (5)	o.A.	o.A.	o.A.	173738	17997	10,4	139197	20989	15,1
BASF	o.A.	o.A.	o.A.	107539	20938	19,5	114128	28035	24,6
Bayer (2)	96600	o.A.	o.A.	143400	47800	33,3	174760	79100	45,3
Hoechst (6)	80620	13670	17,0	155450	50948	32,8	179849	81805	45,5
Krupp	o.A.	o.A.	o.A.	76100	5438	7,2	69291	6398	9,2
GHH (7)	o.A.	o.A.	o.A.	90290	o.A.	o.A.	79587	o.A.	o.A.
Mannesmann (4)	73116	7278	10,0	110106	o.A.	o.A.	104795	26584	25,3
AEG (2)	132000	5000	3,8	175000	25000	14,3	77000	14000	18,2
Bosch	o.A.	o.A.	o.A.	113023	31048	27,5	109660	39902	36,4
BMW (2)	10818	o.A.	o.A.	27737	o.A.	o.A.	50158	6000	12,0
Metallges.	o.A.	o.A.	o.A.	29004	o.A.	o.A.	24765	2642	10,7
Salzgitter	o.A.	o.A.	o.A.	58472	o.A.	o.A.	51491	o.A.	o.A.
SUMME				1970871	362807	18,4	1981425	516059	26,0

1) nur Lohnabhängige in der BRD; (2) 2. Spalte: Lohnabhängige 1964; (3) 2. Spalte: 1965; (4) 2. Spalte: 1966; (5) Angaben für 1973 inklusive die "nicht konsolidierten" ausländischen Konzernunternehmen; (6) 2. Spalte: 1966, Angaben 1973 nicht komplett, nur die größten Konzernunternehmen im Ausland erfaßt; (7) Gutehoffnungshütte

Quellen: Geschäftsberichte der Konzerne, 1973 und 1983; F. Fröbel, J. Heinrichs, O. Kreye, Die neue internationale Arbeitsteilung, Hamburg 1977

Deutschland-Politik

BUNDESREGIERUNG: REVANCHISMUS? WO? BEI UNS? NIE GESEHEN, NIE GEHÖRT!

Spätestens nach der Absage des BRD-Besuchs des bulgarischen Staats- und Parteichefs Shiwkoff war klar: Die Russen waren wieder mal an allem schuld: Moskaus Druck hätte Honecker und Shiwkoff zur Absage ihrer Besuche in der BRD gezwungen. Die bürgerliche Presse demonstriert Einigkeit in der Beschworung "einer neuen Eiszeit" durch die UDSSR.

Tatsächlich gab es für Honecker und Shiwkoff gute Gründe, nicht in die BRD zu kommen. Diese Gründe liegen einerseits in der Behandlung Hon-

eckers durch die Bundesregierung, zum anderen in der revanchistischen Kampagne vor allem der Vertriebenenverbände gegenüber den Staaten des RGW; eine Kampagne, die von der Bundesregierung durch die Auftritte ihrer Mitglieder bei entsprechenden Gelegenheiten absichtsvoll gefördert wird.

Kohl hatte frühzeitig deutlich gemacht, worüber er nicht zu reden bereit sei, nämlich über die "Geraer Forderungen" Honeckers, die beinhalten: völkerrechtliche Anerkennung der

DDR und ihrer Grenzen unter Ein-schluß der in der Flußmitte verlaufen- den Elbgrenze; Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft; Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter für Straftaten in der DDR. Sodann wurde Honecker bedeutet, man werde ihn nicht in Bonn empfangen. Aus Re- gierungskreisen war zu hören, man wolle Honeckers Besuch nicht in den Rang eines Staatsbesuchs erheben. Schließlich änderte der Bundestag mehrheitlich das Gerichtsverfas- sungsgesetz dahingehend, daß auf Ein- ladung der Bundesregierung in der BRD befindliche Personen nicht der Strafverfolgung unterliegen. Da die BRD für sich die Rechtssoheit über die DDR beansprucht, hätte Honecker bei seiner Ankunft verhaftet werden müssen u.a. wegen des Schießbefehls an der Grenze. Mit der Änderung des GVG zementierte die Bundesregie- rung ihren Anspruch auf "Rechts- hoheit" über die DDR; Honecker wäre nicht vom Geruch des Verbrechers frei, er bekäme nur freies Geleit.

In den Wochen vor dem geplanten Honecker-Besuch bestückte die Bun- desregierung alle größeren Veranstal- tungen der "Vertriebenenverbände" mit ihren Ministern als Redner. Die UDSSR, die VR Polen und die DDR hatten der Bundesregierung daraufhin vorgeworfen, sie unterstütze und be- treibe eine revanchistische Politik, die auf die Einverleibung der DDR ab- ziele. Die Bundesregierung zeigte sich empört. Kohl stellte am "Tag der Hei- mat" der Vertriebenenverbände in Braunschweig fest, sein Auftritt habe "mit Revanchismus nichts zu tun."



Demonstration 1921 für den "Anschluß" Oberschlesiens an Deutschland. Die "Frage" der "deutschen Volkszugehörigen in Polen" zu lösen, schickten sich die Nazis 1939 an. Heute ist die "deutsche Frage" "offen".

CDU/CSU/FDP/SPD GEGEN "REVANCHISMUS"-VORWURF

Brandt (SPD): "Nun gibt es anderswo Leute, die es für angebracht halten, das Gespenst des Revanchismus wieder in Bewegung zu setzen. Für die deutschen Sozialdemokraten sage ich: Wir weisen diese Kampagne zurück. Wir weisen sie zurück, wo sie sich allgemein an die Adresse der Bundesrepublik Deutschland wendet, die große Mehrheit unserer ostdeutschen Landsleute ausdrücklich einbezogen. Wir weisen die Kampagne auch da zurück, wo sie sich pauschal gegen die Bundesregierung richtet ... Deutsche Sozialdemokraten sind auch in dieser Situation zur Stelle, die große überwältigende Mehrheit unseres Volkes vor abwegigen, un- gerechten Beschuldigungen in Schutz zu nehmen."

Kohl (CDU): "Dann haben Sie, Herr Kollege Brandt, vom Revanchismus gesprochen ... Sie haben ... unser Volk vor den massiven Propagandavorwürfen in Schutz genom- men ... Aber der Vorwurf des Re- vanchismus zielt ja ganz bewußt auf

bestimmte Persönlichkeiten, auf be- stimmte Gruppen, auf Teile unserer Bevölkerung und richtet sich damit natürlich auch gegen das ganze Land."

Vollmer (GRÜNE): "... treten wir für die Anerkennung der Rea- litäten ein, wie sie in Deutschland entstanden sind: der zwei Staaten und der zwei Staatsbürgerschaften, der Grenzen in der Mitte der Elbe, der ge- genseitigen Botschaften ... Wir hal- ten es für falsch, es wieder für selbst- verständlich zu erklären, über die Frage der nationalen Einheit Deutsch- lands nachzudenken ... Der Zeitraum, in dem es viele Staaten auf deutschem Boden gab, ist unendlich viel länger als die Zeit der nationalen Einheit Deutschlands ... Letzteres war einer der unglücklichsten Zeitläufe in der deutschen Geschichte."

Genscher (FDP): "Auch die- jenigen, die jetzt aus vielerlei Grün- den dabei sind, alte Feindbilder neu zu beschwören, wissen: Wir sind keine Revanchisten und wir sind natürlich auch keine Revisionisten. - Niemand hier in der Bundesrepublik Deutsch- land sollte sich in diese Kampagne einspannen lassen. Aber es sollte auch

niemand bewußt oder unbewußt die- ser Kampagne Vorschub leisten."

Barzel (CDU): "Ich beziehe mich auf die erneute Polemik aus östlichen Hauptstädten ... mit dem Vorwurf des Revanchismus ... Ich erinnere ... an die Aufnahme diplo- matischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion ... Die Sowjetunion wußte also und weiß, wer dieser deutsche Partner 'Bundesrepublik Deutschland' ist. Es ist unfair, uns 'Revanchismus' vorzuwerfen, weil wir in der deutschen Frage unverän- dert so denken, wie wir im Jahre 1955 ... dachten."

Bahr (SPD): "In der Perspek- tive des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion ist es nicht möglich, das legitime Recht und den natürlichen Anspruch auf Selbstbestimmung un- ter den Vorwurf des Revisionismus zu stellen ... Wer diese Frage mit Revisionismus gleichsetzt, legt die Axt an die Wurzeln des Moskauer Vertrages."

Quellenhinweis: Bundestagsproto- koll Nr. 10/81 v. 12.9.84

Und weiter: "Ich empfinde es als eine Selbstverständlichkeit, daß ein deutscher Bundeskanzler auch bei den Vertriebenen auf einer Kundgebung spricht." Immerhin ist Kohl der erste Bundeskanzler seit 18 Jahren, der beim "Tag der Heimat" auftrat. Er verbreitete sogleich den Hauch von Vaterland in der Größe Halb-Osteuropas: "Heimat ist hergeleitet vom Wort Heim, von Haus und Hof, von Erbe und Eigen ... Mehr ist allerdings das Vaterland — das ist nicht nur die Bundesrepublik. Das ist das Land, in dem unsere Kultur in Jahrhunderten gewachsen ist.", wobei Kohl bei den Erben dieser Kultur die "Deutschen im asiatischen Teil der Sowjetunion" nicht vergaß.

Windelen, Minister für "Innerdeutsches", ließ am 7.9. beim "Tag der Heimat" in West-Berlin die Erklärung folgen, daß mit der Bundestagsentschließung von 1972, wonach die BRD keine Gebietsansprüche verfolge, nur die Bundesrepublik gebunden werde, nicht aber ein "später wiedervereinigtes Deutschland", und Weizsäcker schwärmte davon, daß Berlin die "Hauptstadt der Deutschen" sei und bleibe.

Mit Revanchismus soll dies ebenso wenig zu tun haben wie die neuerliche Kampagne der CDU-Vertriebenen-Einpeitscher Hupka und Czaja gegen die VR Polen. Sie drängten im Verein mit der Deutschen Bischofskonferenz auf die "Wahrung" und "Gewährung" von "Volksgruppenrechten" für "deutsche Volkszugehörige in Polen". Dazu soll das Recht gehören, Gottesdienste in deutscher Sprache abzuhalten. In der Fragestunde am 6.8. ließ sich Hupka von der Bundesregierung mitteilen, die VR Polen sei derzeit mit über 8 Mrd. DM bei der BRD verschuldet, deren erster Teil 1988 fällig wird, der Rest 1992. Am 16.9. forderte Hupka erneut "Volksgruppenrechte für die dreieinhalb Millionen Deutschen in Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei". Solcherlei Forderungen nach "Volksgruppenrechten" für "deutsche Minderheiten" sind nicht neu; sie waren von den Hitler-Faschisten entwickelt worden, um die Invasion in Osteuropa vorzubereiten.

Genscher warf derweil den Vorschlag eines "Gewaltverzichtsabkommens" in die Debatte, das "von jedem gegenüber jedem, also auch innerhalb der Paktsysteme gelten" solle. Jede von den Imperialisten konstatierte "Verletzung" eines derartigen Abkommens innerhalb des RGW gäbe im Ergebnis die Legitimation imperialistischer Einmischung ab.

Die westdeutsche Bourgeoisie betreibt derzeit eine Sammlungsbewegung mit Reaktionären wie den "Vertriebenen" als Kern zum neuerlichen Waffengang gen Osten.

Quellenhinweis: Pressemitteilungen d. Bundesregierung ab 6/84; BT-DRS v. 10.8.84. — (Mak, uld)

Zimbabwe

ZANU MOBILISIERT ARBEITER UND BAUERN

Ihren ersten Parteikongreß seit 1964 führte die Zimbabwe African National Union (ZANU) vom 8. bis 12. August in Harare durch, vier Jahre nach der Unabhängigkeit. Die 6000 Delegierten nahmen den Rechenschaftsbericht des Parteivorsitzenden, Zimbabwes Ministerpräsident Robert Mugabe, entgegen, beschlossen programmatische Resolutionen, ein neues Parteistatut sowie einen Verhaltenskodex für Partei- und Staatsfunktionäre, und sie wählten ein neues Zentralkomitee aus 90 Mitgliedern.

Die imperialistische Presse verhehrte ihre Enttäuschung über den Parteitag nicht. Hauptsächlich äußerte sie sich feindselig über die Entscheidung der ZANU, für einen Einparteienstaat in Zimbabwe einzutreten.

Vier Jahre nach der Unabhängigkeit ist Zimbabwe in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Die imperialistischen Blutsauger hatten erhofft,

Landwirtschaft gefördert." Große Infrastrukturmaßnahmen für die Landwirtschaft sind geplant, vor allem der Ausbau der Straßen.

Unter der Überschrift "Für wirtschaftlichen Reichtum" werden keine Zugeständnisse an die Weltbank gemacht, bei der Zimbabwe gerade 75 Mio. US-Dollar aufnehmen mußte, sondern es heißt u.a.: "Die Regierung muß Kommerz und Handel durch die Einrichtung von Genossenschaften und anderen sozialisierten Unternehmen dezentralisieren." "Die Regierung muß die Sozialisierung der Wirtschaft durch folgende Maßnahmen intensivieren: a) Staatliches Eigentum an den Produktionsmitteln; b) Arbeiteraus- und Selbstverwaltung; c) Genossenschaftliche Unternehmen in Industrie, Kommerz und Handel; d) Kontrolle über Banken und Versicherungen; e) die Expansion des öffentlichen Bereichs der Wirtschaft und die Schaffung staatlicher Industriebetrie-



Die ZANU bekräftigte auf ihrem Kongreß die Unterstützung für die Befreiungsbewegungen PLO, SWAPO, ANC und PAC.

unter dem Druck einer dreijährigen Dürre, steigender Außenhandelsdefizite, sinkender Rohstoffpreise und zunehmender Erpressung durch Südafrika die ZANU zu weitreichenden Zugeständnissen zwingen zu können. Stattdessen wählte die ZANU den Weg der Mobilisierung der Arbeiter und Bauern gegen die Imperialisten. Dem dienen die Parteitagebeschlüsse.

Über die Landwirtschaft heißt es dort, daß die Landreform weiterhin "der Schlüssel der Regierungsstrategie" ist. "Die Regierung intensiviert ihr Programm großflächiger Staatsfarmen als des einen Arms der sozialistischen Landwirtschaft." "Genossenschaftliche Landwirtschaft wird als der zweite Arm der sozialistischen

be." Schließlich erklärt der Parteitag: "Die Regierung muß die Existenz eines anständigen Lohns für alle Arbeiter sicherstellen, der deutlich über der Armutsgrenze liegt."

Im Rahmen dieser Maßnahmen will die ZANU für die Änderung der gegenwärtigen Verfassung und die Errichtung eines Einparteien-Staates eintreten. Man muß daran erinnern, daß die gegenwärtige Verfassung von der britischen Regierung ausgearbeitet und dem Volk von Zimbabwe in der Lancaster-House-Konferenz 1979 aufgezwungen wurde. Sie sieht weitreichende Rechte für die Kolonialisten vor, u.a. dürfen sie nicht ohne Entschädigung enteignet werden. Das ist einer der Gründe, warum Ende

DOKUMENTIERT: BERICHT DES ZK DER ZANU AN DEN 2. KONGRESS – AUSZÜGE –

Teil VII – Die Partei in der Regierung, 1980–1984

Die Geburt des neuen Zimbabwe am 18. April 1980, die unserem langen revolutionären nationalen Befreiungskrieg und dem Wahlsieg unserer Partei am 4. März 1980 folgte, war ein bedeutendes und äußerst wichtiges Ereignis für unser Volk und die Gesamtheit der fortschrittlichen Menschheit. Unser Volk und insbesondere die unterdrückten Bauern und Arbeiter waren unter der Führung von ZANU und ihrer ritterlichen Armee, ZANLA, fähig, die politische Macht von einem rassistischen, kolonialen, bourgeoisen Minderheiten-Regime gewaltsam zu erobern, das sie, mit der Unterstützung des Imperialismus, 90 Jahre lang terrorisiert und ausgebeutet hatte.

Angesichts unseres strahlenden Sieges war eine der Hauptaufgaben unserer Partei und ihrer Regierung selbstverständlich die Festigung der Staatsmacht in Hinblick auf die Sicherung der revolutionären Gewinne unseres Volkes und die Schaffung der nötigen Umgebung für den Beginn des entscheidenden und absolut notwendigen Kampfes für wirtschaftliche Selbstversorgung und fortschrittliche soziale Entwicklung...

Unter Berücksichtigung des landwirtschaftlichen Sektors (d.h. die weißen Farmer, d. Red.) haben wir mit Nachdruck unsere Politik der Umsiedlung auf dem Land verfolgt, die darauf angelegt ist, tausende unserer Leute mit den Mitteln und den Möglichkeiten zu versehen, ihr Los durch Landwirtschaft zu verbessern, vorzugsweise auf kooperativer Basis... Die Kooperativen-Bewegung... hat enorm zugenommen und sie ist weiter angeregt worden durch die Energie und den Enthusiasmus von Tausenden von unseren ehemaligen Kämpfern, Jugendlichen und Mitgliedern der Partei, des Frauenbundes und der Frauenvereine, die mit ganzem Herzen den Ruf der Partei befolgten, im Volk anerkannte Kooperativen zu bilden. In der Tat haben diese Kooperativen alle Bereiche der Wirtschaft durchdrungen, einschließlich des Bergbaus und der Fabriken...

Die Regierung hat verschiedene Unternehmen in der Landwirtschaft, im Bankbereich, in der Industrie, im Bergbau, im Arzneimittelbereich, im Transport und in der Touristik-Industrie entweder ganz übernommen oder ist ein gewichtiger Teilhaber geworden. Zusätzlich hat die Regierung des Volkes, im klaren Bewußtsein von der Bedeutung der Arbeiter

als direkte Produzenten in der Wirtschaft und ebenso im Bewußtsein der Tatsache, daß sie die am stärksten ausgebeutete Klasse in der Gesellschaft sind, folgendes unternommen:

- die Arbeitsbedingungen verbessert und direkt nach der Unabhängigkeit Mindestlöhne eingeführt;

- die Mobilisierung und die Organisation der Arbeiter durch Gewerkschaften befördert. Sofort nach der Unabhängigkeit hat die Regierung deshalb energische Anstrengungen unternommen, um bei der Bildung des Kongreß der Gewerkschaften Zimbabwes (Zimbabwe Congress of Trade Unions, ZCTU) zu helfen, um die verschiedenen Gewerkschaften unter einen Schirm zu bringen als Mittel, die Einheit der Arbeiter zu erreichen;

- die Bildung von Arbeiter-Komitees ermutigt als Mittel der Demokratisierung der Entscheidungen und um so den Arbeitern Macht zu geben;

- die betrieblichen Beziehungen, die Sicherheit und das Wohlergehen der Arbeiter gefördert;

- die Ausbildung beschleunigt und die Fähigkeiten der Arbeiter verbessert, um unsere dringenden Arbeitskräfte-Anforderungen zu erfüllen, die durch die Lücken entstanden sind, die ein rücksichtsloser Kolonialismus hinterlassen hat...

In der Sphäre der Erziehung begannen wir völlig am Anfang, um das rassistische Erziehungssystem abzuschaffen, das die weiße Minderheit gegenüber der afrikanischen Mehrheit privilegierte hinsichtlich der Möglichkeiten, der Verteilung der Mittel, personell und selbst in den Unterrichtsplänen. Die Regierung war unablässig in ihrer Bemühungen um die nötigen finanziellen Mittel für die Ausweitung und die Förderung der Erziehung unserer Kinder. Tatsächlich ist für die Erziehung heute der größte Einzelposten in unserem Haushalt vorgesehen. Kostenlose Grundschulausbildung wurde 1980 eingeführt. Die weiterführende Ausbildung wurde zugänglich gemacht für alle, die erfolgreich den 7. Grad erreichen und fortzufahren wünschen. Die Unterrichtspläne sind bedeutend verändert worden, vor allem in den Grundschul- und unteren weiterführenden Klassen, um sowohl unsere neue politische Ordnung und ideologische Orientierung zu berücksichtigen als auch das Lehren von Wissenschaften zu betonen... In der Grundschulausbildung sind die ursprünglich 2411 Schulen auf 4161 angestiegen, ein Prozentanstieg von 73%. Die Verzeichnisse, die 1979 bei 819586 Schülern standen, sind nun auf 2,5 Millionen gestiegen... Zur Unabhängigkeit gab es 177 weiterführende

Schulen mit 66215 Schülern, aber inzwischen gibt es 1129 Schulen (Zuwachs: 538%) mit 422584 Schülern (Zuwachs: 538%). Schließlich hat die Regierung zum ersten Mal 54 weiterführende Regierungsschulen auf dem Land errichtet. Diese ganze Ausweitung hat die Anzahl der Lehrer von 22017 auf 69068 (Zuwachs: 214%) erhöht... Ich muß euch vielleicht erinnern, liebe Genossen, daß es unter dem Kolonialismus keine Alphabetisierungskampagne für die zweieinhalb Millionen erwachsenen Analphabeten gab. Heute sind über 250000 Erwachsene in Alphabetisierungsklassen und 500000 Lehrbücher sind hergestellt worden...

Angesichts der Ungerechtigkeiten, Ungleichheiten und der Spaltung im alten Gesundheitswesen wurde es dringend, daß wir auf der Grundlage des Parteiprogramms eine neue Politik formulierten. Konsequenterweise beseitigte die Regierung das verhaßte "Krankenhaus-Dienste-Gesetz", das für "offene" (nur für Weiße) und "geschlossene" (nur für Schwarze) Krankenhäuser sorgte. Die Abschaffung dieses Gesetzes machte es für alle Gesundheitsinstitutionen im Land möglich, vollständig multi-rassisch zu werden... Noch bedeutender ist, daß wir die Gesundheitsfürsorge kostenlos für alle die machten, die 150\$ oder weniger im Monat verdienen...

Genossen, es sollte nicht vergessen werden, daß alle die politischen Siege und einige der anderen Leistungen, die ich aufgeführt habe, gegen den Hintergrund einer Verfassung – der Lancaster House Verfassung – durchgesetzt werden mußten, die beabsichtigte, unsere politische Initiative zu beengen und einzu-zwängen, und nicht sie zu fördern. Durch eine Kombination des politischen Mandats, das uns das Volk am 4. März 1980 gegeben hat, und die politische Gewandheit der Partei und der Regierung waren wir in der Lage, verfassungsmäßige Beschränkungen an der politischen und anderen Fronten zu überwinden. Darum erwarte ich durch diesen Kongreß und in den kommenden allgemeinen Wahlen eine Bekräftigung der Unterstützung, die unser Volk uns während des Kampfes für Unabhängigkeit und in den letzten vier Jahren gegeben hat. Mit einem solchen Mandat werden wir ohne Zweifel vorwärts schreiten zur vollständigen Erfüllung unserer politischen Ziele, der Errichtung eines Ein-Parteien-Staates und der Erfüllung der sozialistischen Revolution.

Quelle: Bericht des Zentralen Komitees der ZANU, vorgelegt dem 2. Kongreß der Partei vom Präsidenten der ZANU, Mugabe, am 8. August 1984; eigene Übersetzung

1983 erst 30000 Bauernfamilien neu angesiedelt waren. Nach wie vor besitzen die knapp 5000 weißen Farmer 40% des Bodens, und zwar den besten.

Die Verfassung gibt nicht nur den Weißen Sonderrechte, sie ist auch so angelegt, daß die Trennung der Bevölkerung nach Stammesgruppen erleichtert wird, z.B. durch das Wahlkreissystem. Es sind die Garantien dieser Verfassung, die dazu führen, daß Massenmörder Ian Smith, der Ministerpräsident Rhodesiens, immer noch frei in Zimbabwe herumläuft und gegen die Regierung hetzt.

Mugabe kündigte an, ZANU wolle bei der Parlamentswahl im April 1985 möglichst alle 80 Sitze der Schwarzen gewinnen und werde ein entsprechendes Wahlergebnis als Plebiszit für ei-

entscheidend dazu bei, daß erst 30000 Bauern offiziell neu angesiedelt wurden, bis 1985 sollten es 165000 sein. Die Regierung konnte auch erst wenige der geplanten Infrastrukturmaßnahmen für die Bauern durchführen. Entsprechend niedrig ist das für die Versorgung der Städte produzierte Volumen. Zimbabwe ist weiterhin auf die weißen Farmer angewiesen, die entsprechend unverschämt werden. Per Gerichtsbeschluß wollten sie Tausende von Landbesetzern, die meist seit sechs oder acht Jahren auf verlassenen weißen Farmen den Boden bebauen, vertreiben lassen. Nur mit einer Notverordnung stoppte die Regierung das Gericht einen Tag vor dem Urteil, gesetzliche Regelungen stehen noch aus.

ten Teil dieser Erhöhung zunichte gemacht. Die Regierung unterstützt die Bildung von Industriegewerkschaften, Robert Mugabe sicherte dem Gewerkschaftskongreß ausdrücklich das Streikrecht zu.

Nach wie vor werden die meisten Arbeiter von Kapitalisten aus den imperialistischen Ländern ausgebeutet, vor allem aus Großbritannien und den USA. Konzerne wie Lonrho und Anglo American sind aktiv. Ihre Hauptbastion im südlichen Afrika ist Südafrika, und sie versuchen, Zimbabwe eng mit dem Kolonialregime zu verbinden. Zum Beispiel mußte Zimbabwe alle alten Auslandsschulden anerkennen, großteils in Südafrika. Nur langsam können die Transportverbindungen zu den Häfen Mosambiks die Strecke über Südafrika ersetzen, denn in Mosambik operieren von Südafrika bezahlte Söldner gegen die Regierung und unterbrechen regelmäßig Eisenbahn- und Straßenverkehr. Gleichzeitig werden vereinzelte Übergriffe südafrikanischer Truppen auf Zimbabwes Gebiet bekannt. Auf dem ZANU-Parteitag bekräftigte Robert Mugabe die Unterstützung des Landes für die Befreiungsbewegungen Azanias und Namibias.

Errichtung eines sozialistischen Staates durch die Mobilisierung der Arbeiter und Bauern, Ausweitung des staatlichen Bereichs und der Genossenschaften, Beginn einer Planwirtschaft, bessere Zusammenarbeit mit anderen unabhängigen Staaten im südlichen Afrika, so umriß Robert Mugabe die Antwort der ZANU auf diese Lage. Dabei ist sich die Partei vollständig darüber im Klaren, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die afrikanische Bourgeoisie rasch wächst und in der ZANU und im Staat Anhang bildet. Deshalb beschloß sie einen scharfen Verhaltenskodex für Funktionäre, der es ihnen u.a. verbietet, mehr als ein Haus zu besitzen, Einkommen durch Privatfirmen zu erzielen, mehr als 20 Hektar Land zu besitzen und bezahlte Nebentätigkeiten anzunehmen. Der Jugendkongreß der ZANU hatte schon im März gefordert, die Partei von bürgerlichen Elementen zu befreien.

Ob das Vorhaben der ZANU, einen sozialistischen Staat zu errichten, gelingt, hängt zum großen Teil davon ab, ob sie sich mit den Kräften einigen kann, die die ZAPU unterstützen. Mugabes Rechenschaftsbericht enthielt auch eine Abrechnung mit der ZAPU. Aber das beschlossene Programm könnte, nach allem, was von ZAPUs programmatischen Äußerungen bekannt ist, von Joshua Nkomo und seinen politischen Freunden mitgetragen werden.

Quellenhinweis: Parteitagsdokumente, Facts and Reports, Ausg. I bis R; C. Reichert, Das neue Zimbabwe, ISSA, Bonn 1984. — (hef, uld)



Ein Erbe der Kolonialzeit: Das fruchtbare Land gehört den weißen Farmern, die schwarzen Bauern wurden auf schlechtes Land vertrieben.

nen Einparteiensstaat verstehen. Die Mitglieder der ZAPU wurden aufgefordert, sich der ZANU anzuschließen, verschiedene prominente ZAPU-Führer taten das in den letzten Wochen auch, unter ihnen Bergbauminister Ndlovu.

Zimbabwes schwierige wirtschaftliche Lage und die Früchte, die die Imperialisten daraus ernten wollen, machen eine Frontbildung der Arbeiter und Bauern dringend nötig.

Zimbabwe leidet im dritten Jahr unter einer schweren Dürre. Die Lebensmittelproduktion ist entsprechend niedrig, und Zimbabwe muß allein in diesem Jahr etwa 200 Mio. Zimbabwe-Dollars für Lebensmittelimporte ausgeben. Damit steigt die Summe, die für Lebensmittel und Schuldendienst ans Ausland gezahlt wird, auf etwa 40% aller Exporteinnahmen. Geldknappheit, vor allem aber die Verfassungsvorschriften, die hohe Entschädigung weißer Farmer bei einer Landreform vorschreiben, trugen

Während der Kolonialzeit war Rhodesien bei seinen Nachbarn isoliert, Handelskontakte bestanden vor allem zu Südafrika. Entsprechend sind das Transportnetz und die Industrieproduktion ausgerichtet. 22% aller Exporte gehen nach Südafrika, da aber der Südafrikanische Rand mehrfach gegenüber dem Zimbabwe-Dollar abgewertet wurde, verkaufen Zimbabwes Industriekapitalisten weniger in Südafrika, auf anderen Märkten haben sie Schwierigkeiten. 1983 entliessen sie 29000 Arbeiter, bis die Regierung Anfang dieses Jahres eine Vorschrift erließ, die Entlassungen sehr erschwert. Aber die Arbeitslosigkeit in den Städten ist hoch und wird so bleiben, solange keine durchgreifenden Fortschritte in der Landverteilung gemacht werden.

Die Mindestlöhne wurden mehrfach erhöht, heute betragen sie für Arbeiter in den Städten etwa 115 Z\$ im Monat, verglichen mit 70 Z\$ im Juli 1980. Aber die Inflation hat den größ-

US-Rüstungsausgaben

DIE US-IMPERIALISTEN WERDEN ZUM SCHULDNER DER WESTEUROPÄISCHEN IMPERIALISTEN

Unter der Überschrift "USA bald größtes Schuldnerland?" veröffentlichte die Bank für Gemeinwirtschaft Anfang August in ihrem "Außenhandelsdienst" folgende Meldung: "Die Handelsbilanz der USA wies in den ersten fünf Monaten dieses Jahres ein Rekorddefizit in Höhe von mehr als 50 Milliarden US-Dollar auf ... Wenn diese Entwicklung anhält, ist am Ende des Jahres mit einem Importüberhang von 110 bis 120 Milliarden Dollar zu rechnen." Der hohe und weiter steigende Dollarkurs sei ein wichtiger Grund für dieses Handelsbilanzdefizit der USA. Dieser hohe Dollarkurs verteuere die Waren der US-Kapitalisten im Ausland und verbillige die Waren ausländischer Kapitalisten in den USA. Ursache für diesen hohen Dollarkurs wiederum seien in erster Linie die US-Zinsen, "die zur Zeit mehr als fünf Prozentpunkte über den deutschen liegen und eine steigende Tendenz aufweisen", vor allem wegen des hohen staatlichen Haushaltsdefizits in den USA. Der Außenhandelsdienst weiter: "Beim gegenwärtigen Trend der amerikanischen Leistungsbilanz erfordert die Sicherung des Gleichgewichts am Dollarmarkt ... einen ständig steigenden Nettozufluß an Auslandskapital ... Setzt sich der gegenwärtige Trend fort, werden die USA schon bald Brasilien und Mexiko den Rang als größtes Schuldnerland der Welt abgelaufen haben."

Die hohen Haushaltsdefizite der US-Bundesregierung sind direkte Folge der enormen Rüstungsprogramme, die Reagan gleich nach seinem Amtsantritt unterzeichnet hat. Die US-Regierung finanziert einen beständig wachsenden Teil dieser Rüstungsausgaben durch den Verkauf von Staatsschuldpapieren an ihre imperialistischen Verbündeten und an Leute aus den besitzenden Klassen in anderen Staaten.

Schon in den vergangenen Jahren hatten ausländische Kapitalisten, Banken, Regierungen usw. enorme Geldmittel an die US-Regierung verliehen. Ende 1983 besaßen ausländische Gläubiger US-Staatspapiere im Gesamtbetrag von 170 Mrd. Dollar, das waren ca. 12% der US-Staatsschuld. Das gesamte ausländische Vermögen in den USA, also Wertpapiere im Besitz von Ausländern, ausländische Direktinvestitionen, Grundbesitz, Kredite an US-Kapitalisten und US-Regierung, erreichte 1983 einen Betrag von 781,48 Mrd. Dollar, knapp 100 Mrd. Dollar weniger, als die US-Bourgeoisie zu diesem Zeitpunkt ihrerseits an Vermögen im Ausland besaß. Ab Anfang 1985 dürften diese

ausländischen Vermögen in den USA die der USA im Ausland übertreffen. In diesem Jahr rechnet die US-Regierung damit, weitere 40 Mrd. Dollar in Westeuropa und Japan leihen zu können. Auch die besitzenden Klassen in Lateinamerika sollen in den vergangenen Jahren große Vermögen in den USA angelegt haben. Die "Bank für internationalen Zahlungsausgleich" in Basel schätzt, daß diese "lateinamerikanischen" Vermögen in den USA in den vergangenen fünf Jahren um 55 Mrd. Dollar zugenommen haben.

Für die imperialistischen Verbündeten der USA bietet diese ständig steigende US-Staatsschuld Gelegenheit zu kolossalen Geschäften. So konnten etwa westdeutsche Bourgeois und die Bundesbank, die große Mengen an US-Staatspapieren besitzt, in den vergangenen Jahren hohe Zinseinkünfte auf US-Staatspapiere kassieren. Zusätzlich bot ihnen der hohe US-Dollarkurs Gelegenheit, ihre Warenexporte in die USA drastisch zu steigern. Die westdeutschen Kapitalisten steigerten

Rüstungsausgaben und Staatsverschuldung, Mrd. US-Dollar

HH-jahr	Rüstungsausgaben	HH-defizit	US-Bundesschulden
1980	135,9	59,6	914,3
1981	159,8	57,9	1003,9
1982	187,4	110,7	1147,0
1983	210,5	195,4	1382,0
1984 (1)	237,5	183,7	1592,0
1985 (2)	272,0	180,4	1828,0

(1) voraussichtlich; (2) Haushaltsentwurf; Quellen: Budget of the United States, Fiscal Year 1984, Washington 1983; International Herald Tribune, 27.10.83; Financial Times, 2.2.84; zitiert nach: IPW-Berichte 5/84, Berlin (DDR), Mai 1984

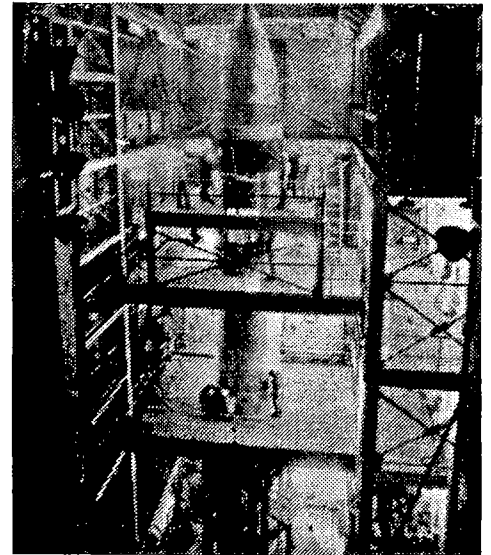
"Wohlstand auf Pump" hat die Zeitschrift "Wirtschaftswoche" in den USA ausgemacht. Allein 1985 hat die US-Regierung den US-Konzernen Rüstungsaufträge über 107 Mrd. Dollar zugesagt. Rechts: MX-Rakete.

schon 1981 bis 1983 ihre Ausfuhren in die USA von 26 auf 32,9 Mrd. DM. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres steigerten sie ihre Exporte dann noch einmal um fast 50%. Ende des Jahres werden sie vermutlich für über 42 Mrd. DM Waren in die USA verkauft haben – ein bislang nie erreichtes Geschäft für die BRD.

Auch die besitzenden Klassen in den USA machen mit der steigenden Staatsschuld ein großes Geschäft. So können all diejenigen, die schon von der Steuerreform profitierten und nun höhere Einkommen haben, einen stän-

dig steigenden Teil ihrer Einkommen in Staatspapieren anlegen. Wer für die Zinsen auf diese Staatsschuld aufkommen soll, ist diesen Leuten und den US-Kapitalisten längst klar: die Lohnabhängigen in den mittleren und unteren Lohngruppen, diejenigen, die sowieso die schwere Arbeit machen (siehe Kasten).

Von westdeutschen Sozialdemokraten, aber auch von anderen westeuropäischen Imperialisten, wird diese Politik der US-Regierung dennoch kritisiert, insbesondere, weil durch die hohe US-Kreditnachfrage das US-Zinsniveau steigt und auch in anderen imperialistischen Ländern die Zinsen hoch bleiben. Tatsächlich haben die hohen US-Zinsen für hochverschuldete Staaten wie die Lateinamerikas, deren Zinsen oft vertraglich an die US-Zinsen gekoppelt sind, eine rapide steigende Zinslast zur Folge. Allein der Anstieg der US-Prime-Rate von 11 auf 13% in den letzten Monaten kostete die lateinamerikanischen Staaten 6 bis 8 Mrd. Dollar mehr Zinsen. In den imperialistischen Staaten unter Einschluß der USA hat diese Politik dagegen bislang vor allem einen nach bürgerlichen Kriterien durch und durch "unsoliden" Aufschwung zur Folge, locken die hohen Zinsen viel Kapital in Spekulationsgeschäfte und



senken die Profitrate für verschuldete Kapitalisten. Die Kritik von sozialdemokratischer und revisionistischer Seite geht bis hin zum Vorwurf, die USA würden so den Rest der Welt in "Zinsknechtschaft" halten (1).

Daß dies für die westeuropäischen Imperialisten nun genau umgekehrt ist, verschweigen viele dieser Kritiker dabei wohlweislich. Denn die westeuropäischen Imperialisten werden infolge dieser Politik nicht Schuldner der USA: Sie werden deren Gläubiger!

Die US-Bourgeoisie wird zwar auch künftig große Profite aus ihren aus-

ländischen Niederlassungen, Plantagen, Bergwerken, Krediten usw. einstreichen. Noch mehr aber wird sie an ihre künftigen Gläubiger, darunter insbesondere die westeuropäischen Imperialisten, abführen müssen. Schon jetzt sind für die US-Staatspapiere im Besitz von Ausländern jährlich über 22 Mrd. Dollar Zinsen fällig. Daß diese US-Auslandsverschuldung Folgen für die Kräfteverhältnisse unter den Imperialisten haben wird, ist den US-Imperialisten wie ihren künftigen Gläubigern schon jetzt klar. Auch wenn die industrielle Überlegenheit der US-Imperialisten gegenüber ihren imperialistischen Verbündeten bestehen bleibt: Die westeuropäischen Imperialisten können ihre Interessen künftig sehr viel entschiedener gegenüber den USA vertreten.

Auch sonst sind die Folgen dieser ständig steigenden US-Staatsschuld weitreichend. Jeder Dollar, den die US-Imperialisten sich bei ihren Verbündeten leihen und in die Rüstung

stecken, ist im wahrsten Sinne des Wortes "verpulvertes Geld", nicht angelegt in die Ausbeutung von Lohnabhängigen, folglich auch nicht zurückzuholen durch Steigerung dieser Ausbeutung. Die steigende Staatsschuld der USA bedeutet so auch ein deutliches Ansteigen der Kriegsgefahr. Denn daß ein gemeinsamer Eroberungskrieg gegen Osten noch immer die beste Art der "Schuldentilgung" ist, wissen die US-Imperialisten allemal.

Die andere Art der "Schuldentilgung", die den US-Imperialisten offensteht, wäre zwar "friedfertig", aber nicht weniger gefährlich für die US-Bourgeoisie. Sie könnte versuchen, sich von ihrer Schuldenlast durch eine brutale neuerliche Abwertung des Dollar, verbunden mit hohen Teuerungsraten im Innern, zu befreien. Die "Neue Zürcher Zeitung" fürchtete am 30.7.84: "Im Kern eines solchen Klimawechsels könnte ein steiler wirtschaftlicher Abschwung stehen, begleitet von einer Korrektur des Dol-

larkurses, gegen den auch die vereinten Kräfte der Notenbanken machtlos wären." Die ausländischen Gläubiger der USA hätten das Nachsehen. Ein schwerer Handelskrieg unter den Imperialisten wäre unvermeidlich. Auch im Innern der USA wären die Folgen einer solchen "Entschuldung" gewaltig. Die ziemlich bedeutenden Vermögen der US-Mittelklasse würden bei dieser "Schuldentilgung" brutal dezimiert. Diese Vermögensverluste der Mittelklassen fielen zeitlich zusammen mit schweren Lohnsenkungen für die arbeitenden Klassen. Die US-Arbeiterbewegung hätte möglicherweise bei einer solchen Entwicklung zum ersten Mal seit langem die Aussicht, die Mittelklassen auf ihre Seite zu ziehen und mit ihnen ein Bündnis gegen die US-Kapitalistenklasse zu schließen.

(1) Rudolf Hickel in seinem Aufsatz "Der Höhenflug des Dollars und die Hintergründe", in "Blätter für deutsche und internationale Politik" 9/83, S. 1256f.; weitere Quellenhinweise: IPW-Berichte, hrsg. vom Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, Berlin (DDR), Heft 5/84; Wirtschaftswoche, 4.5.1984; Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik vom August 1984; BfG-Außenhandelsdienst vom 1.8.1984; Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Ausgaben seit Mai 1984 - (rül, thh)

DIE LOHNABHÄNGIGEN SOLLEN BEZAHLEN

Wer die Rechnung für die immense Verschuldung der USA bezahlen soll, darüber sind sich die bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler einig: die Lohnabhängigen in der USA sowie das Ausland. Nach vier Jahren Reaganscher Politik der Lohnsenkung, der Zerschlagung des Sozialversicherungswesens, dem Abbau von Arbeiterrechten sprudeln die Profite der US-Imperialisten wie schon lange nicht mehr. Dieser Weg soll weiter beschritten werden durch eine Mischung von Erhöhung der indirekten Steuerlast der Lohnabhängigen, weiteren Abbau von Sozialausgaben sowie von "Erhaltungssubventionen" für unproduktive Industrien und Wirkenlassen der "Selbstheilungskräfte des Marktes. Im folgenden nun einige Zitate aus Interviews mit US-Wirtschaftswissenschaftlern, die die Argumentation verdeutlichen sollen:

"Das Problem, wie ich es sehe, besteht darin, überflüssige Industrien loszuwerden, um den anderen, den neuen, eine Chance zu geben. Der Aufschwung ist ja nicht in den traditionellen Industrien gekommen ... Und solange vor allem das Einkommen und nicht der Konsum besteuert wird, geben die Leute halt ihr Geld für den Konsum aus ... Man sollte besser den Konsum besteuern und nicht das Einkommen. Wenn die Leute sparen, sollen sie ruhig ihr Einkommen behalten dürfen, erst wenn sie ausgeben, sollen sie Steuern zahlen. Insbesondere wäre ich sehr dafür, daß man das Benzin viel teurer macht ... Wir sollten versuchen, die Steuerstruktur zu verändern. In den

USA haben wir zum Beispiel keine Bundesumsatzsteuer, es gibt in den einzelnen Bundesstaaten unterschiedliche Umsatzsteuern. Sie liegt etwa in Michigan bei vier Prozent" (Prof. Stolper, Univ. of Michigan; 22/84).

"Volcker (Chef der US-Zentralbank; d.Verf.) müßte klarmachen, daß er die nächsten drei, vier Jahre eindeutig auf antiinflationärem Kurs bleibt ... Eine massive Sozialisierung der Verluste hätte auf die Dauer gefährliche Konsequenzen für das Finanzsystem eines Landes ..." (Karl Brunner, Monetarist, Mitglied eines "Kritischen Überwachungsorgans" der amerikanischen Notenbank und Geldpolitik; 33/84).

"Aber unser Wirtschaftsaufschwung ist von einem gigantischen strukturellen Defizit begleitet ... Das Grundübel des Defizits ist vielmehr, daß die Amerikaner, die im privaten Bereich schon extrem stark konsumieren, jetzt auch noch den öffentlichen Konsum forcieren und den Sparsinn verlieren ... Das wird auf Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen hinauslaufen ... Wir haben die Grenze der steuerlichen Belastbarkeit noch lange nicht erreicht" (Prof. Samuelson, Nobelpreisträger vom Massachusetts Institut of Technology; 19/84).

"Die Preissteigerung wird den Amerikanern in den nächsten Jahren wieder sehr wehtun und ihre Gehaltserhöhungen auffressen" (R. Leftwich, Sprecher der Citicorp-Bank).

(Alle Zitate sind Ausgaben der Wirtschaftswoche 1984 entnommen; die Zahlen geben die jeweilige Wochennummer der Zeitschrift an.)

Südafrika/Azania

PROTESTAKTIONEN GEGEN PREISSTEIGERUNG

Im Juni und Juli des Jahres führte in Azania die schwarze Bevölkerung in den Townships, den Ghettos für schwarze Arbeiter bei den Städten der Weißen, zahlreiche Aktionen gegen die Erhöhung der Mieten und anderer Lebenshaltungskosten durch. Sie protestierte zugleich gegen die mit der Verfassungsreform installierten schwarzen Stadträte, deren Wahlen 1983 sie größtenteils boykottiert hatte. Die Stadträte versuchen, die wachsenden Schulden ihrer Haushalte durch Steigerung der Mieten und anderer Kosten für die Bevölkerung aufzufangen. Die Schuldenberge haben sie von ihren Vorgängern geerbt. Soweto z.B. übernahm Schulden in Höhe von 13 Mio. Rand, die monatlich um 2 Mio. Rand steigen. Das Mittel, die Stadträte gegen die Lebensinteressen der schwarzen Bevölkerung zu treiben, ist ihre Abhängigkeit von der weißen Zentralregierung. Sie müssen ihre Investitionspläne und ihren Haushalt dem Ministerium für Kooperation und Entwicklung vorlegen.

Im Juni wurden die Wohnungen von fünf Mitgliedern des Stadtrats von Soweto mit Petroleumbomben angegriffen, einige mehrmals. Die Stadträte

forderten von der Regierung die Erhöhung ihrer Bezüge wegen des "hohen Risikos". Der Bürgermeister ließ sich Tag und Nacht von der Polizei bewachen. Im Juli protestierten in Tumahole im Oranje-Freistaat mehrere tausend Jugendliche gegen Miet- und Steuererhöhungen. Fünfzig Menschen wurden verhaftet und wegen öffentlicher Gewaltanwendung, Diebstahl u.a. angeklagt. Einer starb in Polizeihaft. Einwohner von Thokoza im Witwatersrand erklärten im April, sie wollten sich mit einer Petition an den Obersten Gerichtshof wenden, um die Stadtratswahlen von 1983 für null und nichtig erklären zu lassen. In Daveyton drohten drei Bürgervereinigungen mit Aktionen, nachdem Mieterhöhungen von 80% und weitere Preissteigerungen angekündigt worden waren. In Nyanga, Westkap, marschierten 400 Einwohner zum regionalen Büro des Entwicklungsministeriums und verlangten Elektrizität im Township. Gleichzeitig protestierten sie gegen den Plan, sie in ein 25 Meilen außerhalb von Kapstadt gelegenes Township umzusiedeln. In Michell's Plain, ebenfalls Kapstadt angegliedert, forderten die Einwohner die Errichtung eines Krankenhauses für ihre Region. Sie protestierten gegen die Wahlen zum neuen Parlament im August.

Zahlreiche schwarze Gewerkschaften haben in Protestaktionen verlangt, daß alle Steuern auf Lebensmittel und auf Güter des Grundbedarfs aufgehoben werden. Der Finanzminister war gezwungen, die Steuern für einige Lebensmittel aufzuheben. Quellenhinweis: Focus on Political Repression in Southern Africa 54/84 - (anl)

Brasilien

LANDARBEITERSTREIKS FÜR HÖHERE LÖHNE

"Niemals zuvor ... haben wir soviel für die Arbeiter erreicht wie mit diesem Streik", erklärte die Gewerkschaft der Landarbeiter des Bundesstaates Sao Paulo, Mitglied in der nationalen Landarbeitergewerkschaft Brasiliens, CONTAG. In der größten Streikbewegung seit dem Militärputsch 1964 kämpften ca. 200 000 Landarbeiter erfolgreich für höhere Löhne. 17 000 ländliche Saisonarbeiter auf den Zuckerrohrfeldern von Guariba in der Region Ribeiro (Bundesstaat Sao Paulo) setzten sich in einem kurzen, aber entschlossen geführten dreitägigen Streik durch. Die Landarbeiter errichteten Straßensperren, zündeten zahlreiche erntereife Felder an und lieferten der Polizei Straßenkämpfe. Ein Gewerkschaftsmitglied wurde erschossen. Innerhalb eines Jahres ermordeten Polizei, Militär oder die Banden der Groß-

grundbesitzer über 100 Landarbeiter und Gewerkschaftsführer; am 4. Juli dieses Jahres den Präsidenten der Landarbeitergewerkschaft von Tome Acu im Bundesstaat Para, Bandeira.

Die Großgrundbesitzer in der Region von Ribeiro, die auf riesigen Feldern Zuckerrohr hauptsächlich für das staatliche Alkoholprogramm (Verwendung als Benzinersatz) anbauen lassen, mußten die Löhne für 120 000 Tagelöhner, zumeist landlose Bauern und Arbeitslose, um 300% anheben. Der durchschnittliche Monatslohn beträgt jetzt umgerechnet 390 DM. Der Lohn für eine Tonne geschlagenen Zuckerrohrs erhöhte sich von 1,76 DM auf rund 3 DM. Erstmals konnten die streikenden Landarbeiter Sozialversicherungsleistungen erkämpfen: eine wenn auch geringe Bezahlung für Ferien- und Krankentage.

Ende Juli / Anfang August traten die Landarbeiter in der Region von Campos, 200 km nordöstlich von Rio de Janeiro, in den Streik. Sie erreichten Lohnerhöhungen für insgesamt rund 80 000 auf den dortigen Zuckerrohrfeldern arbeitenden Lohnabhängigen um 50% auf ebenfalls umgerechnet 390 DM/Monat.

Erstmals traten Zehntausende von Angehörigen der Mittelschicht in den letzten Monaten in Streikaktionen. Nach einem 58-tägigen Streik erkämpften 8 000 Krankenhausärzte Erhöhungen ihrer Gehälter auf drei Mindestlöhne (ca. 360 DM). Seit über zehn Wochen streiken 35 000 Dozenten und 50 000 Verwaltungsbeamte der Bundesuniversitäten für Gehaltserhöhungen. Ihre Gehälter waren, wie viele der Mittelschichtsangehörigen, in den letzten zweieinhalb Jahren durch gesetzlich verfügte Lohnkürzungen und durch eine Inflationsrate von fast 200% um über die Hälfte gesunken. Das Anfangsgehalt eines Professors liegt inzwischen nur noch bei knapp 200 DM/Monat. Gegen die von der Bundesregierung angedrohte Entlassung aller Streikenden protestierte die Konferenz der brasilianischen Hochschulrektoren.

Die Verelendung der brasilianischen Lohnabhängigen ist in den letzten fünf Jahren weiter vorangeschritten. Der Verbrauch von Grundnahrungsmitteln wie Milch und Fleisch sank um 30%. Nach Erhebungen des statistischen Instituts IBGE stieg die Anzahl der Lohnabhängigen, die höchstens einen Mindestlohn erhalten von 17,9 Mio. 1980 auf 21,9 Mio. 1982. 10 Mio. von ihnen haben weniger als die Hälfte des gesetzlichen Mindestlohnes von ca. 120 DM. Nur 20% der brasilianischen Haushalte liegen mit 400 DM und mehr Einkommen pro Monat über dem Existenzminimum.

Quellenhinweis: Brasilien-Nachrichten Nr. 129; Brasilien-Ausschnittendienst 7 und 8/84; Brasilien Dialog 2/84; FR vom 11.9.84; FAZ vom 7.8.84. - (sie)

Großbritannien

TUC-KONGRESS FÜR ARBEITSPLÄTZE

Am 16. September brachen die Gewerkschaft NUM und die staatliche Kohlebehörde ihre Verhandlungen erneut ab. Die Kohlebehörde verlangte die Zustimmung der NUM zur Schließung "unwirtschaftlicher Zechen", die Gewerkschaft weigerte sich. Sie will jetzt die Unterstützung der anderen Gewerkschaften einfordern. Auf dem TUC-Kongreß Anfang September war mit 9,7 Mio. Stimmen gegen 0,2 Mio. Stimmen bei 0,12 Mio. Stimmen Enthaltungen (Zahl der Delegierten mal die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die sie vertreten) beschlossen



Demonstration von Bergarbeiterfrauen in Kent

worden, u.a. keine Kohle oder Koks zu transportieren, kein Öl, wenn es als Ersatzstoff verwendet werden soll.

Die Unterstützung war allerdings nicht bedingungslos beschlossen worden. In der vom TUC-Generalarat dem Kongreß vorgelegten Resolution heißt es: "Die NUM stimmt zu, daß die praktische Durchführung dieser Schritte detaillierte Diskussionen mit dem Generalrat und die Zustimmung der direkt betroffenen Gewerkschaften erfordert." Wie weit diese Unterstützung reicht, wird sich in diesen Wochen zeigen. Bekannt wurde, daß der TUC-Generalarat als Bedingung für Unterstützung die Zustimmung der NUM zu Schlichtungsgesprächen verlangt.

Der Gewerkschaftskongreß war beherrscht von dem Thema Bergarbeiterstreik. Im Gegensatz zum TUC-Kongreß 1983, als Generalsekretär Murray einen "neuen Realismus" verbreitete, und Gewerkschaftsführer wie Arthur Scargill isoliert waren, schien es diesmal umgekehrt; Scargill und die NUM wurden gefeiert, die Elektrikergewerkschaft mit ihrer

Streikgegnerschaft stand allein da.

Haben sich in dem einen Jahr die Kräfteverhältnisse so gewandelt? Das ist nicht der Fall. Der TUC-Kongreß 1984 unterschied sich allerdings wesentlich von dem von 1983. Während 1983 die Anti-Gewerkschaftsgesetze der Regierung Thatcher im Mittelpunkt standen (und die Forderung, sie zu stürzen), ging es 1984 vor allem um "Sicherung der Arbeitsplätze", obwohl natürlich weiterhin die Gewerkschaftsgesetzgebung angegriffen wurde.

Ein Antrag für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche wurde angenommen, der mit der Sicherung von Arbeitsplätzen begründet wurde. Garry Russel von den Metallarbeitern verwies ausgerechnet auf das Beispiel Westdeutschland in der Begründung. Gleichzeitig beschloß der Kongreß mit etwa 5,7 Mio. gegen 4 Mio. Stimmen, dem Generalrat die Möglichkeit erneuter Teilnahme an dem Nationalen Wirtschaftsentwicklungsrat zu eröffnen. Das ist das britische Gegenstück zur konzertierten Aktion. Aus Protest gegen das Gewerkschaftsverbot in der Abhörzentrale Cheltenham hatten die Gewerkschaften die Teilnahme abgebrochen.

Dieser Linie paßte der Streik der Bergleute um Arbeitsplätze durchaus ins Konzept. Natürlich hat die Kampfentschlossenheit der Bergleute und ihr zähes Durchhalten gegen die gemeinsten Taktiken der Regierung entsprechenden Respekt gefunden in anderen Gewerkschaften. Aber es bleibt ein Problem, daß die NUM-Führung aufgehört hat, vom Lohn zu sprechen — um den es ursprünglich auch ging — und stattdessen meint, sie verteidige mit ihrem Streik die nationale Energiequelle Kohle und damit auch die Arbeitsplätze der Mitglieder. Es steht zu befürchten, daß es in den nächsten Wochen eine Schlichtung geben wird, bei der die NUM vielleicht 10000 Entlassungen hinauschiebt, bei der ihr aber beim Lohn das Fell über die Ohren gezogen wird. Quellen: Financial Times, Socialist Worker, versch. Ausgaben. — (hef)

Frankreich

ENTLASSUNGEN BEI CITROEN

1950 Entlassungen, 3248 Frühverrentungen, 590 sogenannte freiwillige Rückkehrer in ihr Heimatland, mit diesem "Angebot" der Betriebsführung wurden die Arbeiter bei Citroen konfrontiert, als sie aus dem Sommerurlaub zurückkehrten. Rund 5800 Arbeitsplätze weniger bei 43000 insgesamt, immerhin 13% der Gesamtbelegschaft, das lag doch ziemlich nah bei den von der Citroen-Geschäftsleitung im Frühjahr geforderten 6000,

und diesmal hatte die französische Regierung zugestimmt, wenn auch nur unter der Bedingung, daß die Entlassenen noch 12 Monate lang 80% ihres letzten Bruttolohnes sowie eine — allerdings nicht näher bestimmte — Umschulung erhalten. Im Mai noch hatten die Arbeiter mit mehreren von der Gewerkschaft CGT angeführten Streiks die Zustimmung zum Rationalisierungsplan verhindern können.

Jetzt, am 30./31. August, fanden die entlassenen, zumeist ausländischen Arbeiter bei ihrer Rückkehr im Briefkasten den Brief der Direktion, die anderen sahen sich vor den Werkstoren mit Gitterkäfigen konfrontiert, durch die sie das Werk betreten sollten. Die Entscheidung der meisten Arbeiter der ersten Schicht war klar: "Sind wir hier in Südafrika? Wir sind weder Ratten noch Affen." Die Masse der Lohnabhängigen blieb draußen und beteiligte sich an einer von der CGT organisierten Kundgebung, etwa 300 jedoch gingen ins Werk.

Mehrere Tage lang gelang es den Arbeitern des am stärksten betroffenen Werkes Aulnay die Produktion mit Streiks lahmzulegen. Ihre Forderung nach erneuten Verhandlungen über die Zahl der Entlassungen und die Einzelheiten der Umschulungsmaßnahmen stieß jedoch auf konsequente Ableh-

nung bei den Citroen-Kapitalisten, das harte Vorgehen von Polizei und Werkschutz gegen Kundgebungen am Werkstor sowie permanente Entlassungsdrohungen taten ein übriges: Am 5.9. konnten die ersten Bänder wieder in Gang gesetzt werden, der Kampf war verloren.

Drei Faktoren waren wohl entscheidend für diesen Ausgang. Erstens ermöglichte die Regierungszustimmung zu den Entlassungen noch während der Werksferien den Kapitalisten eine optimale Vorbereitung des Coups. Zum zweiten standen die Gewerkschaften den Angriffen gespalten gegenüber — FO wie CFDT betonten den "sanften Charakter" der Entlassungen — und hatten ihnen vor allem ideologisch nichts entgegenzusetzen, da alle einschließlich der CGT die Modernisierungspropaganda der Direktion ("nur so gewinnen wir Weltmarktanteile zurück") nicht bekämpften, zum Teil sogar unterstützten. Drittens lancierten die Kapitalisten im richtigen Moment Ergebnisse einer Regierungsuntersuchung, nach der bis 1989 in der gesamten französischen Automobilindustrie 80000 Arbeitsplätze verschwinden müßten. In der gegebenen Lage mußte dies zusätzlich einschüchtern. Quellenhinweis: le Monde, l'Humanité, versch. Ausgaben. — (pel)

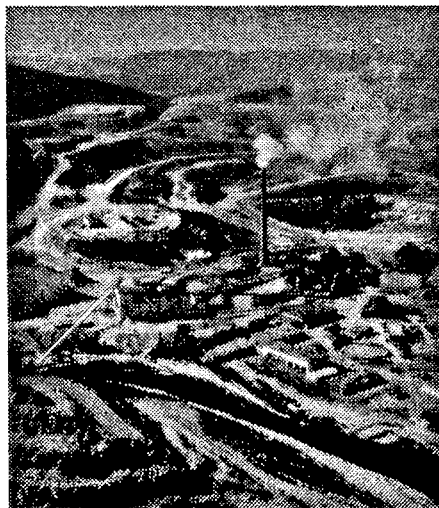
Kanada

WAHLSIEG EINES "PROGRESSIV-KONSERVATIVEN"

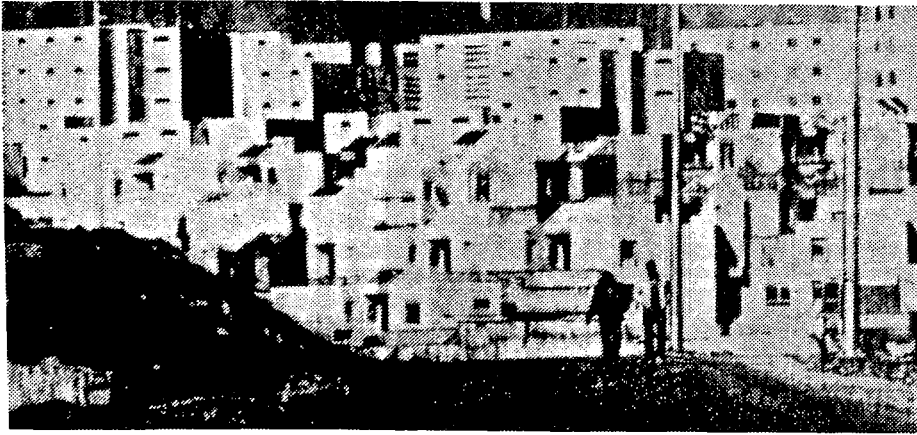
Brian Mulroney, der seit einem Jahr an der Spitze der "Progressiv-Konservativen Partei" Kanadas steht, hat bei den Wahlen vom 4. September einen deutlichen Wahlsieg errungen. Seine Partei hat 211 von 282 Parlamentssitzen ergattert. In den gesamten kanadischen Westprovinzen gibt es jetzt nur zwei liberale Parlamentarier, ei-

ner davon ist der Amtsnachfolger von Pierre Trudeau, John Turner, der in British Columbia einen Sitz erobern konnte, während die Liberale Partei insgesamt unter seiner Führung eine empfindliche Schlappe hinnehmen mußte und nur noch mit 40 Parlamentariern in der Hauptstadt Ottawa vertreten sein wird. Als entscheidend gelten die Wahlergebnisse in Quebec, wo die Konservativen diesmal 58 der 75 Sitze erhielten, während es 1980 nur ein einziger war, und in Ontario, wo die Konservativen den Liberalen 30 Sitze abknöpfen konnten, die dort zusätzlich noch 7 Sitze an die sozialdemokratische New Democratic Party verloren.

Das Ende der Ära Trudeau ist somit recht drastisch ausgefallen, seine Partei steht vor einem größeren Scherbenhaufen. Trudeau war zurückgetreten, um die Wahl nicht selbst zu verlieren; sein Nachfolger Turner hatte sich zunächst, den Meinungsumfragen zufolge, Hoffnungen auf einen Wahlsieg machen können, als er am 30. Juni das Amt des Premierministers übernahm. Nach Presseberichten wird vermutet, daß der rasche Meinungsumschwung zu seinen Un-



Kupferbergwerk in Quebec, wo Mulroney herkommt



Zu den angeblich ungeklärten Punkten der Regierungspolitik der seit dem 14. September bestehenden "Regierung der Nationalen Einheit" in Israel gehört die Siedlungspolitik im Westjordanland und im Gaza-Streifen. Die Koalition aus den bisherigen Regierungsparteien des Likud-Block und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat jedoch nach Angaben von MAPAM-Abgeordneten, früher in einer Koalition mit der Arbeiterpartei, die Beibehaltung der bestehenden 28 Siedlungen beschlossen. (Bild: Israelische Siedlung im Westjordanland) Damit werden Vorhaben reaktionärer Banden gefördert. Am 15. September, dem Jahrestag der Massaker in den Beiruter Palästinenserlagern Sabra und Shatila, demonstrierte eine Gruppe um den US-amerikanischen Zionisten Kahane im Westjordanland für den Bau weiterer Siedlungen. — (uld)

BELGIEN: SOZIALPAKT ABGELEHNT

Mit großer Mehrheit hat am 14.9. ein Sonderkongreß des belgischen Gewerkschaftsbundes ABVV einen zwei-jährigen Sozialpakt mit den Kapitalisten abgelehnt. Die Kapitalisten hatten in den Entwurf zu dem Abkommen von den Gewerkschaften die Zustimmung zur weiteren Ausdehnung von Teilzeitarbeit und "flexiblen" Arbeitszeiten erreichen wollen. Außerdem sollten die Gewerkschaften zwei Lohnsenkungen von je 1,5% zustimmen, um "die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen". Als "Gegenleistung" hatten die Kapitalisten sich bereit erklärt, über eine 38-Stunden-Woche zu verhandeln. Die Ablehnung dieser dreisten Kapitalistenwünsche durch den

ABVV-Kongreß erleichtert den Kampf gegen die Lohnsenkungswünsche der Kapitalisten. — (rül)

BLOCKFREIE GEGEN FLOTTENAUFMARSCH

Neun Mittelmeer-Anrainer-Staaten haben am 12.9. die USA, Großbritannien, Frankreich und Italien aufgefordert, ihre Flottenverbände, die sich seit Wochen auf "Minensuche" befinden, aus dem Roten Meer abzuziehen. Der Flottenaufmarsch sei ein Versuch, Libyen zu provozieren. An der Tagung nahmen Malta, Ägypten, Libyen, Syrien, Jugoslawien, Zypern, Tunesien, Algerien, Marokko und die PLO teil. Bislang wurde eine Mine gefunden — aus dem 73er Krieg. — (Mak)

TÜRKISCHE UND BRD- REAKTION HASSTEN IHN

Am 9. September starb der revolutionäre Filmregisseur Yilmaz Güney (Bild) im Alter von 49 Jahren im Exil in Frankreich. Güney war als Sohn kurdischer Bauern in der Türkei geboren und hatte seit seiner Schulzeit den Kampf der Arbeiter und Bauern in der Türkei gegen Unterdrückung und Ausbeutung unterstützt. 13 Jahre seines Lebens mußte er deswegen in türkischen Gefängnissen zubringen. Aus der letzten Haft floh er im Jahr 1981, nachdem die Militärjunta die Macht



übernommen hatte und ihm selbst das Lesen und Schreiben in Isolationshaft verboten hatte. Die jahrelange Haft hatte seine Gesundheit untergraben, Güney starb an Magenkrebs. Die Bundesregierung hat bis zu seinem Tod seine Verfolgung durch die Junta in der Türkei unterstützt. Nach seiner Flucht unterrichtete sie Güney, daß er bei der Einreise in die BRD mit Gefangennahme und Auslieferung an die Militärjunta rechnen müsse, die Güney 1982 in Abwesenheit erneut zu einer Gefängnisstrafe von siebeneinhalb Jahren verurteilt hatte. — (uld)

gunsten seine Ursachen vor allem darin hat, daß sich Turner zu wenig von dem Erbe Trudeaus habe freimachen können und daß er sich steif und unbeweglich angesichts der veränderten kanadischen Realitäten erwiesen habe. Das ist allerdings eine widerprüchliche Interpretation, die anscheinend versucht, unterschiedliche Entwicklungen in Kanada auf einen Nenner zu bringen.

Das "Erbe Trudeaus", wie es nach den Forderungen jedenfalls der bürgerlichen Presse von Turner hat überwunden werden sollen, besteht aus einer relativ starken staatlichen Rolle in der Wirtschaft und einem Verständnis von Kanada, das politisch eher in Richtung eines selbstbewußten Staates an der Spitze der Dritten Welt als in Richtung eines amerikanischen Investitionsparadieses ging. Turner habe zu viel von Trudeaus Personal übernommen und zu wenig politische Akzente gesetzt, liest man. Es dürfte

hauptsächlich der von der US-amerikanischen Ökonomie und Bourgeoisie ausgehende Druck sein, der diese politische Entwicklung bewirkt hat.

Die andere Seite, daß Turner sich auf die heutige Lage in Kanada nicht habe einstellen können (er war 1975 als Trudeaus Finanzminister zurückgetreten und in Aufsichtsräten tätig), bezieht sich auf diverse Fehlritte von Turner wie etwa den, daß er vor der Fernsehkamera der liberalen Parteipräsidentin einen Klaps aufs Gesäß gab und das anschließend damit zu erklären suchte, er sei ein "taktiler" (berührungsfreudiger) Politiker. Mit so was konnte er vielleicht vor zehn Jahren in Kanada durchkommen; heute macht er sich lächerlich.

Da ist Mulroney aus anderem Holz geschnitzt. Er ist irischer Abstammung, in Quebec geboren und mit einer Jugoslawin verheiratet. Als Ire ist er für das frankokanadische Quebec akzeptabel, da ebenfalls katholisch

und kein Vertreter der englischen Geldaristokratie. Er tritt auf als Mann aus dem Volke, auf Empfehlung seiner Berater oft ohne Schlips und Kragen, und ist vor Jahren bekannt geworden als Schlichter bei einer Betriebschließung, wo er für die Arbeiter verhältnismäßig gute Abfindungen herausgeholt haben soll. Später hat er sich als kanadischer Manager des amerikanischen Bergbaukonzerns Hanna Mining das Vertrauen des US-Kapitals erworben. Er scheint somit für verschiedene Klassen und Schichten aus miteinander nicht zu vereinbarenden Gründen eine positive Figur abzugeben: beweglich, charmant, aber doch so unverbindlich, daß niemand genau weiß, welche Politik er von ihm zu erwarten hat.

Der britische "Observer" schrieb unmittelbar vor der Wahl so über Mulroney: "Wofür er steht, abgesehen von den Tugenden des Kapitalismus und einem vereinigten Kanada, das weiß

MASSENSTERBEN NACH VERDORBENEM ESSEN

26 Patienten eines psychiatrischen Krankenhauses in der englischen Stadt Wakefield starben in den letzten zwei Wochen nach einer durch verdorbenes Fleisch hervorgerufenen Salmonellenvergiftung. Nicht nur das verdorbene Fleisch, der allgemeine Gesundheitszustand der Nervenkranken ist ein Skandal. Von Salmonellen stirbt man gemeinhin nicht. Ein Sprecher der Gesundheitsbehörde erklärte entschuldigend, viele der Tote seien schon über 70 gewesen. — (hef)

EG-AUSSENMINISTER BERATEN ÜBER ETA

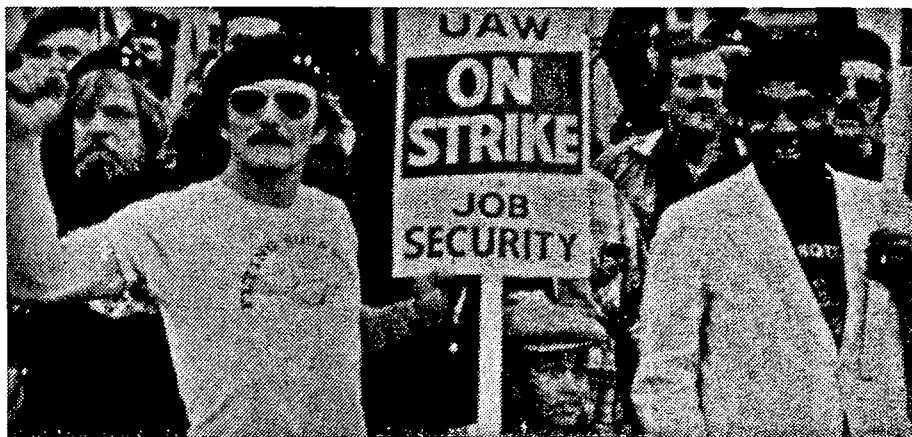
Auf der Konferenz der EG-Außenminister am 11.9. in Dublin sei auch über die "Bekämpfung des internationalen Terrorismus" beraten worden, teilte zwei Tage nach der Konferenz der britische Außenminister Howe in einem BBC-Interview mit. Weitere Einzelheiten nannte Howe nicht. In den meisten westdeutschen Zeitungen war nur zu erfahren, daß die Konferenz sich mit der Beseitigung von "Schwierigkeiten" bei der Aufnahme Spaniens und Portugals in die EG befaßt habe, so mit der "Begrenzung der Olivenölproduktion". Außerdem war von Howe noch zu erfahren, man habe über den "Mißbrauch der diplomatischen Immunität" beraten. Womit dann wenigstens zwei Verhandlungspunkte der Außenminister erkennbar wären. Erstens hat die Konferenz der Beratung gemeinsamer Maßnahmen der EG gegen Libyen gedient. Zweitens gehört zu einer der wesentlichen "Schwierigkeiten" beim Beitritt Spaniens in die EG weiterhin, wie die spanische Regierung mit Unterstützung der EG die baskische Befreiungsorganisation ETA zerschlagen kann und ob über-

haupt. Die belgische Regierung hat unlängst zum ersten Mal ein Mitglied der ETA an die spanische Regierung ausgeliefert. Über solche und andere "gemeinsame Maßnahmen" haben die Außenminister der EG beraten. — (rül)

NEUSEELAND BLEIBT IM ANZUS-PAKT

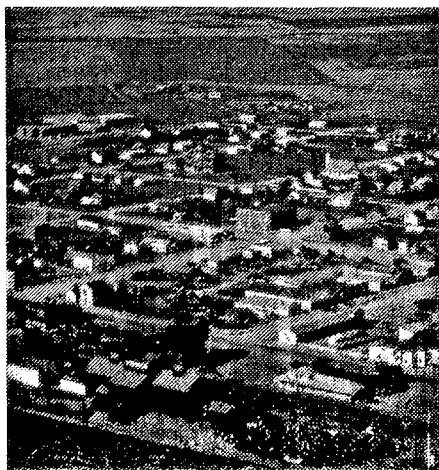
Neuseelands Ministerpräsident David Lange erklärte, seine Regierung sei nicht an die Parteitagsbeschlüsse der regierenden Labour-Partei gebunden, die auf ihrem Parteitag in Wellington den Austritt aus dem ANZUS-Pakt

und die Schließung der US-Luftwaffenbasis Christchurch beschlossen hatte. Er wolle nur einige Bedingungen der Mitgliedschaft Neuseelands in dem Pakt aus USA, Australien und Neuseeland ändern. Dazu gehört das Verbot für atomgetriebene oder mit Atomwaffen versehene Schiffe, Häfen in Neuseeland anzulaufen. Die US-Regierung gab bekannt, ein solches Verbot sei mit Neuseelands ANZUS-Mitgliedschaft "unvereinbar" und drohte Neuseeland mit Handelssanktionen. — (hef).



Seit dem 15.9. streiken in 13 US-Werken von General Motors 60000 Mitglieder der Automobilarbeitergewerkschaft UAW gegen die Lohnsenkungswünsche der Automobilkapitalisten. Die UAW hatte die Arbeiter zum Streik aufgerufen, nachdem die Verhandlungen mit den Kapitalisten außer ständig neuen Lohnsenkungswünschen der Kapitalisten kein Ergebnis gebracht hatten und der alte Tarifvertrag am 14.9. abgelaufen war. Die GM-Kapitalisten hatten jede Tarifloohnerhöhung abgelehnt und stattdessen in einem neuen dreijährigen Tarifvertrag lediglich im ersten Jahr 600 Dollar "Sonderzahlung" und im zweiten Jahr noch einmal 300 Dollar angeboten. Außerdem hatten sie eine Kürzung des tariflichen Inflationsausgleichs verlangt. Die UAW besteht dagegen auf einer Erhöhung der Tariflöhne und auf Sicherungen gegen Entlassungen. Die 60000 Arbeiter legen mit ihrem Streik alle großen Montagewerke von General Motors lahm. Die "Juwelen" des Konzerns seien getroffen, meinte das US-Finanzblatt "Wall Street Journal". Die GM-Kapitalisten tönten in ersten Reaktionen auf den Streik, sie würden "niemals" einem Abschluß zustimmen, der ihnen nicht passe. — (rül)

anscheinend keiner. Gut möglich, daß er es selbst nicht weiß. Wie viele moderne Politiker ist der nächste Premierminister von Kanada kein Ideologe, sondern eine Maschine, gut gewar-



Kanadische Prärien: Stammland der Konservativen

tet und geölt für den Zweck, gewählt zu werden."

Der amerikanische "Christian Science Monitor" ist sich nicht sicher, ob nun wie erhofft eine längere Periode konservativer Herrschaft beginnt: "Die Liberalen waren in Kanada mit Ausnahme von nur 22 Jahren in diesem Jahrhundert stets an der Regierung. Der Wechsel zu den Tories könnte eine Änderung und den Beginn einer konservativen Herrschaft bedeuten. Vielleicht aber auch nicht ... Wenn ein rechtslastiger Tory aus Alberta (im Parlament) neben einem nationalistischen Parlamentarier aus Quebec sitzt, werden dann die Funken sprühen ...?"

Damit weist dieses konservative Blatt auffallend besorgt darauf hin, daß das anscheinend einheitliche Wahlergebnis zugunsten der Konservativen die realen Widersprüche im Land nicht löst und ihre Bewältigung auch nicht wesentlich erleichtert. Da-

für spricht einiges. So zeichnet sich ab, daß die kanadische Arbeiterbewegung sich keineswegs von dem Kampf Liberalen gegen Konservative hat lähmen lassen. Die sozialdemokratische New Democratic Party hat sich mit 30 Parlamentssitzen gut behauptet, und die derzeitige Streikbewegung in zahlreichen Orten im öffentlichen Dienst und in Metall und Druck scheint eine gewisse Überwindung der bisher starken Zersplitterung in betriebliche Kämpfe anzuzeigen. Die 50000 Automobilarbeiter von Ontario haben ihrer Gewerkschaft einen klaren Streikauftrag für die anstehenden Tarifverhandlungen erteilt.

Sicher ist aber, daß die USA mit dem Sieg Mulroneys erreicht haben, daß Kanadas staatliche Kontrolle über die ausländischen Investitionen und über die Rohstoffschätze abgebaut wird. Reagan hat Mulroney gleich nach der Wahl telefonisch zum Sieg gratuliert. — (mfr)

4. Jahrestag der Machtergreifung der Junta ZAHLEICHE AKTIVITÄTEN IM BUNDESGBIET



"Stoppt die Türkeihilfe für die faschistische Junta". Diese und andere Forderungen gegen Bundesregierung und die Militärregierung in der Türkei erhoben die Teilnehmer der Demonstration am 8.9. in Köln.



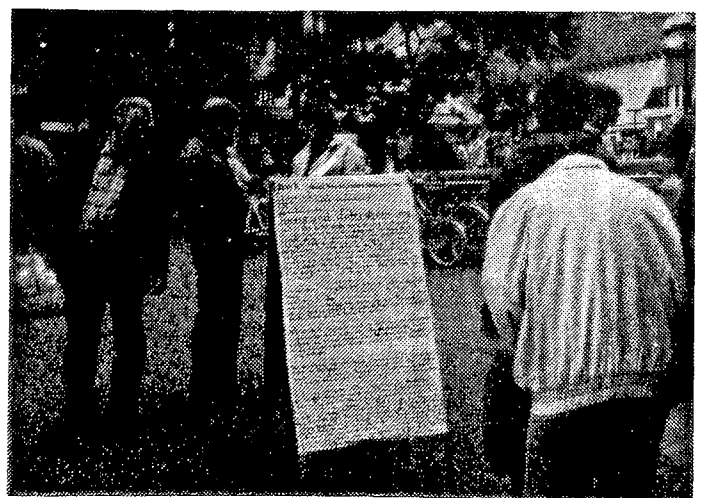
Volksfront und viele Antiimperialisten unterstützten die von Dev-Genc, ATIF, Devrimci Isci, DIDF, Devrimci Kurtulus, Iscinin Sesi, Partizan, Proleter Dayanisma, Roja Welat organisierte Demonstration.

Etwa 12 000 Teilnehmer unterstützten am 8. September im Bundesgebiet die Aktionen anlässlich des Jahrestages der Machtergreifung der Junta in der Türkei. Drei Demonstrationen fanden in Köln statt und eine Demonstration in Duisburg. Im Vergleich zum vergangenen Jahr war die Beteiligung rückläufig, an einer gemeinsamen Demonstration beteiligten sich im vergangenen Jahr 15 000. Ein Grund für dieses Ergebnis war, daß es in diesem Jahr zu keiner gemeinsamen Demonstration gekommen war. Keine der türkischen und kurdischen Organisationen, die die Demonstrationen durchführten, behaupteten auf den Kundgebungen, daß die Durchführung mehrerer Veranstaltungen für ihre Organisation vorteilhaft war. An der Demonstration zum Kölner Neumarkt beteiligten sich ATIF, DIDF und andere Organisationen; an der Demonstration durch den Stadtteil Köln-Nippes beteiligten sich KOMKAR, FIDEF und andere; in Köln-Deutz führte Partizan eine Demonstration durch und in Duisburg demonstrierte die PKK. Von den westdeutschen Organisationen hatten die Autonomen, der BWK, die KPD, die MLPD, der Arbeiterbund zum Wiederaufbau der KPD, die Volksfront, der "Frankfurter Appell", die GIM zur Unterstützung der Aktivitäten anlässlich des Jahrestages aufgerufen und sich an Veranstaltungen beteiligt. Die DKP berichtete in der UZ vor und nach den Aktivitäten kurz.

In der Woche vor dem 8. September fanden in Frankfurt, Bonn und Hamburg Demonstrationen gegen den Özal-Besuch statt, an denen sich Hunderte beteiligten. Bei Kundgebungen vor der türkischen und iranischen Botschaft wiesen kurdische und türkische Organisationen darauf hin, daß das kurdische Volk unterdrückt wird und die kurdische Sprache in der Verfassung der Junta verboten ist. Im September finden in einigen Orten Veranstaltungen anlässlich des Jahrestages statt. — (jöd)



Duisburg. Zu der Demonstration der PKK, der Kurdischen Arbeiterpartei, gegen die türkische Militärjunta kamen auch westdeutsche Teilnehmer.



Der BWK führte zur Unterstützung der Aktivitäten gegen das türkische Militärregime an einigen Orten Informationsstände durch. Bild: Hannover.

Oktoberfestattentat

DIE FASCHISTISCHEN MÖRDER WERDEN GEDECKT,
ANTIFASCHISTISCHE AKTIONEN BEHINDERT

München. Am 26. September jährt sich der faschistische Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest zum vierten Mal. Damals starben 13 Menschen, 210 wurden verletzt.

Am 22. August war ein Antrag der GRÜNEN, daß das Oktoberfest an diesem Jahrestag bereits um 20 Uhr geschlossen wird, Thema des "Feriensenats" der Stadt München. Die Stadträte der GRÜNEN und der SPD stimmten für den Antrag, die CSU/FDP-Rathaus-Minderheit hatte jedoch im Feriensenat eine Stimme Mehrheit und lehnte den Antrag ab. CSU-Bürgermeister Zehetmeier begründete die Ablehnung damit, daß es für ihn nicht einsehbar sei, warum ab dem heurigen Jahr dieses Gedenken an die Opfer mit einer früheren Schließung der Wies'n begangen werden soll, nachdem dies bisher nicht für nötig empfunden wurde.

Zynisch und verlogen. Seit 1982 fordern Gewerkschaften und Antifaschisten, daß das Oktoberfest an diesem Tag früher bzw. ganz geschlossen wird – von der CSU jedesmal verhindert. Dieses Jahr ging die Initiative für den Antrag der GRÜNEN vom Vertrauensleutkörper der IG Druck und Papier im Süddeutschen Verlag aus. Dieser hatte den Antrag nach vorzeitiger Schließung mit der ausdrücklichen Aufforderung "aktiv gegen die Neonazis vorzugehen" an Oberbürgermeister Kronawitter (SPD) und den Stadtrat gestellt. Der DGB-Kreisjugendausschuß forderte die ganztägige Schließung.

Ebenfalls "nicht für nötig empfunden" wird von CSU, bayerischen und bundesdeutschen Staatsorganen, die Hintergründe des Attentats aufzuklären, die faschistischen Mörder und ihre Hintermänner zu bestrafen. Bereits wenige Stunden nach dem Attentat

stand für die Staatsanwaltschaft und die bayerische Staatsregierung "Gundolf Köhler – Anhänger der Wehrsportgruppe Hoffmann" als "Einzeltäter" fest. Zum selben Ergebnis gekommen, stellte im Mai 1981 das bayerische Landeskriminalamt und schließlich im November 1982 die Generalbundesanwaltschaft die Ermittlungen ein, nicht ohne zu betonen, daß die Motive des Täters nicht politischer sondern "psychischer" und damit "privater" Natur gewesen wären. Dies, obwohl belegt werden konnte, daß Köhler kein "Einzeltäter" sein konnte, sondern Mitwisser und Mitäter aus faschistischen Kreisen gehabt haben muß. Selbst in den Ermittlungsakten, in die erst 1983 Einsicht gewährt wurde, gibt es genügend Hinweise. Zeugenaussagen wurden nicht näher überprüft, andere abgetan, mehrere Mitglieder der Wehrsportgruppe Hoffmann, die der Mittäter-schaft verdächtig sind, haben für die Tatzeit kein Alibi. Bis heute hat die

Generalbundesanwaltschaft die Wiederaufnahme der Ermittlungen abgelehnt.

Hier ist auch der Grund zu suchen, warum die Reaktion in München versucht, antifaschistische Aktionen im Zusammenhang mit dem Attentat zu be- bzw. zu verhindern. 1982 sollte das politische Interesse der Staatsorgane an der Konstruktion des "Einzeltäters" als allgemeinverbindlich erklärt werden: Die Stadt München verbot eine Kundgebung zum 2. Jahrestag des Attentats, u.a. mit der Begründung, daß "wider besseres Wissen behauptet wird, der bedauerliche Anschlag auf der Theresienwiese sei durch 'Faschisten oder Neonazis' verübt worden".

Am 26.9.83 führten Antifaschisten vor dem bewußt unauffällig gehaltenen Mahnmal auf der Theresienwiese eine "Schutz- und Mahnwache" durch, um die Zerstörung von Blumen und Kränzen zu verhindern. Obwohl weder Transparente, Fahnen etc. mitgeführt wurden, verurteilte das Münchner Amtsgericht den Organisator der Mahnwache zu einem "Bußgeld" von 800 DM (von einem Berufungsgericht auf 400 DM "reduziert"), wegen der Durchführung einer "nicht angemeldeten Versammlung". – (ror)



In diesem Jahr ruft die DGB-Jugend zu einer Kundgebung mit Fackelzug zur Theresienwiese auf.

PROZESS GEGEN

K.-H. HOFFMANN ERÖFFNET

Nürnberg. Am Mittwoch, den 12. September 1984, begann im Nürnberger Justizgebäude der Prozeß gegen den 46-jährigen Grafiker Karl-Heinz Hoffmann, Chef der Wehrsportgruppe Hoffmann und seine Freundin Franziska Birkmann. Der Prozeß findet im selben Saal statt, in dem nach dem Zweiten Weltkrieg die "Nürnberger Prozesse" gegen die Nazi-Kriegsverbrecher abgehalten wurden. Die dreißig-seitige Anklageschrift lautet auf Mord, Beihilfe zum Mord, gefährliche Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Strafvereitelung, Nötigung, Geldfälschung und andere

Delikte.

Der Mord an dem jüdischen Verleger Shlomo Lewin und seiner Lebensgefährtin Frida Pöschke im Herbst 1980 wird jetzt, vier Jahre später, als Indizienprozeß aufgerollt. Die Spuren führten bereits 1980 zu Karl-Heinz Hoffmann und Franziska Birkmann, deren Sonnenbrille am Tatort gefunden worden war. Nachzuweisen sind jetzt Anstiftung zum und Beteiligung am Mord, wobei der als Todesschütze geltende Kai-Uwe Behrendt, Mitglied der Wehrsportgruppe Ausland, tot im Libanon aufgefunden wurde.

Viel Zeit ist inzwischen vergangen, die es Hoffmann leicht machte, Spuren zu verwischen und alles auf Behrendt abzuschieben. Entsprechend

selbstbewußt und unverschämt tritt er nun vor Gericht auf. Er bestreitet jegliche Beteiligung am Mord. Er kündigte an, in seiner Verteidigungsrede nachzuweisen, daß er nie neofaschistisches Gedankengut vertreten habe, nichts gegen Juden und Ausländer habe. Alles sei eine Hetzkampagne der Medien.

Formal scheint die Justiz mit der Auswahl des Gerichtssaal der faschistischen Gefährdung Rechnung zu tragen. Aus vorausgegangenen Prozessen gegen Neofaschisten, aus der Nichtverfolgung der Wehrsportgruppe und der vierjährigen Verschleppung dieses Prozesses ist jedoch kein ernsthaftes Vorgehen gegen den Neofaschismus zu erwarten. – (heb)

Nach dem Metall-Tarifabschluß

DIE SCHWÄCHUNG GEWERKSCHAFTLICHER ORGANISATIONSKRAFT IST UNÜBERSEHBAR

Stuttgart. "Die IG Metall weiß, daß es die 35-Stunden-Woche nicht zum Nulltarif gibt. Was für Wochenarbeitszeitverkürzung beansprucht wird, steht für Lohnerhöhung nicht mehr zur Verfügung." (1) Dieser törichte Grundsatz der IG Metall-Tarifpolitik im letzten Tarifkampf, der zum weiteren Lohnverzicht bis 1986 führte, zeigt bereits zehn Wochen nach Streikende seine negativen Auswirkungen: die IG Metall-Betriebsräte der großen Automobilkonzerne und Zulieferer stimmen Samstagssonder-schichten und verlängerten Nachtschichten zu. Warum?

Weil sie überfordert sind von den Problemen, die auf sie zukommen: Die Kapitalisten fordern Abbau der Lieferrückstände, große Teile der Arbeiterschaft sind auf zusätzliche Lohn-

stände hat der Betriebsrat der Überzeitarbeit mit der Maßgabe zugestimmt, daß die über 45 Stunden wöchentlich hinausgehende Arbeitszeit in den Monaten September/Okttober 84 zusätzlich mit 4 DM pro Stunde vergütet wird."

Die Gewerkschaftsfunktionäre in der Ortsverwaltung und Bezirksleitung Stuttgart der IG Metall stehen dem machtlos gegenüber. Der Sprecher der Bezirksleitung Stuttgart Edgar Schmidt muß feststellen: "Einige sind schon froh, wenn sie ihren eigenen Arbeitsplatz sicher haben. Und das Geld für die Überstunden nehmen sie gerne mit."

Während der Vizevorsitzende der IG Metall Franz Steinkühler noch von einer Stärkung der Organisation durch den Tarifabschluß spricht (2), müssen

Auf dem Gewerkschaftstag hatten Delegierte aus Baden-Württemberg versucht, "tarifliche Regelung der Arbeits- und Leistungsbedingung zu verbinden mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche". Dieser Antrag wurde nach heftiger Debatte weder angenommen noch abgelehnt, sondern als Material zur Entscheidung 12 "Tarifpolitik" verabschiedet. Der Verzicht auf solche Aufnahme eröffnet den Kapitalisten breiteste Rationalisierungsmöglichkeiten.

Gelingt es trotzdem, den Spieß herumdrehen? Dazu müßte in der IG Metall ein Diskussionsprozeß wieder beginnen über leistungsbegrenzende Bestimmungen wie auch über die Notwendigkeit von Festgeld- und Mindestforderungen. In Südwürttemberg/Hohenzollern und Südbaden ist noch immer der Lohnrahmentarifvertrag Süd offen, der "menschengerechte Arbeitsgestaltung" als Ziel formuliert. Unter anderem ist ein Reklamationsrecht jedes Leistungslöhners und das Recht auf Leistungsverweigerung vorgesehen. Fragen von Arbeitsgestaltung, -organisation, -inhalte, Qualifikation werden ebenfalls behandelt. Die Kapitalisten blockieren aber die Verhandlungen. Zunehmende Arbeitsbelastung wird die Erörterung solcher Forderungen sicher nötig machen.

Quellenhinweis: (1) Grundsatzreferat von Hans Mayr auf dem 14. o. Gewerkschaftstag der IG Metall; (2) Handelsblatt vom 27.8.84 - (ros)



zahlungen angewiesen und machen die Schinderei mit.

Die bürgerliche Presse ist begeistert über die Opferbereitschaft "ihrer" Arbeiter: "Bei Daimler wird jetzt in die Hände gespußt", meldet die Stuttgarter Zeitung am 5. September. Und daran ist nicht zu zweifeln: 3 200 Arbeiter in Untertürkheim müssen an sechs Samstagen bis zum Jahresende kommen, für die Arbeiter mit den härtesten Arbeitsbedingungen (Gießerei, Prüfstände, Montage) sind Nachtschichten von zehn Stunden angeordnet worden. Damit wird die Produktion im Jahr 1984 480 000 Einheiten betragen, rund 4 000 mehr als 1983.

Bei Bosch im Werk Stuttgart-Feuerbach hat der Betriebsrat der folgenden Vereinbarung zugestimmt: "Zum Abbau außergewöhnlicher Lieferrück-

Funktionäre feststellen, daß die Betriebsräte großer Konzerne den Beschlüssen der IG Metall zuwider handeln. Die Neueinstellungen halten sich in Grenzen, die Überstundenarbeit erreicht Spitzenwerte.

Der Bosch-Konzern zum Beispiel hat für das laufende Geschäftsjahr angekündigt, die Belegschaftsfluktuation nicht zu ersetzen. Wenn neu eingestellt wird, dann zum Aufbau einer dritten Schichtbelegschaft für die Nachtarbeit. Sind aber 38,5 Stunden Nachtarbeit weniger anstrengend als 40 Stunden Tagarbeit?

Der Vorstand der IG Metall kennt die Gefahren, die auf die Organisation zukommen. In einer Vorstandsrichtlinie heißt es, daß die Abforderung von Mehrleistung verhindert werden muß. Aber den Betriebsräten fehlen gerade dazu die Rechtsansprüche.

Schichtarbeit

FORDERUNGEN DER ROTATIONSARBEITER

München. Der Betriebsrat der F. Bruckmann KG, Druckerei und Verlag mit 820 Beschäftigten, hat sich Forderungen zur Schichtarbeit und Maschinenbesetzung zu eigen gemacht, die von Arbeitern der Tiefdruckrotation erhoben wurden. In dieser Abteilung arbeiten etwa 140 Beschäftigte im Drei-Schichtbetrieb. Die Fluktuation insbesondere unter den zu meist ausländischen Hilfsarbeitern ist hoch: 1983 wechselten dort über 70 Arbeiter, was der Betriebsrat auf die Arbeitsbedingungen zurückführt.

Gerade diese waren Diskussionsgegenstand auf mehreren Streikversammlungen während des Arbeitskampfes in der Druckindustrie:

— Die Betriebsvereinbarung über die Maschinenbesetzung wird immer wieder unterlaufen, was im Extremfall dazu führt, daß insbesondere Hilfskräfte keine "fliegende Pause" mehr nehmen können. Dazu genügt die Vereinbarung nicht mehr der Entwicklung der Maschinerie: Als vor etwa drei Jahren die bislang neueste Rotation angeschafft wurde, stieg die Besetzung nur um 25%, während die Pro-

duktionskapazität je nach Auftrag bis zu 500% erhöht wurde.

– Die tariflich garantierten Freischichten werden nicht entsprechend den Vorstellungen der Beschäftigten gewährt. Deren Hauptinteresse liegt an einer Verringerung der Nachtschichten, die Freischichten sollen daher möglichst maschinenweise freitags-nachts gewährt werden.

– Die Schichtfolge ist nicht garantiert. Arbeiter werden kurzfristig von einer Schicht in die andere geworfen. Hier wird gefordert, daß ein Schichtwechsel gegen den Willen des Betroffenen nicht möglich sein soll.

Auf der ersten Betriebsversammlung nach dem Streik wurden diese Forderungen unter großem Beifall vorgetragen. Der Betriebsrat befaßte sich damit und gab dann bekannt, daß er entsprechende Regelungen erreichen will. Die Geschäftsleitung wurde aufgefordert, bis Ende des Jahres die Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Maschinenbesetzung zu schaffen, danach werde Unterbesetzung nicht mehr geduldet. Garantierte Schichtfolge und Freischichtenregelung sollen im Rahmen der notwendigen Betriebsvereinbarung über die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung geregelt werden.

Die Geschäftsleitung sieht dafür keine Notwendigkeit, da alles bestens geregelt sei. – In der Rotation sind im Streikverlauf über 30 Arbeiter in die Gewerkschaft eingetreten. – (stc)

Blohm & Voss

"84 ÜBERSTUNDEN SIND ... DOCH NORMAL"

Hamburg. In einem ersten Gespräch des Betriebsrates von Blohm & Voss mit der Werftleitung über die neu auszuhandelnden Betriebsvereinbarungen im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung ab 1. April 85 erklärte der Vorstand, daß er einer generellen Einführung der 38,5 Stunden-Woche für die gesamte Belegschaft nichts entgegensetzen werde. Dies muß trotzdem mit größter Vorsicht behandelt werden, da bekannt ist, daß gerade der Verband der Schiffbauindustrie auf die Einführung der Flexibilität in seinen Betrieben großen Wert gelegt hat. Auch die Blohm & Voss-Kapitalisten lassen seit geraumer Zeit große Teile der Belegschaft spüren, daß ihnen die 7-Tag-und-Nachtwoche heilig ist. Da der Schiffsneubaubereich seit Monaten ohne Auftrag ist, wird dort Kurzarbeit gefahren, bis zu 20 Tage im Monat. 1983 waren es insgesamt ca. 450000 Kurzarbeitsstunden, zur gleichen Zeit fielen vor allem im Schiffsreparaturbereich ca. 600000 Überstunden an. Um die Aufträge im Schiffsreparaturbereich alle erledigen zu können, hat die Werftleitung

ganze Abteilungen der Ausrüstungsgewerke des Neubaubereiches in das Reparaturgeschäft geworfen: Rohrerwerk, Maschinen-Neubau etc.

Die Antreiberei und Hetze sowie die Arbeitsbedingungen auf den Reparaturschiffen sind auf der Werft gefürchtet. Da die Reeder der Schiffe von den Werften kürzeste Reparaturzeiten verlangen und dafür entsprechend gut zahlen, treiben die Werftkapitalisten die Arbeiter im Reparaturbereich besonders scharf an. Hinzu kommt immer häufiger, daß gerade den Arbeitern, die aus anderen Bereichen für die Reparatur abgestellt werden, weniger Akkord verschrieben wird, was Lohnsenkungen bis zu 5% ausmachen kann. Die Einteilung in drei Schichten kommt bei verschiedenen Aufträgen hinzu, wie jetzt beim Umbau der "Norway". Überstunden werden oft erst wenige Stunden vorher angekündigt.

Oft fallen Überstunden und Kurzarbeit während eines Monats an. Ein weiteres Beispiel von Flexibilität ereignete sich vor kurzem bei den Stellanlagenbauern. Waren viele der Arbeiter dort schon entlassen worden, so war der Rest auf Kurzarbeit geschickt worden. Gleichzeitig hat die Leitung des Reparaturbereiches eine Fremdfirma mit dem Aufbau eines Gerüsts für ein Schiff im Dock beauftragt. Für den Blohm & Voss-Vorstand waren die niedrigen Löhne der Fremdfirma ausschlaggebend. Hinzu kam, daß die Fremdfirma mit Leichtmetall-Stellanlagen gearbeitet hat, auf denen keinerlei Last aufgelegt werden darf und sich somit das Unfallrisiko für die Beschäftigten erhöhte.

Während der Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Werftleitung über die Entlassung von 80 Arbeitern und dem Überstundenantrag für die Arbeiten auf der "Norway" erklärte Arbeitsdirektor Knödler: "84 Überstunden im Monat bei Blohm & Voss sind doch normal." Diese Zustände über Betriebsvereinbarungen für jeden Beschäftigten verbindlich zu machen, wird das Ziel der Blohm & Voss-Kapitalisten sein. – (mie)

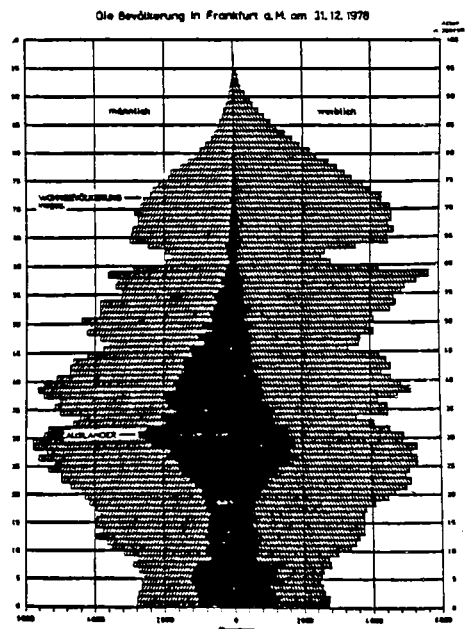
Ausländerpolitik

WALLMANN GEGEN AUSLÄNDERERLASS

Frankfurt. Anfang Juli hatten die Fraktionen der Grünen und der SPD im hessischen Landtag eine Vereinbarung zur Ausländerpolitik getroffen, die im wesentlichen zum Inhalt hat: Ein ausländischer Arbeiter erhält nach fünfjährigem Aufenthalt (bisher acht Jahre) in der BRD ein dauerndes Aufenthaltsrecht unter Beibehaltung der bisher geltenden einschränkenden Bedingungen (Arbeitserlaubnis usw.); Kinder können bis zum 18. Lebensjahr

(bisher 16.) nachziehen; "Erleichterung" des Ehegattennachzugs; Sozialhilfebezug ist nach fünfjährigem rechtmäßigen Aufenthalt kein Ausweisungsgrund mehr.

Diese Vereinbarung wurde in zwei Erlassen des hessischen Innenministers umgesetzt, worauf besonders in Frankfurt unter Führung von Oberbürgermeister Wallmann ein Sturm der CDU einsetzte. Frankfurt werde durch den Erlaß zur Einwandererstadt; eine weitere "Belastung" Frankfurts (als Beispiel: 8000 arbeitslose Ausländer) sei bei einem Ausländeranteil von 21,8% an der Wohnbe-



völkerung nicht hinzunehmen. Die CDU-Fraktion empört sich wegen 15 Mio. DM Sozialhilfeleistungen an Ausländer. Die Ausländer und ihre zusätzlich nachziehenden Kinder könnten nicht integriert werden, so Wallmann und seine Parteikumpane. Was hier im Gewande der Besorgnis um die ausländische Bevölkerung daherkommt, ist tatsächlich die Sorge um eine bestimmte Struktur der Bevölkerung. Wer nicht als Arbeitskraft auszubeuhen ist, soll sich möglichst nicht hier aufhalten. Für die oberen Altersgruppen der Ausländer ist dies Faktum, jedoch nicht für Kinder und Jugendliche (siehe Schaubild).

Bis jetzt beharrt Wallmann auf Nichtanwendung des Ausländererlasses, der "rechtswidrig" sei. Das ist falsch, da der Beschluß der Bundesregierung vom 2.12.81, mit dem das Recht auf Familiennachzug eingeschränkt wurde, für die Länder nur empfehlenden Charakter hat. Wallmann, als weisungsgebundener Beamter, muß den Erlaß ausführen. Allerdings hat Außenminister Genscher angekündigt, daß die westdeutschen Auslandskonsulate auch weiterhin für 16- und 17-jährige Jugendliche keine Einreisegenehmigungen erteilen werden. – (thz)

Baden-Württemberg

GRÜNE FORDERN KOMMUNALWAHLRECHT –
INNENMINISTER: "VERFASSUNGSWIDRIG"

Freiburg. Die Fraktion der Grünen will im Herbst im baden-württembergischen Landtag einen Gesetzentwurf für das Kommunalwahlrecht für Ausländer einbringen. Ihre Zielsetzung legen die Grünen wie folgt fest: "Jeder zehnte Bewohner Baden-Württembergs ist Ausländer. Er ist durch politische Entscheidungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene direkt betroffen. Der Ausländer ist zwar Objekt politischer Entscheidung, kann diese Entscheidung aber in keiner Weise direkt beeinflussen. Um diesen undemokratischen Zustand zumindest teilweise zu beenden, sollen ausländischen Bürgern auf kommunaler Ebene Mitbestimmungsmöglichkeiten eingeräumt werden."

Die Grünen schlagen folgende Änderungen der Gemeindeordnung sowie der Landkreisordnung vor: "§ 12 Abs. 1 GO erhält folgende Fassung: 'Bürger der Gemeinde sind – Deutsche i.S. Art. 116 des Grundgesetzes (GG) oder Ausländer, die sich seit fünf Jahren berechtigterweise in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten ... Auf die Dauer des rechtmäßigen inländischen Aufenthalts von Ausländern angerechnet werden Zeiten, in denen er sich zur Erfüllung seiner Wehrpflicht oder nicht länger als sechs Monate ununterbrochen im Ausland aufgehalten hat ...'. Die Änderung bei der Landkreisordnung soll entsprechend sein. Ausgegangen wird von einer Änderung des Begriffs 'Gemeindebürger' und nicht der Wahlordnung, da dies nach Auffassung der Grünen ohne Änderung des GG möglich ist. Das praktische Eintreten für lediglich das Kommunalwahlrecht wird mit verfassungsrechtlichen und gesetzestechnischen Gründen gerechtfertigt. Die Grünen treten aber ausdrücklich in der Entwurfsbegründung für das allgemeine Ausländerwahlrecht ein. Kritisiert wird die "deutschtümlerische" Auslegung des Begriffs "Volk" aus dem GG als unnötig und der sich daraus ergebende Ausschluß eines hohen Anteils der Arbeiter von den Wahlen. Bundesweit seien 17% der Arbeiter ausgeschlossen."

Obwohl CDU, SPD und FDP sich propagandistisch für das Kommunalwahlrecht für Ausländer ausgesprochen haben, wird der Antrag der Grünen sicherlich abgelehnt: Bundes- und Länderregierungen, die kommunalen Spitzenverbände und der größte Teil der Strafrechtsprofessoren haben sich darauf verlegt, Kommunalwahlrecht für Ausländer für "verfassungswidrig" zu erklären. Das aktive und passive Wahlrecht sei nach dem GG für kom-

munale Vertretungskörperschaften genauso wie für Landesparlamente und Bundestag "zwingend an die deutsche Staatsangehörigkeit i.S. des Art. 116 GG geknüpft" (Ständige Konferenz der Innenminister, Beschluß vom 23.06.1977).

Tatsächlich ist nirgendwo im GG das Wahlrecht für Ausländer ausgeschlossen oder an die deutsche Staatsangehörigkeit gebunden. In Art. 20 GG ist nur davon die Rede, daß "alle Staatsgewalt vom Volke" ausgehe und "vom Volk" in Wahlen etc. ausgeübt werde. Historisch ist der Satz "alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" in den bürgerlichen Revolutionen gegen das Gottesgnadentum der Feudalherrscher entstanden und hat sich dann in der weiteren Entwicklung gegen unterschiedliches Wahlrecht bzw. Aus-



Aktion der Volksfront für das Kommunalwahlrecht für Ausländer

schluß vom Wahlrecht für die armen Bevölkerungsteile gerichtet. Jeder dauernd in den Grenzen eines bestimmten Staates Wohnende sollte dort das Wahlrecht haben. Wahlrecht ohne Staatsangehörigkeit gab es z.B. in Frankreich, den USA, der Sowjetunion und Österreich. Auch die Paulskirchenverfassung von 1849 (§ 131) und die Weimarer Verfassung knüpften im wesentlichen am Tatbestand des dauernden Wohnens im deutschen Reichsgebiet an. Wahlrecht für Ausländer auf kommunaler oder auch nationaler Ebene gibt es heute z.B. in Schweden, den Niederlanden, Großbritannien (für Commonwealth-Mitglieder), der Schweiz (in mehreren Kantonen).

Die wirkliche Absicht der Vertreter einer "verfassungsrechtlichen" Ablehnung wird ersichtlich, wenn man untersucht, was der von ihnen berufene

Art. 116 GG tatsächlich beinhaltet und wie in der BRD der Erwerb der Staatsangehörigkeit geregelt ist. Art. 116 GG regelt nämlich den Begriff des "Deutschen", und für diese "Deutschen"-Eigenschaft ist die deutsche Staatsangehörigkeit gerade nicht erforderlich. "Deutscher" ist z.B. auch ein rumänischer, polnischer, sowjetischer etc. Staatsangehöriger, der sich "aktiv zum deutschen Volkstum bekennt" (§ 6 Bundesvertriebengesetz) oder dessen Ehegatte oder Abkömmlinge, wenn sie "in den Grenzen von 1937" Aufnahme gefunden haben. Solche Leute haben z.B. nach Art. 26 I der Landesverfassung von Baden-Württemberg bei Aufenthalt im Land Landtagswahlrecht. Hier geht es – im offenkundigen Zusammenhang mit dem expansionistischen und revanchistischen Programm der Präambel des GG, "die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden" – um die Sicherung der Wahlbeteiligung für eine Truppe, mit der der Rückeroberungsanspruch gerechtfertigt werden kann. Die Innenminister wollen aber gleichzeitig nicht "deutsche" Staatsangehörige anderer Länder auf jeden Fall nur zu Wahlen zulassen, wenn diese die Tortur der "Einbürgerung" überstanden und damit völlige Anpassung an die bestehenden Herrschaftsverhältnisse bewiesen haben. Sie versuchen, ihre Absichten mit einem juristischen Taschenspielertrick durchzusetzen: Aus einer von ihnen nach dem Geist des GG angenommenen Verkoppelung von "Deutschen"-Eigenschaft und Wahlrecht machen sie unter der Hand gegenüber Nicht-"Deutschen" eine Verkoppelung von Staatsangehörigkeit und Wahlrecht.

In diesem Sinn schlug 1982 der Gesamtvorstand der kommunalen Spitzenverbände als "Alternative" zum Ausländerwahlrecht die "generelle Neufassung der Einbürgerungsbestimmungen" vor – eine noch weitere Verschärfung gegenüber den ohnehin schon durch und durch schikanösen "Einbürgerungsrichtlinien" von Bund und Ländern vom 15.12.77 (u.a. zehn Jahre Aufenthalt, Bekenntnis zur fdGo, unbescholtener Lebenswandel u.a.)

Die Enthüllung und der offene Angriff auf dieses Konzept der Germanisierung und des Klassenwahlrechts ist unumgänglich, um den Kampf für Wahlrecht als Teil des Kampfes für gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche über die kommunale Ebene hinauszutragen. In dieser Hinsicht hat der Entwurf Schwächen und läßt sich von daher ohne Grund auf fünf Jahre Daueraufenthalt als Voraussetzung für Kommunalwahlrecht ein.

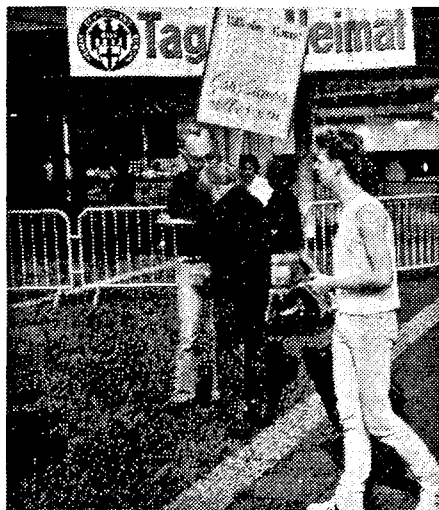
Quellenhinweis: Rittsteig, Wahlrecht für Ausländer? (Gutachten für die Stadt Hamburg); Entwurf eines Ausländerwahlgesetzes der Grünen-Fraktion für den Landtag von Ba-Wü; Der Städtetag 8,9/82 – (bak,mis)

Revanchismus

KANZLER KOHL AM
"TAG DER HEIMAT"

Braunschweig. Gleich nach dem Anti-Kriegstag, am 2. September, veranstaltete der "Bund der Vertriebenen" (BdV) seinen "Tag der Heimat" in der Braunschweiger Stadthalle. Etwa 2000 Mitglieder hatte der BdV dazu aus ganz Niedersachsen angefahren. Der BdV wird in letzter Zeit verstärkt von der Bundesregierung für ihre Großdeutschland-Propaganda genutzt. Gleich zu Beginn erklärte BdV-Vorsitzender Czaja: "Es sei bedeutungsvoll, daß erstmals seit 15 Jahren wieder ein Bundeskanzler auf einer Veranstaltung zum 'Tag der Heimat' spreche." Ferner durften begrüßt werden: Der stellvertretende niedersächsische Ministerpräsident Hasselmann und Braunschweigs Oberbürgermeister Scupin und weitere regionale CDU-Prominenz. Czaja ging gleich zur Sache: "Der Bund der Vertriebenen ist nach wie vor ein heimatpolitischer Kampfverband! ... man darf nicht fremden Staaten, erst recht nicht totalitären Staaten, Gebietsabtretungen von Deutschland zusichern, ihnen nicht territoriale Souveränität zuerkennen ... Die Verträge mit Warschau und Moskau sind Gewaltvertragsverträge, aber keine Grenz- und Anerkennungsverträge ... Es bleibt Verfassungsauftrag aller Staatsorgane, für alle Deutschen zu sprechen."

Czaja wie Kohl ging der Revanchismus-Vorwurf durch die betroffenen osteuropäischen Staaten offensichtlich an den Nerv. Kohl: "Wer friedlich die Teilung seiner Heimat überwinden will, den könne man nicht des Revanchismus bezichtigen, das ist absurd ... Schließlich haben hunderttausende Bürger mit 300 Mio. DM für die unter dem Kriegsrecht lebenden Polen gespendet, das unterstreicht unseren Aussöhnungswillen." Nein, Kohl ist kein Revanchist, er erklärt nur zur Anerkennung der polnischen Westgrenze: "Diese Anerkennung gilt nicht für ein späteres Deutschland." Wie schon das letzte "Großdeutschland" die "deutschen Minderheiten" in aller Herren Länder entdeckte und "befreien" mußte, beschwört Kohl die "Verantwortung für alle Deutschen, denen die Menschenrechte vorenthalten werden". "Die Kulturpflege der Vertriebenen ist eine wichtige Leistung gerade für die Deutschen in Mittel- und Osteuropa, sowie im nicht-asiatischen Teil der Sowjetunion", so umschrieb Kohl etwa die zu "befreien" Gebiete. Er ist kein Revanchist, er will "nur" "eine Einbeziehung der deutschen Minderheiten in die deutschen Kulturbeziehungen". Das Bourgeoischirn Kohl spricht auch aus, worum es geht: "Heimat heißt, einen Ort zu haben, das unveräußerliche Recht



Kohl bietet Ost-Aktien an

zu besitzen." Es geht also um das "unveräußerliche Recht" der Bourgeoisie auf Fabriken, Bergwerke und Arbeitskräfte in den Grenzen von 1937.

Ärgerlich, dieser großdeutschen Kriegsziel-Propaganda wurde von der braunschweiger Linken kaum entgegengetreten. Die Grünen biederten sich gar an. Ihr Transparent am Zugang lautete "Keine Atomwaffen in Schlesien und Niedersachsen". Da waren die 20 Punkter, die Kohl beim Kommen auspiffen, und einige lautstarke Zwischenrufer im Saal richtiger am Platz. Der BWK verteilte ein Flugblatt gegen den Revanchismus und forderte auf einem Transparent "BRD raus aus Nato und EG – Anerkennung der DDR". – (hah)

Neonazis

FAP KANDIDIERT
ZU KOMMUNALWAHLEN

Dortmund. Unter dem Decknamen Freiheitliche Deutsche Arbeiter Partei (FAP) beteiligt sich die im Dezember 1983 von Bundesinnenminister Zimmermann verbotene Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten (ANS/NA) an der Wahl zur Ratsvertretung am 30. September in Dortmund. Zwischen der FAP, der ANS und dem faschistischen Fußball-Fan-Club "Borussenfront" bestehen engste Verbindungen. Der Führer der ANS/NA, der per Haftbefehl gesuchte ehemalige Bundeswehrleutnant Michael Kühnen, sagte zu dem "Stern"-Reporter Kromschroder, der ihn in Paris aufspürte, über den Chef der "Borussenfront", Siegfried Borchardt: "Ein zuverlässiger Aktivist. Solche Leute wie er brauchen wir mehr in der Bewegung." Auch werde Borchardt auf einer von Kühnens ausländerfeindlichen Tarnorganisationen kandidieren. Augenscheinlich ist diese Organisation die FAP.

Die FAP ist vom Dortmunder Wahlamt zugelassen worden und kandidiert

in den Wahlbezirken 4, 5, 12 und 20 mit den Kandidaten Dieter Spieckermann, Jürgen Wagner, Gabriele Geimer und Thomas Goszewski. Die Politik der FAP wird anhand eines Flugblattauszuges deutlich: "Wir haben es satt, Westdeutschland zum Tummelplatz für türkische Rauschgiftbanden und italienische Mafiosi verkommen zu lassen ... Wir fordern: Getrennte Schulklassen für Deutsche und Ausländer! Schluß mit dem Scheinasylantentum! Rückkehr aller Ausländer in ihre Heimatländer!"

Auf einer Wahlkundgebung der FAP im vergangenen baden-württembergischen Landtagswahlkampf in Lengenau bei Ulm erschien Kühnen, um eine Rede zu halten. Das von Kühnen herausgegebene Blatt "Neue Front" berichtete stolz vom Aufbau von FAP-Landesverbänden. Auf einer FAP-Liste zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg kandidierte ein alter ANS-ler, der 22jährige Student Markus Mössle.

Verbindungen zwischen FAP und Borussenfront sind ebenfalls hinreichend dokumentiert: In der "Neuen Front" Nr. 14 vom Juli 1984 heißt es auf Seite 8 zu einer Kundgebung der FAP in Hagen: "Auch Martin Pape, Gründer und Bundesvorsitzender der FAP, war anwesend. Besonders zu loben sind die Kameraden von der Borussenfront, die den Saal und die Bewirtung organisiert hatten. Ein neuer Lesekreis der NF wurde in Dortmund gegründet."

Schon vorher trat die Borussenfront bei verschiedenen Veranstaltungen der NPD als Ordner auf. Bei der Fußball-Europameisterschaft in Straßburg und beim Punkertreffen in Hannover fielen sie besonders wegen ihrer Nazi-Parolen und Schlägereien auf. Trotzdem meint der Dortmunder Oberbürgermeister Samtlebe (SPD), daß es in Dortmund keinen Nährboden für rechtsextreme Gruppen gäbe. – (axg)



"Borussenfront"

Kommunalwahlen

ALTERNATIVE LINKE LISTE (ALL) KANDIDIERT ZU DEN GEMEINDERATSWAHLEN IN HEILBRONN

Heilbronn. Anfang September stellte die ALL ihr Programm für die Kommunalwahlen am 28. Oktober vor. Bereits vorher wurden 26 Kandidaten auf einer Liste nominiert, die notwendigen Unterstützungsunterschriften gesammelt und eingereicht. Am "Personenbündnis" ALL beteiligen sich wesentliche Kräfte links von SPD und Grünen (Autonome Linke, BWK, DKP, KPD, MSB, parteilose, linke Gewerkschafter, SDAJ, SJD, Die Falken, Volksfront, VVN u.a.). Die Beteiligung bezieht sich jedoch nicht auf die aufgezählten Organisationen und Gruppen, sondern auf "Einzelpersonen". Nützlich und sinnvoll für die Ausarbeitung der konkreten Standpunkte ist die Beteiligung von Leuten aus dem Verein "Jugendhaus Jetzt" und "Arbeitskreis gegen Ausländerfeindlichkeit". Nicht beteiligt ist die MLPD

gen wird die Fragestellung sein: Was nützt – was schadet der arbeitenden Bevölkerung." (S.4).

Die Aufnahme solcher Grundsätze in das Programm war wichtig, um der Tendenz, die ALL nur zu einem Sammelbecken von "Bewegungen" und deren Forderungen zu machen, zu begegnen. Im ersten Aufruf von DKP u.a. zur Gründung der Liste im Mai war noch von einer "authentische(n) Vertretung dieser Bewegungen (Friedens-, Umweltschutz- und Arbeiterbewegung) im Kommunalbereich" die Rede. Begrüßenswert und deutlicher als mancher Friedensaufruf ist dagegen folgender Absatz aus dem Punkt "Antimilitarismus und Antifaschismus" im Programm der ALL:

"...Dabei gibt es kein Treffen der freiwilligen SS-Verbände, die in der HIAG ihre Dachorganisation haben,

Heilbronner Gemeinderat (SPD 16, FDP 3, FWV 2, Grüne 1). Großen Einfluß hat das reaktionäre Rathaus-Trio, die Stadträte Stechele (MdL und Stadtverbandsvorsitzender), Kübler (Fraktionsgeschäftsführer) und Müller (Pressereferent), die alle drei in der Jungen Union groß wurden. Sie polemisieren gegen die Wahl eines Ausländerbeirats durch die Betroffenen (der bestehende wird vom Gemeinderat bestimmt) wie folgt: "Die CDU wird nicht zulassen, daß das Auswahlrecht des Gemeinderats auf die Straße und an die Hauswände delegiert wird." (H.St. 16.6.84).

Im Programm wird eindeutig eine Stärkung der Rechte des Gemeinderats gefordert: "Eine kommunale Selbstverwaltung, in der die Gemeinden die Rechte und Finanzmittel besitzen, um die bestmöglichen Lebensbedingungen, Bedürfnisse und Arbeitsplätze der arbeitenden Menschen zu sichern. Die Kommunen müssen uneingeschränkte Gebietshoheit besitzen. Politische, militärische und wirtschaftliche Eingriffe des Staatsapparates bedürfen der Zustimmung der Gemeindevertreter..." (S.7). Spätestens bei der Begründung für diese Forderung muß man sich darüber Klarheit verschaffen, was für ein Organ ein solcher Gemeinderat ist. Ist er tatsächlich "Parlament", "unterstes parlamentarisches Organ", wie die bürgerlichen Parteien weismachen wollen? Es gibt auch fortschrittliche Menschen, die den Gemeinderat so sehen und der ALL Reformismus und Stärkung der parlamentarischen Demokratie vorwerfen. Tatsache ist, daß der Gemeinderat keine gesetzgebende Institution, sondern ein Organ mit sehr eingeschränkten Rechten und politischen Möglichkeiten ist. Betrachtet man den Gemeinderat als Möglichkeit, Interessensvertretung der arbeitenden Wohnbevölkerung einer Gemeinde für bessere Lebensbedingungen zu betreiben, die gegen Landes- und Bundesregierung sowie oft gegen die Stadtverwaltung (die eigentliche Staatsgewalt auf der Ebene der Kommune) durchgesetzt werden müssen, dann wirkt der Vorwurf "Stärkung des Parlamentarismus" nicht sehr überzeugend. Geklärt ist diese Frage auch in der ALL noch nicht endgültig. Die Begriffe "Gemeindeparlament" und "unterste parlamentarische Organe" (aus einem ALL-Flugblatt) wurden nach Debatte im Programm ersetzt durch Gemeinderat.

Für das Zustandekommen der Einigung im Programm der ALL gibt es im wesentlichen zwei Gründe: 1.) Eine halbwegs entwickelte örtliche Ak-



Am 13. August 1984 wird die Propaganda der Jungen Union zum "Tag des Mauerbaus" in der Heilbronner Fußgängerzone als solche gekennzeichnet.

(relativ stark am Ort) und eine Gruppe autonomer Linker, die an der Herausgabe einer Stadtzeitung arbeiten.

Das 27-seitige Programm entstand in einem viermonatigen Diskussionsprozeß. Die 14 Programmpunkte wurden teils in Arbeitsgruppen ausgearbeitet, diskutiert und ohne "Kampfabstimmung" verabschiedet. Dabei einigte sich die ALL nicht nur auf eine Reihe nützlicher, konkreter Forderungen, sondern auch auf einige wichtige kommunalpolitische Grundsätze: "...was bei den abhängig Beschäftigten, den Rentnern etc. sowie den Gemeinden gestrichen wird, fließt vor allem in den Rüstungshaushalt sowie über Subventionen und Steuererleichterungen an die Konzerne." (S.6). "Die Richtschnur der ALL bei allen im Gemeinderat anstehenden Entscheidun-

auf dem nicht CDU-Politiker als Festredner auftreten, kein Heimattreffen sogenannter Vertriebenenverbände, bei denen von Parlamentariern und Ministern nicht der Anspruch auf die 'verlorene' Heimat gefordert wird. Dieses Ignorieren der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges dient der psychologischen Kriegsvorbereitung. Dem gleichen Zweck würde ein 'Zentrum für Heimat- und Volkstumspflege' dienen, dessen Bau aus städtischen Mitteln von CDU-Gemeinderatskandidaten in Heilbronn gefordert wird..." (S.24/25). Eine Stärke des Programms liegt in der eindeutigen und konkreten Kritik an der örtlichen CDU-Reaktion, die zumindest in 6 von 14 Programmpunkten geleistet wird. Mit 18 Gemeinderäten und dem OB ist die CDU die stärkste Fraktion im

AUSZÜGE AUS DEM PROGRAMM DER ALL

Warum ALL?

Mit der Einbeziehung in die NATO begannen die Bundesregierungen den schrittweisen Abbau selbständiger Entscheidungsrechte der Städte. Die kommunale Selbstverwaltung wird eingeschränkt, indem die Kommunen einen immer geringer werdenden Anteil aus den allgemeinen Steuern erhalten, die zum größten Teil von der arbeitenden Bevölkerung aufgebracht werden. Nur so war und ist die (Wieder-)Aufrüstung zu finanzieren. Den Gemeinden fehlt aber das Geld zur Erfüllung ihrer Aufgaben, auf die ihre Bewohner einen Anspruch haben. Deshalb sehen wir die Hauptaufgabe des Gemeinderats darin, das Recht auf kommunale Selbstverwaltung durchzusetzen und die Arbeitslosigkeit sowie Sozial- und Lohnabbau zu bekämpfen.

Kommunale Selbstverwaltung
Richtschnur dieser CDU-Politik sind dabei die Forderungen der Industrie- und Handelskammer:

- * Senkung der Gewerbesteuer, dafür Gebührenerhöhungen und Personalkürzungen

- * Umwandlung bisheriger Pflichtaufgaben der Gemeinden aus dem Sozial- und Jugendbereich in "freiwillige Aufgaben" mit entsprechender Kürzung der Landeszuschüsse

- * stärkere Verpflichtung der Gemeinden auf Gewerbeförderung

Finanzierung

Um die gemeindeeigenen Einnahmen zu verbessern, muß die Gewerbe-

steuer erhöht werden. Selbstarbeitende, kleine Gewerbetreibende und Handwerker sind mittels Grundfreibetrag von Erhöhungen auszunehmen.

Beschäftigungspolitik

Wir sind uns darüber im klaren, daß die Kommunen allein das Problem der Arbeitslosigkeit nicht lösen können. Arbeitslosigkeit ist ein Ergebnis kapitalistischer Wirtschafts(Un)ordnung! Solange die einen die Fabriken besitzen und die anderen für sich arbeiten lassen, um ihre Profite zu erhöhen, wird es Arbeitslosigkeit geben. Die Herrschenden benutzen die Arbeitslosigkeit zum Angriff auf Tarife, Löhne und erkämpfte Arbeiterrechte.

Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaften nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn-

und Personalausgleich und fordern die Einführung der 35-Stunden-Woche bei allen Einrichtungen, die im Einflußbereich der Stadtverwaltung liegen.

Ausländerbeiräte

Unabhängig von unserem Kampf fürs kommunale Wahlrecht werden wir uns dafür einsetzen, die Möglichkeiten politischer, aber auch kultureller Einflußnahme der ausländischen Einwanderer zu verbessern! Wir werden die von der Liga der freien Wohlfahrtsverbände, dem Arbeitskreis gegen Ausländerfeindlichkeit und von der SPD erhobenen Forderung nach einem beschlußfähigen und beratenden, direkt von den Ausländern gewählten Ausländerbeirat unterstützen, in welchem die Ausländer die Mehrheit haben.



Im März 1983 organisieren der Arbeitskreis gegen Ausländerfeindlichkeit und ai eine Kundgebung vor dem Asylantenlager der Stadt Heilbronn.

tionseinheitspolitik in den letzten vier Jahren gegen die Reaktion ist ein Grund.

Zusammenarbeit verschiedener linker Kräfte gab es 1980/81 im Antimilitaristischen Arbeitskreis gegen die Raketenstationierung auf der Waltheide, im Juni 1981 gegen die Veranstaltung der faschistischen DVU (es mobilisierten DGB, DKP, VVN u.a.) und seit 1982 in der Volksfront. Zum 17. Juni 83 organisierten revolutionäre Sozialisten (BWK, KPD, MLPD, Unorganisierte) und die Volksfront eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema: "17. Juni – Propagandatag für gewaltsame deutsche Wiedervereinigung". Ein Fackelumzug der Jungen Union mit Mayer-Vorfelder wurde wirkungsvoll gestört. Erst seit kurzem hat sich ein "Arbeitskreis Antifaschismus" gegründet. Er untersucht zum Beispiel das Programm der Republikaner und Verbindungen zur CDU.

2.) Ein weiterer Grund dürfte die relative Schwäche jeder einzelnen Gruppierung gewesen sein. Die Alternative, entweder gemeinsame Kandidatur oder gar keine linke Wahlbetei-

ligung hat sanften Druck ausgeübt, nicht nur auf die revolutionären Sozialisten, sondern auch auf die DKP. Die DKP beteiligte sich an den Kommunalwahlen 1980 (Ergebnis 6089 Stimmen = 0,3%) ebenso wie an den Heilbronner OB-Wahlen im September 83 (Ergebnis 268 Stimmen = 0,05%). Von den 12 DKP-Kandidaten von 1980 kandidieren jetzt noch 4. Allerdings muß man der DKP zugute halten, daß sie bisher nicht versucht hat, die ALL zu majorisieren, obwohl sie dazu kräftemäßig ab und zu in der Lage gewesen wäre.

Die Grünen, die in Heilbronn mit einem Sitz im Gemeinderat vertreten sind, kandidieren mit einer Liste von 40 Kandidaten (das Programm liegt uns noch nicht vor). Bereits im Landtagswahlkampf im März haben sie sich auf Anfrage öffentlich gegen eine gemeinsame Kandidatur mit der DKP und anderen linken Kräften ausgesprochen. Wünschenswert wäre eine Zusammenarbeit der beiden oppositionellen Listen (ALL + Grüne), die bisher allerdings eher ein distanzierendes Verhältnis zueinander haben. Eine

geplante Veranstaltung der ALL mit einem Wissenschaftler als Referenten zum Thema: "Alternative, kommunale Energiepolitik" würde sich inhaltlich für eine solche Zusammenarbeit anbieten. Die weitere Planung der ALL sieht vor, jeden Samstag Informationsstände zu einzelnen Programmpunkten durchzuführen. Eine CDU-Veranstaltung mit MdB Wissmann und o.a. CDU-Reaktionären soll ebenso besucht werden wie die erste Veranstaltung der Republikaner, die zwar nicht kandidieren, aber übelste Ausländerhetze betreiben.

Geplante Aktionen gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung im Oktober sollen unterstützt werden. Wichtig ist die erklärte Absicht der ALL, unabhängig vom Wahlergebnis am 28.10. weiter linke Kommunalpolitik zu betreiben, wenn es sein muß als "außerparlamentarische Rathausfraktion".

Quellenhinweis: Programm der ALL, zu beziehen über M. Singhaas, Schwindstr.7, 7100 Heilbronn, Preis: 1,00 DM + Porto, Heilbronner Stimme vom 16.6.84. – (jom, thc)

ARBED: EXTRA- "LOHNPAUSE"

Essen. Am 5. September wurde der Tarifvertrag für die 23000 Beschäftigten der ARBED-Saarstahl AG abgeschlossen. Statt zum 1.1. 1985 wie in der übrigen Stahlindustrie sollen die Löhne erst zum 1.3. 1985 um 3,3% erhöht werden. Desweiteren sollen die 38-Stunden-Woche und der entsprechende Lohnausgleich erst zum 1.4. 1985 statt zum 1.10. 1984 in Kraft treten. Mit diesem Abschluß sind die "Lohnpause"-Auflagen, die Bundes- und Landesregierung an die Finanzhilfen vom letzten Jahr geknüpft hatten, durchgesetzt worden. — (wof)

CMV GEWINNT MEHR SITZE

Dachau. In der "Deutschen Gewerkschaftszeitung" 9/84 berichtet der Christliche Metallarbeiterverband über die Betriebsratswahlen 1984. Der CMV habe die Zahl seiner Betriebsratssitze um 136 = 10,2% auf 1463 erhöhen können. In 872 Betrieben sei er mit eigenen Listen angetreten und habe durchschnittlich 25,28% der Stimmen erhalten (= 46597 Stimmen für den CMV). "Für die gewerkschaftliche Situation in der Bundesrepublik be-

deutet dies, daß der CMV in der Fläche Ausbreitung erfährt und der Zuwachs nicht nur aus Großbetrieben und anderen Schwerpunkten herrührt." Zu den Betriebsratswahlen war der CMV mit Forderungen nach Flexibilisierung, Ausweitung der Teilzeit- und Leiharbeit angetreten; im März schrieb die DGZ: "Ein Arbeitnehmer ... ist dem Leistungsdruck eines ganzen Arbeitstages bzw. einer ganzen Arbeitswoche nicht mehr gewachsen, könnte aber mit einem halbierten Verdienst bei halber Arbeitszeit ohne besondere Probleme auskommen ..." Im Tarifkampf forderte u.a. der CMV Jahresarbeitszeitverkürzung. — (dar)



IGM-VERTRETER RUFEN AUF

Köln. Die IG Metall-Vertreterversammlung hat am 6.9. 1984 beschlossen, die Vertrauenskörper und Betriebsräte über den "Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik" zu informieren und ihnen zu empfehlen, sich an der Abschlusssdemonstration in Köln zu beteiligen. Der Beschluß bezieht sich ausdrücklich auf den 14. Gewerkschaftstag, der sich gegen die Novellierung der Ausländergesetze und für ein kommunales Wahlrecht für Ausländer ausgesprochen hat. Auch der Ortsvorstand der HBV will den Marsch unterstützen. — (eve)

KRANKHEITSKÜNDIGUNG ERLEICHTERT

Hamburg. Das Bundesarbeitsgericht hat in einem Urteil vom Februar dieses Jahres erneut zu Krankheitskündigungen Stellung genommen. Es heißt darin, daß eine Kündigung aus Krankheitsgründen "sozial" dann gerechtfertigt ist, wenn dem Kapitalisten unzumutbar hohe Lohnkosten entstanden sind. Bis zu diesem Urteil waren die Lohnfortzahlungskosten, die dem Kapitalisten durch Krankheit entstehen, dann unzumutbar, wenn er "wirtschaftlich" keine anderen personellen Maßnahmen ergreifen konnte, um den fehlenden Arbeiter zu ersetzen (etwa Überstunden, Aushilfen, Versetzungen usw.). Diese Begründungen werden dem Kapitalisten in Zukunft erspart. Er braucht nur mit hohen Lohnfortzahlungsko-

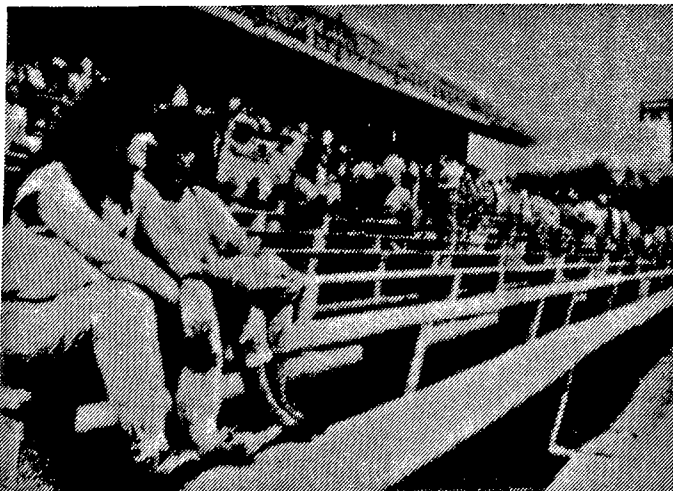
sten zu argumentieren. Allein längere Betriebszugehörigkeitszeiten, in denen der betreffende Arbeiter nicht krank war, müssen ins Verhältnis zu den Lohnfortzahlungskosten gesetzt werden. — (güt)

STREIK BEI REINIGUNGSFIRMA

Bremen. 150 von ca. 200 Reinigungsarbeitern der Deutschen Industriewartung (DIW), die freitags und samstags bei Daimler-Benz arbeiten, haben an zwei Wochenenden gestreikt. Die Forderungen: 75 DM netto für eine Tages- und 100 DM netto für eine Nachtschicht (6 Stunden). Die Arbeiten sind u.a. in der Lackiererei und im Kanalsystem mit primitiven Schutzvorrichtungen unter den Schikanen der Vorarbeiter und bei willkürlichen Lohnabzügen durchzuführen. Mit angekarteten Streikbrechern aus Hamburg wurde der Streik niedergeschlagen, 59 Arbeiter entlassen, der Lohn auf 65 bzw. 80 DM erhöht. — (gef)

"AUFHOLSCHLACHT" BEI VW-INLAND

Braunschweig. Am 30.8. haben VW AG und Gesamtbetriebsrat 10 Sonder-schichten vereinbart. Sie sollen abgeleistet werden im September/November in je fünf Samstagsschichten je Belegschaftsmitglied. Nachdem in den Werkferien 15000 Fahrzeuge zusätzlich produziert worden, sollen so 20000 hinzukommen. "Gegenleistung": 1300 Neueinstellungen, eine bezahlte Freischicht am 28.12. und keine Entlassungen bis Mitte 85. — (hah)



Seit zwei Wochen führen die spanischen Berufsfußballspieler ihren dritten Streik durch. Sie fordern eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Sozialversicherungen, der Löhne sowie Mitsprache- und Vertretungsrechte. Die Finanziere und Manager der Fußballclubs haben in einigen Städten mit Aussperrungen geantwortet. Die Comisiones Obreras (CCOO) haben ihre Unterstützung des Streiks erklärt. Der Versuch einer reaktionären Presse-kampagne gegen die Spieler ist bisher gescheitert. Stattdessen werden in vielen Zeitungen die Fußballclubs als eine der gesellschaftlichen Rückzugsgebiete francistischer Unterdrückung angegriffen. — (chc)

Soziale Absicherung bei Pflegebedürftigkeit POSITIONEN DER GEWERKSCHAFT ÖTV ZU EINER PFLEGEVERSICHERUNG

Für schwere Pflege sind in Niedersachsen nach Angaben des Sozialministeriums mittlerweile je Monat 1400 bis 3800 DM zu zahlen. Selbst nach dem üblichen vollständigen Abkassieren der Rentenbezüge und nach Rückgriff auf die Gelder der Angehörigen klafft noch eine Deckungslücke, die derzeit zwei Drittel der insgesamt 17 Mrd. DM Sozialhilfe ausmacht. Diese Ausgaben plant die Regierung von den Sozialämtern auf die Krankenkassen zu verlagern, um sie so auf die Beiträge abzuwälzen. In einem ersten Schritt will Minister Geißler Hauspflege und Haushaltshilfe aus Mitteln der Krankenkassen ausweiten und das Netz der Sozialstationen enger ziehen. Billige ambulante Abschiebeplätze in den Familien werden angestrebt.

Die SPD hat als Reaktion darauf Vorstellungen einer Pflegeversicherung als Ergänzung der gesetzlichen Krankenversicherung entwickelt. Damit sollen über Versicherungsleistungen die Sozialhilfekosten gedämpft werden. Eine weitere Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge um 1 % bis 3 % wäre die Folge. Die Auswirkungen sind in beiden Fällen gleich: Lohnsenkungen zur Entlastung des bürgerlichen Staates.

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV hat in einem Positionspapier die SPD-Idee der Pflegeversicherung propagiert. Dagegen hat sich bereits auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag Widerstand entwickelt, der durch den Bezirksvorsitzenden von NRW II, Hans Liersch, formuliert wurde. In einem Initiativantrag wird sich gegen eine weitere Erhöhung der Beitragslasten ausgesprochen und eine Rechtslage gefordert, die auch bei Pflegebedürftigkeit einen Anspruch auf eine Mindestrente gegenüber dem Staat begründet, wie sie z.B. in der Kriegsopferversorgung besteht.

Positionen der Gewerkschaft ÖTV zur Einführung einer Pflegeversicherung (Geschäftsführender Hauptvorstand)

"...In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Zahl der Menschen im Alter von über 65 Jahren um mehr als 50 Prozent erhöht. ... Von den Hochbetagten über 80 Jahre ist fast jeder fünfte pflegebedürftig.

Der Vergleich der Renteneinkommen einerseits und Pflegekosten andererseits macht deutlich, welche Versorgungslücke in unserem sozialen Sicherungssystem ist. ...

Nach Schätzungen der Bund/Länder-Arbeitsgruppe 'Aufbau und Finanzierung ambulanter und stationärer Pflegedienste' erhielten 1980 von den rund 320000 Bewohnern von Altenheimen, Altenpflegeheimen und Altenkrankeheimen ca. 168000 Hilfe zur Pflege nach dem Bundessozialhilfegesetz. Die Ausgaben der Sozialhilfeträger für die Hilfe zur Pflege in diesen Einrichtungen betrugen 1980 4,3 Milliarden DM.

Das Instrument der Sozialhilfe wurde nicht zu dem Zweck geschaffen, ein allgemeines Lebensrisiko wie das der Pflegebedürftigkeit abzusichern. Die Beanspruchung durch diese Fremdaufgabe läßt es für die Sozialhilfe immer schwieriger werden, ihrer eigentlichen Aufgabenstellung als letzte Sicherung gegen individuelle Notlagen noch gerecht zu werden.

Um diesen auf Dauer unhaltbaren Zustand zu ändern, vertritt die Gewerkschaft ÖTV folgende Positionen zur Einführung einer Pflegeversicherung:

1. Für alle in der Rentenversicherung pflichtversicherten Personen ist eine Pflegeversicherung als Pflichtversicherung einzurichten. ...
2. Die Arbeitgeber haben sich – wie bei den anderen Zweigen der Sozialversicherung – auch an der Finanzierung der Pflegeversicherung zur Hälfte zu beteiligen. ...
5. Im Interesse einer möglichst humanen Versorgung pflegebedürftiger Menschen muß die häusliche Pflege die

Regel und die stationäre Pflege die Ausnahme darstellen. ...

6. Zur Ermittlung des Bedarfs im stationären Pflegebereich ist unter Mitverantwortung der an der Kostenaufbringung beteiligten Selbstverwaltungskörperschaften eine Bedarfsplanung zu entwickeln und laufend fortzuschreiben. ...
7. Hinsichtlich der Ausstattung und Einrichtung stationärer Pflegeeinrichtungen sind verbindliche Standards zu entwickeln. ...
8. Die pflegerischen Leistungen sind von qualifizierten Pflegekräften zu erbringen. ...
9. Krankenpflege und Krankenhauspflege sind von den Trägern der sozialen Krankenversicherung uneingeschränkt und unabhängig davon zu erbringen, ob der die Pflegebedürftigkeit verursachende Zustand z.B. altersbedingt ist oder nicht. ...
11. Die gegenwärtige Handhabung der Anrechnung von eigenen Einnahmen der Pflegebedürftigen ist dringend umzustellen. Dem Pflegebedürftigen muß ein prozentualer Anteil seines Einkommens, gestaffelt nach der Anzahl der unterhaltsberechtigten Angehörigen, verbleiben, der sowohl diesen als auch dem Pflegebedürftigen selbst eine menschenwürdige Lebensführung und die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht. ...
12. ... Durch die Pflegeversicherung sind diejenigen Kosten abzudecken, die nach Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen durch die Kommunen sowie dem Einsatz der eigenen Mittel der Pflegebedürftigen zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts übrigbleiben."

Initiativantrag 870a an den 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der ÖTV

"Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

1. Die finanzielle Absicherung des Risikos des Pflegebedürftigwerdens ist eine staatliche Aufgabe im Rahmen der sozialen Sicherung.
2. Die Voraussetzungen der Pflegebedürftigkeit sind in entsprechender Anwendung des § 35 Bundesversorgungsgesetz (BVG) festzustellen.
3. Die Gewährung von Leistungen aus den Mitteln der Renten- und Krankenversicherung, die über Krankenpflege und Krankenhauspflege hinausgeht, und damit zu Lasten der Versichertengemeinschaft der Arbeitnehmer, wird abgelehnt.
4. Die soziale Absicherung von Pflegefällen (sog. Pflegeversicherung) obliegt als sozialpolitische Gemeinschaftsaufgabe Bund und Ländern. Sie ist aus staatlichen Mitteln zu bestreiten.

Begründung:

Eine allgemeine Pflegeversicherung für alle in der Rentenversicherung versicherten Personen würde zu einer unvermeidbaren Erhöhung der von den Arbeitnehmern aufzubringenden Beitragslasten führen. Dabei ist zu bedenken, daß eine Finanzierungsbeteiligung der Arbeitnehmer sich nur schwer begründen läßt, da es sich hier nicht um ein unmittelbar berufsbezogenes Risiko handelt. ...

Die Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit gehört ... nicht in den Bereich der Sozialhilfe. Es ist unerträglich, wenn ein Mensch, der sein Leben lang gearbeitet und Beiträge zur Sozialversicherung erbracht hat, im Falle des Pflegebedürftigwerdens wegen der damit verbundenen Kosten der Sozialhilfe anheimfällt und finanziell entmündigt wird.

Eine Übertragung der Kostenlast auf Bund oder Land und die Vergabe der Mittel über die Behörden der Kriegsopferversorgung hätte ... eine gerechtere Kostenverteilung zur Folge. ...

Die finanzielle Belastung einzelner Kommunen, die in der Regel nach dem Bundessozialhilfegesetz die nicht gedeckten Kosten der Heimunterbringung im Pflegefall zu tragen haben, würde sich vermindern, was insbesondere den Kommunen in strukturschwachen Regionen zugute kommen würde und dort Mittel für z.B. arbeitsplatzfördernde Investitionen freimachen könnte. ... –(frw)

Bevölkerungsentwicklung

MEHR LOHNABZÜGE – AMTLICHES ZU FOLGEN NICHT GEBORENER KINDER

Die platte Tatsache, daß ein Kind, welches heute nicht geboren ist, auch in zwanzig bis dreißig Jahren nicht als zeugender Teil einer christlichen Familie wirken kann, ist wesentliche Grundlage für die Beschreibung von "Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche von Staat und Gesellschaft", mit der die Bundesregierung ihre Berichterstattung über die Bevölkerungsentwicklung Anfang dieses Jahres fortgesetzt hat. Wer in dem Geburtenrückgang seit Mitte der 60er Jahre eine Aussage über die Entwicklung gesellschaftlicher Lebens- und Existenzbedingungen sieht, macht sich falsche Sorgen. Der sollte ein wenig staatstragender denken, denn "für die Zeit nach dem Jahr 2000" – so das zusammengefaßte Ergebnis – "wird der dann verstärkt einsetzende Bevölkerungsrückgang das politische System als Ganzes vor erhebliche Her-

ausforderungen stellen."

Was damit gemeint ist, zeigt u.a. die Behandlung der Altersversicherung. Hinsichtlich der Gesetzlichen Rentenversicherung gibt der Bericht schon bekannte Rechnungsmodelle wieder: daß bei gleichbleibendem Bundeszuschuß zur Finanzierung des gegenwärtigen Rentenniveaus der Beitragssatz auf 35% bis 2035 ansteigen müsse oder daß bei Beibehaltung des gegenwärtigen Beitragssatzes das Rentenniveau bis 2035 etwa auf die Hälfte zu senken sei. "Betroffen sind deshalb in erster Linie die Versicherten, d.h. die Beitragszahler und die Leistungsempfänger dieser Solidargemeinschaft. Die Bundesregierung ist hierzu wie der Sozialbeirat der Auffassung, daß keine dieser beiden Gruppen einseitig belastet werden darf." Anders stehen die Beamten da: ihre Pensionen sind "steuerfinanziert", die

öffentlichen Haushalte seien durch die "Auswirkungen" jedoch im wesentlichen bloß durch Umschichtungen betroffen. Am besten jedoch stehen die privat Versicherten da: "Soweit das Anpassungsvermögen der Wirtschaft ausreicht und sich die wirtschaftlichen Bedingungen für das Kapitaldeckungsverfahren nicht verschlechtern, ändert sich für die Angehörigen dieser Alterssicherungssysteme nichts, aber andere Gruppen der Bevölkerung sind von Verteilungsänderungen betroffen." Siehe oben!

So ergibt sich, daß für die jetzt Ausgebeuteten und ab etwa dem Jahre 2000 in Rente gehenden Lohnabhängigen ausreichende Unterhaltsmittel nicht mehr verfügbar sein sollen. Anscheinend hat das mit dem für die Arbeitskraft gezahlten Lohn gar nichts zu tun. Die kleine Presselese (s.u.) zeigt, wie die Absichten der Lohnsenkung zu politischen Konzepten der Reaktion geformt werden. Für "Generationenvertrag" sagt man nun schlichter "Umlagefinanzierung". Quellenhinweis: Bericht über die Bevölkerungsentwicklung, 2. Teil, Bt.-Drs. 10/863 – (haj)

BEITRÄGE ZUR BEVÖLKERUNGSPOLITIK

Kapitalbildung aus der Sicht der gesetzlichen Rentenversicherung: "Besteht also über die Notwendigkeit einer wieder ausreichenden Schwankungsreserve kein Zweifel, so wird man das hinsichtlich einer darüber hinausgehenden Kapitalansammlung zur Überwindung langfristiger Probleme wohl nicht sagen können. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß bei den heutigen Größenordnungen zwangsläufig die Gefahr besteht, damit den volkswirtschaftlichen Kreislauf zu überfordern ... Abgesehen von den volkswirtschaftlichen Folgen und den Wirkungen auf den Kapitalmarkt wäre eine derartige Kapitalansammlung nur über nicht vertretbar hohe Beitragssätze möglich ... Weil dem so ist und weil man tunlichst nur das Machbare anstreben sollte, wird hier die alte Forderung wiederholt, das Mindestmaß der Schwankungsreserve umgehend wieder auf 3 Monatsausgaben heraufzusetzen. Das allerdings ist unumgänglich." (K. Hoffmann, Präsident der BfA, Die Angestelltenversicherung 1/84)

Lebensversicherer bleiben auch 1984 im Aufwind: "Der Verband der Lebensversicherungs-Unternehmen, Bonn, betont in seinem Bericht für das erste Halbjahr 1984, daß die deutsche Lebensversicherung weiter Zuwachsraten in nahezu allen Bereichen ausweisen kann. So sind die Beitragseinnahmen der Branche von Januar bis Juni um weitere 6% gestiegen, nach einer Zunahme von 7,6% im ersten Halbjahr 1983 (...)

Außergewöhnlich hohe Zuwachsraten sind in der Sparte 'Selbständigen Berufsunfähigkeitsversicherung' erreicht worden. Dies hängt stark damit zusammen, daß in der gesetzlichen Rentenversicherung freiwillig Versicherte grundsätzlich keine neuen Ansprüche auf Berufsunfähigkeitsrenten mehr erwerben können ...

Kräftig zugelegt hat auch die Vermögensbildende Lebensversicherung. Die Vertragszahl nahm um 7,7% zu, die Summe um 34%. Dies zeigt, daß zahlreiche bestehende Verträge auf die neue Höchstgrenze für die Vermögensbildung, also von 624 DM auf 936 DM im Kalenderjahr, aufgestockt worden sind." (Berliner Morgenpost v. 14.08.84)

Rentenversicherung könnte an Bedeutung verlieren – Bundesbank für Ausbau betrieblicher Altersvorsorge: "Wichtigste Säule der Altersversicherung in der Bundesrepublik ist zwar die gesetzliche Rentenversicherung, doch hinzugetreten sind die betriebliche Altersversorgung und die individuelle Vorsorge in Form von Lebensversicherungen und der privaten Vermögensbildung anderer Art. Das hebt die Deutsche Bundesbank in ihrem jüngsten Monatsbericht hervor.

(...) Diesen beiden Formen der Vorsorge, so die Bundesbank weiter, wird in Zukunft eher größeres Gewicht als heute zukommen. Zur Begründung führt die Bundesbank an, daß sich das zahlenmäßige Verhältnis von Rentnern und Beitragszahlern beträchtlich verschlechtern wird und der finanzielle Ausgleich vermutlich nicht allein in noch weiter steigenden Beitragssätzen gesucht werden kann.

Die zusätzliche Alterssicherung ist nicht nur sozialpolitisch, sondern nach Auffassung der Bundesbank auch gesamtwirtschaftlich von erheblicher Bedeutung. Während die Rentenversicherung heute ohne größere finanzielle Reserven arbeitet, wird im Rahmen der Altersvorsorge als Gegenwert der Leistungsansprüche im Prinzip ein Vermögensbestand aufgebaut und damit ein bedeutsamer Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Kapitalbildung geleistet." (Berliner Morgenpost v. 17.08.84)

Umlageverfahren und individueller Versicherungsschutz: "Eine mittelfristige Anhebung des durchschnittlichen Verrentungsalters würde für einen Abbau der Ungleichgewichte (zwischen Beiträgen und Renten) sehr hilfreich sein. Einer solchen Intention kommt entgegen, daß ab Mitte des kommenden Jahrzehnts das Erwerbspersonenpotential rapide zurückgehen und daß unter Umständen die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot übersteigen wird. (...)

Bei realistischer Einschätzung insbesondere der Zukunftsperspektiven wird man sich jedoch darüber im klaren sein müssen, daß den beiden anderen Säulen der Altersversicherung, der betrieblichen Altersversorgung und der privaten Vorsorge, ein besonderer Stellenwert zukommt." (H. Kaltenbach, Direktor der BfA, in: Die Angestelltenversicherung 8/9 84)

SPD-Rentenvorschläge

AUCH SPD FORDERT EINE "NEUE DYNAMISCHE RENTENFORMEL"

Im Zusammenhang mit der Kritik an dem Diskussionsentwurf des Bundesarbeitsministeriums zur Reform der Hinterbliebenenversorgung hat die SPD erstmals in groben Zügen ein eigenes "Rentenkonzept" mitgeteilt. In der Reform der Hinterbliebenenversorgung hält die SPD an dem "Teilhabemodell" fest. Zur Ergänzung dieser Reform verlangt die SPD die Anerkennung eines aus öffentlichen Mitteln zu finanzierenden Kindererziehungsjahres. Von Bedeutung für die niedrigsten Renten ist die Erinnerung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion an eine Forderung, die der SPD-Parteitag schon 1980 vor den Bundestagswahlen beschlossen hatte: den Ausbau der "Rente nach Mindesteinkommen" zum "Dauerrecht". Gegenwärtig verliert diese 1973 eingesetzte Regelung an Bedeutung, weil sie bloß eine Höherbewertung von niedrigen Pflichtbeiträgen bis einschließlich 1972 zuläßt.

Diese Informationen wurden von Anke Fuchs, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, und Eugen Glombig, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung, am 13. August der Presse übergeben. Kernpunkt bilden die Forderungen zur "Finanziellen Stabilisierung der Rentenversicherung":

"Die finanzielle Belastung der Rentenversicherung durch die Beschäftigungskrise und die bevorstehende Verschiebung der Altersstruktur der Bevölkerung macht eine Reform des Finanzierungssystems und der Rentendynamik notwendig, um die Verlässlichkeit der Rentenversicherung wiederherzustellen, ein angemessenes Rentenniveau zu sichern und ständige Konsolidierungsmaßnahmen überflüssig zu machen. Deshalb müssen gezielt die strukturellen Ursachen der Störungsanfälligkeit der Rentenfinanzen beseitigt werden, nämlich:

- die Abhängigkeit des Beitragsaufkommens von der Arbeitsmarktsituation und die Belastung der Rentenversicherung mit den Kosten der Arbeitslosigkeit,
- die unzureichende Anbindung des Bundeszuschusses an die demographische Entwicklung
- und die fehlende wechselseitige Verzahnung von Beitragssatz, Rentenanpassungssatz und Rentenniveau.

Hierzu werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

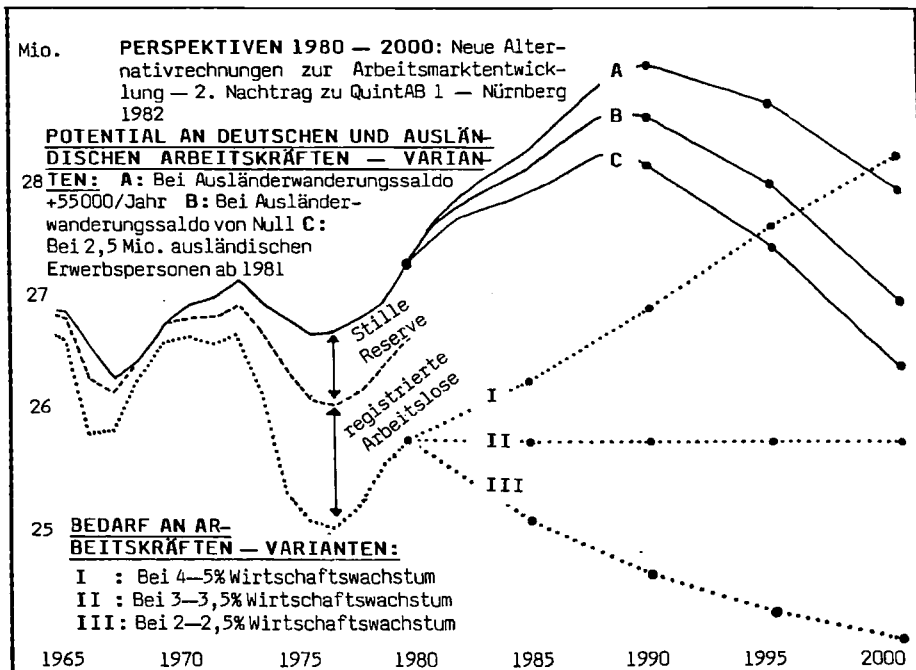
- die Wiederherstellung voller Rentenversicherungsbeiträge der Bundesanstalt für Arbeit (entsprechend dem entgangenen Bruttoarbeitsentgelt);
- eine neue dynamische Rentenfor-

mel durch Einbau einer 'demographischen Komponente', um sicherzustellen, daß bei einer möglicherweise notwendig werdenden Beitragssatzerhöhung die Renten nicht stärker steigen als die verfügbaren Arbeitsentgelte;

- die Festlegung eines angemessenen Mindest-Rentenniveaus, das in Abhängigkeit von den verfügbaren Arbeitnehmerinkommen definiert ist und nicht unterschritten werden darf;
- die Ersetzung der starren gesetzlichen Fixierung des Beitragssatzes durch eine flexible Regelung in Abhängigkeit von der finanziellen Lage der Rentenversicherungsträger;
- den Vollzug der jährlichen Rentenanpassungen durch Rechtsverordnungen statt durch Gesetz bei genauer gesetzlicher Präzisierung der Berechnung des Anpassungssatzes;
- und die Stabilisierung des Bundeszuschusses durch die Verknüpfung mit

Zu diesen Vorstellungen über das Konzept der SPD läßt sich im einzelnen vieles sagen. Z.B. war die Beseitigung der bruttobezogenen Rentenniveausicherungsklausel eine der letzten Taten der SPD als Regierungsfraktion auf diesem Gebiet. Wenn nunmehr ein nettobezogenes Mindest-Rentenniveau verlangt wird, so wird hiermit dem staatlichen Zugriff auf Lohnabzüge und dem Abbau der Renten weiter Raum gegeben. Die als "Überlegung" aufgenommene "bedarfsorientierte Mindestrente" wird damit begründet, "im Regelfall die ergänzende Inanspruchnahme von Sozialhilfe überflüssig zu machen". Wenn das Vorhaben darauf hinausläufe, daß statt "Sozialamt" dann "Versicherungsanstalt" im Briefkopf steht, kann sich dafür jedoch auch niemand mehr kaufen.

Entscheidend aber für die Beurteilung ist, daß die SPD im Kern ihre Bereitschaft mitteilt, eine Politik mit zu tragen, die den Bankrott der Altersversicherung als eine Angelegenheit behandelt, die Beitragszahler und Rentner wesentlich unter sich auszumachen haben. Ist es Zufall, daß die



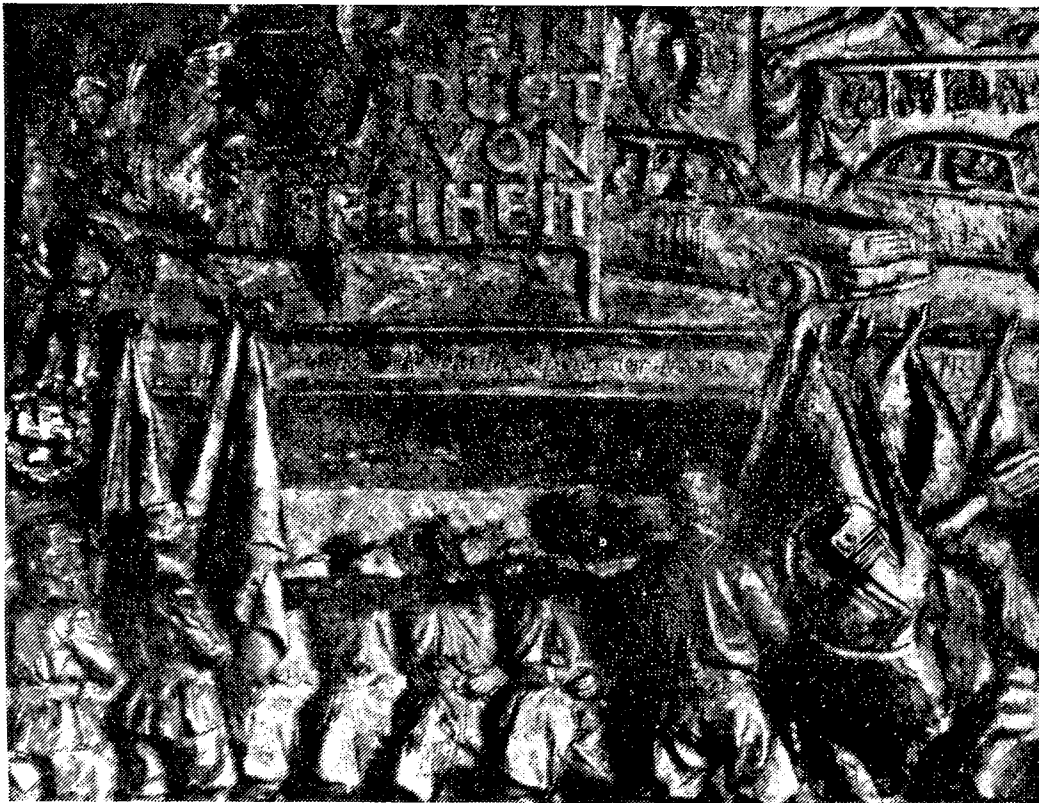
Auf diese Modellrechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bezieht sich u.a. die Bundesregierung in ihrem Bevölkerungsbericht. Als eine der "beträchtlichen Reserven für ein zusätzliches Erwerbspersonenangebot" wird beschrieben: "Die erneute Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der über 60jährigen Männer und Frauen ... Eine derartige Entwicklung würde zudem insbesondere zu einer Entlastung der Problematik der Alterssicherung beitragen."

der Beitragssatzentwicklung."

Als "wichtige sozialpolitische Vorhaben", die der Arbeitskreis Sozialpolitik der SPD-Fraktion weiter verfolgen, werden genannt: Schritte zur Harmonisierung der Alterssicherungssysteme, die Umstellung des Arbeitgeberbeitrags von der Bemessungsgrundlage "Lohn" auf "Wertschöpfung" und "die Einführung einer bedarfsorientierten Mindestrente in der gesetzlichen Rentenversicherung".

SPD als Kernstück ihrer Überlegungen gerade eine Vorstellung präsentiert, die im Mai 1983 von Springers "Welt" als geheimes Ergebnis der Beratung einer CDU-Expertenkommission "enthüllt" wurde: die "dynamische Rentenformel" mit dem "demographischen Rentenminderungsfaktor"? Auf die sofort einsetzende Kritik hin wurde vor über einem Jahr daraus ein eilends dementierter Versuchsballon. Jetzt hebt die Opposition die Fahne.

Antifaschistische Plastik

EIN DORN IM AUGE
DER REAKTION

Die Abbildungen dieser Seite vermitteln einen ausschnittweisen Eindruck vom Relief (Gesamtbreite: zwei Meter) des Braunschweiger Plastikers Jürgen Weber, der das Eingangportal zum Sitzungssaal des neuen Göttinger Rathauses gestaltet hat. Interpretierend dargestellt sind historische Szenen von der Jungsteinzeit bis hin zur bundesrepublikanischen Wirklichkeit. So lauten zum Beispiel die Szenen des obersten "Katastrophengrabens": Machtergreifung 33/Ausweiskontrolle im Warschauer Ghetto/"Hilfswillige" knüppeln Juden tot/Auschwitz. Gegen diese Arbeit läuft besonders die CDU Sturm, für deren Abgeordnete es offensichtlich eine Zumutung bedeutet, beim Betreten des Sitzungssaals mit Verbrechen von Auftraggebern konfrontiert zu sein, deren Interessenvertretung sie auf ihre Fahnen geschrieben haben. So tönt es von seiten der Unionschristen: "Machwerk primitivster Propaganda", "Vehikel grün-alternativer Primitivideologie", "Und so etwas hat den Titel eines deutschen Professors".

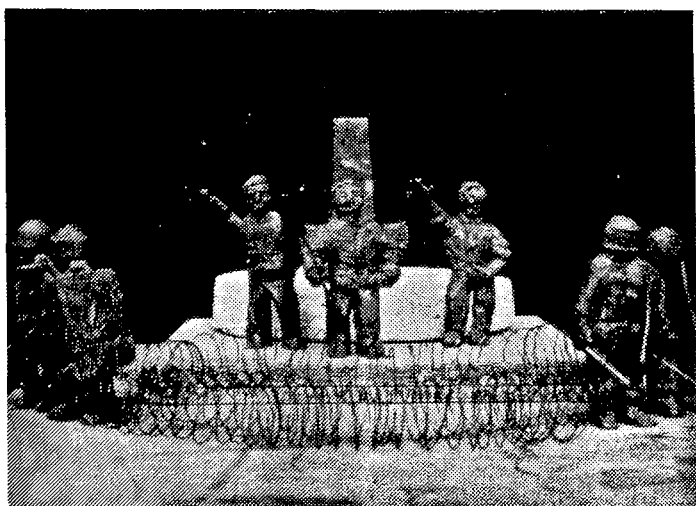


Ausweiskontrolle im Warschauer Ghetto



HRDLICKA: "Straße waschender Jude" – Entwurf für eine nicht verwirklichte Wiener Gedenkstätte

Besonders die Arbeiten des österreichischen Bildhauers Alfred Hrdlicka, die Sympathien für die Arbeiterbewegung ausdrücken, und solche antifaschistischen Inhalts geraten immer wieder ins Kreuzfeuer der kulturpolitischen Reaktion. So das Friedrich-Engels-Denkmal für Wuppertal und seine Konzeption zur Ausführung des Auftrags des Hamburger Senats, dem die Kriege des deutschen Imperialismus verherrlichenden Denkmal "Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen" ein Monument entgegenzusetzen. Die CDU: "Eine Stadt, die Denkmäler umgestaltet, verabschiedet sich von ihrer Geschichte." Hrdlicka: "Dagegen möchte ich die Realität des Krieges stellen, aber angekettet an geborstene Nazi-Symbole, denn das geht ja nicht, daß man sagt: Das war irgendein Krieg, und es geht auch darum, was Krieg so mit sich bringt, von der Massenvernichtung in den KZs angefangen bis zu den Einzelschicksalen."



"Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" – Plastilinentwurf von Helmut Kubitschek (1984)

In den letzten Jahren wurden im Rahmen der "Vereinigten Kunstgruppen" mit plastischen Mitteln im wesentlichen Politikerköpfe für die Maskenherstellung modelliert, die im politischen Maskentheater eingesetzt werden. Während des diesjährigen Sommerseminars der Vereinigten Kunstgruppen artikuliert sich darüberhinaus das Interesse, das Tätigkeitsfeld der Kunstgruppen auf realistische Kleinplastiken auszuweiten. Anlaß für die obige Arbeit war die Erfahrung, daß Parteitage und andere Auftritte neofaschistischer Kräfte unter vollem Einsatz der Staatsmacht durchgeführt werden können, so auch Kranzniederlegungen am Grabe Schlageters, worauf sich die Darstellung konkret bezieht.

(Quellen: Tendenzen Nr. 143/147, Art 11/83 – nhö)

Vater Staat ...

... UND MUTTER KIRCHE IN BAYERN

72% der Bevölkerung in Bayern gehören der katholischen Kirche an. Die Zahl der Kirchnaustritte ist mit durchschnittlich drei je katholischer Pfarrei erheblich niedriger als im Bundesgebiet insgesamt, wo pro katholischer Pfarrei fünf Austritte verzeichnet sind. Diese Durchschnittszahlen differieren innerhalb Bayerns sehr erheblich – so verzeichnen die Diözesen Passau und Regensburg 1980 nur 0,8 Kirchnaustritte je Pfarrei, während es in der Diözese München 9,1 sind. Man sieht an diesen Zahlen, daß Industriearbeit und Großstadtleben zwar den Zugriff der katholischen Kirche auf die Bevölkerung schwächen, aber bisher nicht sehr. Das Aufkommen an Kirchen-Lohn- und -Einkommensteuer in Bayern betrug 1982 1,27 Milliarden DM, das entspricht in der Größenordnung dem Haushalt der Viertelmillionenstadt Augsburg.

Die Beziehungen zwischen Freistaat und Kirche sind vertraglich geregelt. Es gibt Konkordate mit der evangelischen und der katholischen Kirche, so daß formell eine Gleichbehandlung existiert; federführend ist aber angesichts der Größe die katholische Kirche. Der bayerische Staat bot ihr 1924 entgegenkommende Regelungen an, die im wesentlichen bis heute Gültigkeit haben:

"Die Lösung der wechselseitigen Bindung von Staat und Kirche machte auf katholischer Seite Verhandlungen mit der Kurie nötig, die 1924 mit einem Konkordat abgeschlossen wurden ... Der Staat war bereit, nicht nur den Verlust des Ernennungsrechts der Bischöfe und hohe finanzielle Leistungen hinzunehmen, sondern auch die Bekenntnisschule in weitgehendem Umfang und die Lehrerbildung und Lehrberufsausübung im Geiste der katholischen Kirche sicherzustellen. Die Anerkennung der Ordensschulen, das Zustimmungsrecht der Ordinariate bei Besetzung der Lehrstühle an katholischen Fakultäten und Hochschulen und die Schaffung je eines Konkordatslehrstuhls für Geschichte in München und Würzburg schufen die Möglichkeit einer weitgehenden kirchlichen Einflußnahme." (Theologische Realenzyklopädie, 1980, Band 5, Seite 381)

Es scheint mit den Maßnahmen der Faschisten (Auflösung der Ordensschulen, Schließung der Theologischen Fakultät München, Beseitigung des Schulgebets und der Kreuze in den Schulräumen) zusammenzuhängen, daß nach der Niederlage des Faschismus die katholische Kirche wieder voll am Konkordat von 1924 anknüpfen konnte. Erst 1968 wurde in Bayern auch nur die "christliche Gemeinschaftsschule" statt der Konfessionsschule eingeführt, und das machte, ebenso wie die Reform der Lehrerbildung, eine Neufassung des Konkordats erforderlich. Es heißt jetzt in Art. 6 des Konkordats: "In Klassen und Unterrichtsräumen an Volksschulen, die ausschließlich von Schülern des katholischen Bekenntnisses besucht werden, richten sich Unterricht und Erziehung nach den besonderen Grundsätzen des katholischen Bekenntnisses." Entsprechend dieser Vereinbarung werden noch heute die Eltern von Schulanfängern gefragt, ob ihr Kind in eine "Bekenntnisklasse", also in eine rein katholische Klasse, kommen soll. Im Konkordat heißt es ferner: "Bei der Auswahl der Lehrkräfte soll auf die Bekenntniszugehörigkeit der Schüler Rücksicht genommen werden." Das heißt also: es gibt an den staatlichen Volksschulen rein katholische Klassen, die ausschließlich von katholischen Lehrern unterrichtet werden, die obendrein verpflichtet sind, Unterricht und Erziehung nach der katholischen Weltanschauung zu gestalten. Darüber hinaus hat die Kirche weiterhin das Recht zur Unterhaltung privater katholischer Volksschulen und Sonderschulen, und der Freistaat ersetzt ihnen noch dazu den Aufwand.

Auf dem Feld der Hochschule sind dem Klerus ebenfalls weitere Türen geöffnet worden. Der Staat unterhält jetzt an den Universitäten Augsburg, München, Passau, Regensburg und Würzburg sowie an der Gesamthochschule Bamberg katholisch-theologische Fachbereiche, und obendrein zählt er 90% des Aufwandes für die "kirchliche Gesamthochschule" Eichstätt. Alle Lehrbeauftragten an den katholisch-theologischen Fachbereichen bedürfen für ihre Einstellung der Zustimmung des zuständigen Bischofs, und "sollte einer der genannten Lehrer vom Diözesanbischof wegen seiner Lehre oder seines sittlichen Verhaltens aus triftigen Gründen beanstandet werden, so wird der Staat unbeschadet der staatsdienerlichen Rechte alsbald auf andere Weise für einen entsprechenden Ersatz sorgen." (Art. 3, § 3 des Konkordats). In Augsburg ist kürzlich ein Professor beanstandet worden, der geheiratet hat, was er als Priester nicht darf. Er war sofort nicht mehr Mitglied der katholisch-theologischen Fakultät.

Quellenhinweis: Konkordate 1924, 1974; Statistisches Jahrbuch Bayern und Statistisches Jahrbuch der BRD, div. Ausgaben – (mfr)

Heiliger Stuhl

IDEOLOGISCHE INTERVENTION BEREITET MILITÄRISCHE VOR

Die "Theologie der Befreiung", entwickelt, als in den sechziger Jahren das Streben der Völker der Dritten Welt nach Unabhängigkeit die hergebrachten ideologischen und politischen Fesseln sprengte, wird in europäisch-amerikanischen Kirchenkreisen zunehmend als Gefahr für das Gedeihen der Weltkirche angesehen und bekämpft. Der innerkatholische Konflikt hat inzwischen so ein Ausmaß erreicht, daß Kardinäle aus Südamerika an der Weisheit der "Kongregation für die Glaubenslehre" öffentlich zweifeln. Diese Behörde ist imstand, kirchenrechtlich bindende Entscheidungen in Glaubensfragen zu treffen. Worin nun die von großen Teilen des südamerikanischen Klerus verteidigte und von der Kurie angegriffene Theologie der Befreiung besteht, hat man kaum erfahren können. Bloß, daß sie von einer "Option für die Armen" ausgehe und an den Reichen der Welt zuweilen sogar heftige Kritik übe, ja hier und dort den bewaffneten Befreiungskampf gutheiße. Aber nicht solch einzelne politische Entscheidungen oder "Optionen" der Kirchen, des Klerus, einzelner Kleriker sind der vaticanischen Kritik ausgesetzt. Die Begründung solcher Entscheidungen aus der christlichen Glaubenslehre, die von den "Theologen der Befreiung" versucht worden ist, wird verboten, als unchristlich, als Weg in Irr- und Unglauben verworfen. Das ist ein Weg, die Theologie der Befreiung mit Stumpf und Stiel aus dem Leben der Kirche auszurotten. Warum diese Härte? Wirklich deswegen, weil die Befreiungstheologen dem Marxismus nahestünden? – Die Angegriffenen schwören Stein und Bein, keineswegs Marxisten zu sein, und sie lügen nicht.

Zum Beispiel Kardinal Arns aus Brasilien, der sich in der BRD befindet, um den Rückhalt, den der Chefverfolger Ratzinger im Herkunftland hat, auszutesten. Er sagte auf einer öffentlichen Veranstaltung in Bonn:

"Auch wenn die erste Welt unsere Zinsen von vier auf dreizehn Prozent erhöht hat, was ein richtiger Diebstahl ist, werden wir trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage die Demokratie verwirklichen."

Diebstahl, besonders an Armen, Hungrigen, Kranken ist Sünde. Wenn ein Kardinal von "richtigem Diebstahl" spricht, so meint er unbedingt ein sündhaftes Geschehen. Institutionen, die solch Geschehen erzwingen, sind sündhafte Institutionen. Der Kampf gegen diese Institutionen ist Kampf gegen die Sünde. Die Kräfte, die gegen solche Institutionen kämpfen wollen bzw. kämpfen, sind die Kräfte des Guten, die Kräfte Gottes. Die Kirche hat auf ihrer

Seite zu stehen bzw. an ihre Seite zu treten. – So etwa ist der logische Aufbau der "Theologie der Befreiung". Sie ist eine religiöse Mystifikation eines Klassenkampfgeschehens. Es wäre bestimmt interessant herauszufinden, aus welchem Boden das Interesse an gerade dieser Mystifikation sprießt, aktuell wichtiger aber ist dann doch, welche Gründe die auf Ausrottung bedachte Gegnerschaft aus Rom hat. Was geschähe wohl, wenn die katholische Kirche der weiteren Institutionalisierung so gearteter Theologie zusage?

Die USA, in dieser Sache mit dem vollständigen Rückhalt der westlichen Welt, erklären unverhohlen, sie würden sich die Kontrolle Mittel- und Südamerikas niemals entreißen lassen, sondern seien bereit, gegen solche Absichten mit allen verfügbaren wirtschaftlichen, politischen und auch militärischen Mitteln anzugehen.

Wenn aber Kardinäle sagen, diese Mittel würden eingesetzt, um zu stehlen? Was, wenn sie die gesetzliche Obrigkeit der bestohlenen Länder zum Kampf gegen solchen Diebstahl auffordern? Was, wenn sie in dieser Auseinandersetzung beanspruchen, die Kräfte des Guten gegen die räuberischen Kräfte der Sünde zu vertreten? Was, wenn die katholische Theologie ihnen einen solchen Anspruch zugestimmt hätte? Was wären die Folgen für den Klassenkampf in den imperialistischen Ländern? Wie würde sich das traute Verhältnis von Kirche und Staat in diesen Ländern entwickeln müssen? Kann die Kirche mit einem gestörten Verhältnis zur Obrigkeit der christlichen Staaten überhaupt bestehen? Wahrscheinlich nicht. Diese Lage ist ernst. Die politischen und religiösen Repräsentanten der imperialistischen Länder haben ein verständliches Interesse, die falschen Ansichten über Gott und die Zinsen kirchenamtlich wegmachen zu lassen. So viel zu den allgemeinen Gründen. Wie immer gab's auch noch ganz konkrete, die den hl. Stuhl bewogen, die Gefahr des Einflußverlustes in den unterdrückten Ländern Südamerikas gering zu achten, verglichen zu den oben benannten.

Vielen ist das vielleicht nicht gewärtig, aber die Situation der katholischen Kirche in den USA ist nicht so vorteilhaft wie z.B. in der BRD. Die USA haben zum Beispiel 117 Jahre lang keine diplomatischen Beziehungen zum Vatikan unterhalten. Der Osservatore Romano, Amtsblatt der Kirche, schreibt darüber Anfang des Jahres und aus Anlaß der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und dem Vatikan folgendes:

"Die Vereinigten Staaten hatten die Beziehungen 1867 aus eigenem Entschluß abgebrochen. Das geschichtliche Hindernis für den diplomatischen Dialog mit dem Vatikan beruhte auf einer entsprechenden Interpretation der in der Verfassung festgelegten Vorschrift der absoluten Trennung zwischen Staat und Kirche, um die volle religiöse Toleranz und die Gleichheit zwischen den verschiedenen Konfessionen zu gewährleisten."

117 Jahre lang hatten die herrschen Kreise sich ein Lockmittel aufgehoben, falls sie mal eine Gefälligkeit vom Vatikan brauchen könnten. Jetzt war's so weit. Wie hätte ein verantwortungsbewußter Christenhirte so eine Gelegenheit vorbeigehen lassen können? Stolz berichtet der Osservatore Romano über die Entwicklung der Katholikenzahlen in den USA. Man habe 83/84 um 300000 Mitglieder zugenommen, an die 100000 anderen christlichen Sekten abgewonnen. Gottes reicher Segen wächst also aus der Besserung der Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und der US-Administration. Was die Gefahr der moralischen Diskreditierung betrifft, die durch eine Intensivierung der Beziehungen zu den USA gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt entstehen kann, der hl. Stuhl hat seine geschichtlichen Erfahrungen und weiß daraus zu schöpfen. Anläßlich der Amtseinführung des Richard von Weizsäcker als Bundespräsident der BRD liest man im Osservatore Romano einen langen Aufsatz zum Thema: "Ernst von Weizsäcker – Diplomat für den Frieden." Zu Beginn des Machwerkes heißt es:

"Ernst von Weizsäcker hatte die höchste Stufe der diplomatischen Karriereleiter erreicht, als er 1938 Staatsse-

ekretär des Auswärtigen Amtes in Berlin wurde. Skrupel plagten ihn, ob er in dieser hochpolitischen Funktion den Machthabern weiter dienen durfte. Zu genau hatte er die neue Herrscherkaste bereits kennengelernt. Sollte er resignieren, um später mit sauberen Händen dazustehen, oder sollte er ausharren, um den Lauf der Dinge positiv zu beeinflussen. Er entschied sich für den zweiten, den schwierigeren Weg."

Weizsäcker wurde Botschafter der Faschisten beim Hl. Stuhl, seine Figur steht zusammen mit der des XII. Pius für das Zusammenwirken von höheren Kircheninstitutionen und faschistischem Staatswesen.

Der Osservatore Romano signalisiert mit dieser geschichtlichen Würdigung nur zu deutlich, wie sich Laie und Priester im Fall von Skrupeln zu verhalten hätten. Elastisch.

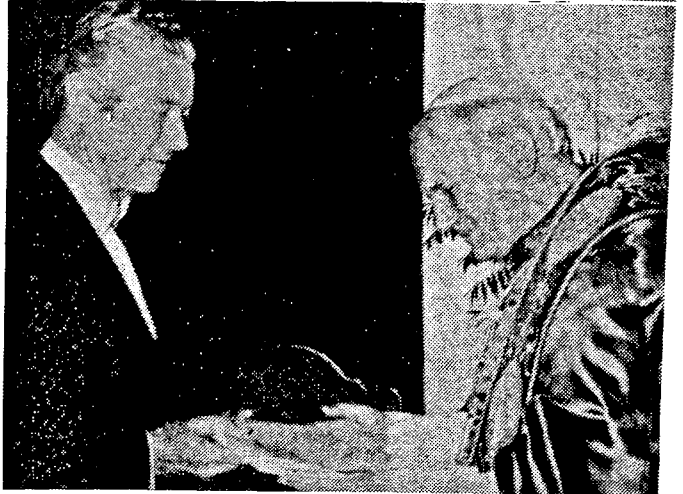
Wahrscheinlich war eine Äußerung zu diesem Abschnitt der Kirchengeschichte auch sehr angebracht, um der deutschen Theologie das Rückgrat zu stärken. Diese leidet immer noch unter dem Vorwurf, nicht als Kraft des Widerstandes gegen den Faschismus wirksam geworden zu sein. Die deutschen Kardinäle werden aber in Sachen Südamerikadisziplinierung besonders gerne eingesetzt. Nicht als alte Kolonialkirche in Erscheinung getreten, können sie einen Ruch von Objektivität um sich verbreiten und sind doch als Kommunistenhasser und ganz ungewöhnlich eng mit dem Staatsapparat verschmolzene Kirchenorganisation für eine sichere, vorhersehbare, natternkalte und zinsbewußte Entscheidung gut. Der deutschen Theologie mit ihrer am Faschismus eintrainierten Pharisäertradition ist dann auch die Aufgabe zugefallen, die Hinrichtung der "Befreiungstheologen" zu präparieren. Man berief den BRD-Kardinal Ratzinger als Leiter der Kongregation nach Rom, und dieser wurde tätig. Er leitet die Aburteilung mit einer Heuchelei ein, die ganz darauf zielt, das Gewissen der Christenheit außerhalb Südamerikas zu beruhigen. Die Instruktion dürfe "in keiner Weise denen zum Vorwand dienen, die sich angesichts der tragischen und drängenden Probleme des Elends und der Ungerechtigkeit hinter einer Haltung der Neutralität und Indifferenz verschanzten." Als ob die Verursacher des Elends und der Ungerechtigkeit sich "neutral" oder "indifferent" verhielten. Unter diesem Deckmantel von Schleim geht Ratzinger aber scharf ran. Seine Vorwürfe sind originell, er wittert eine echte, großangelegte Ketzerei. Sie bestünde wesentlich in:

1.) Verwechslung bzw. Vertauschung der "Armen der Schrift mit dem Proletariat von Marx", wodurch der "christliche Sinn der Armut" pervertiert werde. Der christliche Sinn der Armut ist eine Mystifikation der Tatsache, daß Abscheu vor Ausbeuterei und Unterdrückung eher bei den Ausgebeuteten und Unterdrückten anzutreffen sind, aber dennoch nicht die einfache, zwingende Folge etwa der Armut. Denkbar ist ein Armer, der mit allen sündhaften Mitteln reich werden will, z.B. indem er den bisherigen Reichen beraubt, wodurch doch sichtlich nichts gewonnen ist, sondern der Sinn der Armut, die des Menschen Herz für die göttliche Gnade und allerhand Tugenden erschließen kann, pervertiert würde. Die Armen nach der Ratzingerschen Deutung sind nicht mehr die faktisch Armen, sondern die Armen im Sinn, die wohlverstandenen Armen, die wohlverstandenen Interessen der Armen, auf keinen Fall aber die Armen selber.

2.) Ersetzung der "Orthodoxie durch die Orthopraxie". Orthodoxie will heißen "rechte Lehre". Orthopraxie will heißen "rechtes Handeln". Das Kriterium der christlichen Wahrheit wäre danach nicht durch den Glauben gegeben, sondern durch das Handeln, genauer, die Ergebnisse, den Erfolg des Handelns zu finden, und zwar eines Handelns nicht für die, sondern mit den Armen. Die dieser Abweichung verfallenen Theologen würden Leute, die nicht bereit wären, einen praktischen Standort an der Seite der Armen einzunehmen, als Propagandisten der Ausbeuter diffamieren; (das will bedeuten, daß man jemanden, der Verhungernde davor warnt, sich nicht etwa vom – sündhaften Gedanken an Völlerei leiten zu lassen, nicht irgendwas Eh-

Möge Amerika sich selbst treu bleiben

Ansprache des Papstes bei der Audienz für den ersten US-amerikanischen Botschafter beim Hl. Stuhl, William A. Wilson, am 9. April



Aus: Osservatore Romano, deutsche Ausgabe, 11.5.1984

renrühriges nennen darf, sondern als im Sinne der Orthodoxie schätzenswerten Seelenhüter zu respektieren hat.)

3.) Ersetzung des Erlösungsgedankens durch den Fortschrittsgedanken. Dieser Vorwurf bedenkt, daß die protestantische Theologie die Verbindung des Fortschrittsgedankens mit dem Erlösungsgedanken kennt. Der Hinweis auf Protestantisches als Quelle der "Theologie der Befreiung" zielt propagandistisch auf ein großes Land, das man als Hochburg des Protestantismus bezeichnen kann, in dem starke Interessen an südamerikanischen Zinszahlungen bestehen und erst 22% Prozent der Bürger katholisch sind.

Die Stellungnahme des Vatikans gegen die "Theologie der Befreiung" ist nicht nur der Versuch, in schwieriger Zeit sich aus der Affäre zu ziehen, sie stellt eine aktive Parteinahme in einem absehbaren Konflikt auf der Seite der USA dar, ja sie hetzt sogar, solchen Konflikt nicht zu scheuen. Wie sagte der Hl. Vater anläßlich der ersten Audienz in einer Rede zum frischgebackenen US-Botschafter:

"Die Anerkennung Gottes und die Verteidigung der menschlichen Würde und damit des menschlichen Lebens sind zweifellos ein sehr kostbarer Teil ihres nationalen Erbes. Ihre Unabhängigkeitserklärung spricht zur ganzen Welt über die 'Gesetze der Natur und des Gottes der Natur' und erkennt mit großer Weisheit dem Menschen unveräußerliche Rechte zu. Ihre Verfassung sieht ihrerseits die Notwendigkeit, Gerechtigkeit zu schaffen ... und die Wohltaten der Freiheit zu gewährleisten ..."

"Zur Größe des amerikanischen Ideals gehört zweifellos die Offenheit anderen Völkern gegenüber: nicht im Sinn 'fremder Einmischung', sondern im Sinn brüderlicher Sorge 'um das Wohlergehen' – wie sie sagten – 'unserer Mitmenschen in der ganzen Welt'. Ich kann bei dieser Gelegenheit nicht umhin, meine Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, daß die Lage der heutigen Welt in großem Maße davon abhängt, wie die Vereinigten Staaten ihrem weltweiten Sendungsauftrag des Dienstes an der Menschheit nachkommen."

Das ist Marschmusik. Wenn neben soundsoviel Armen auch noch einige uneinsichtige Befreiungstheologen unter die Stiefel kommen, man hat sie ja gewarnt und außerdem: für die einen wird man beten, die anderen, wenn's sein muß, heiligsprechen.

Quellenhinweis: Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls, Instruktion der Kongregation für die Glaubenslehre über einige Aspekte der "Theologie der Befreiung", Heft Nr. 57, hrsg. von der Deutschen Bischofskonferenz, 6. August 1984; Osservatore Romano, deutsche Ausgabe, vom 27.1.84, 11.5.84, 20.7.84 – (maf)

Entwürfe zum Beschäftigungsförderungs- und Arbeitszeitgesetz

REGIERUNG SCHAFFT BEDINGUNGEN ZUR BESEITIGUNG VON KOLLEKTIVEN SCHUTZRECHTEN

Die Bundesregierung verabschiedete am 22.8. 1984 zwei Gesetzentwürfe: das Arbeitszeit- und das Beschäftigungsförderungsgesetz. Ihnen liegen Gesetzentwürfe zugrunde, die das Sozialministerium Blüm schon früher veröffentlichte. Beide Gesetzentwürfe sollen am 1.1. 1985 in Kraft treten.

Die christlich-liberale Koalition baut aus und sichert mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz arbeitsrechtlich, daß in vielen Betrieben der Industrie und insbesondere des Dienstleistungsbereiches ein gewichtiger Teil der Beschäftigten eingestellt wird zu Bedingungen, durch die einheitliche Schutzrechte der Lohnabhängigen beseitigt sind. Dadurch organisiert die christlich-liberale Koalition die rechtlichen Voraussetzungen für eine Lage, in der die Lohnabhängigen eine gemeinsame Abwehr in den Betrieben gegen weitere Angriffe der Kapitalisten, mit denen diese eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen erzwingen wollen, nicht mehr herstellen können.

Mit der Aufspaltung der Lohnabhängigen in Beschäftigte und Arbeitslose begründet die Regierung den Gesetzes-Plan, von der Arbeiterbewegung erkämpfte gesetzliche Schranken gegen die kapitalistische Ausbeutung zu beseitigen. Sozialminister Blüm, Anhänger und Verbreiter der katholischen Soziallehre, verlangt, daß die Arbeitslosen endlich als Waffe zur gründlichen Niederreißung der gemeinsamen Schutzrechte der Lohnabhängigen eingesetzt werden, wirksam und planmäßig durch die christlich-liberalen Gesetze organisiert: "Nicht alles, was Schutz für die ist, welche Arbeit haben, ist Hilfe für diejenigen, die draußen stehen. Schutz für die einen kann Sperre für die anderen sein. Wir brauchen Zugangsbrücken zum Arbeitsmarkt und keine Barrieren."

Zu welchen Arbeitsbedingungen sollen die jetzt Arbeitslosen in die Betriebe vermittelt werden? Das Gesetz hat drei Schwerpunkte: Befristete Arbeitsverträge werden auf ein Jahr (bisher sechs Monate) bzw. bei Neugründungen auf zwei Jahre ausgedehnt; Teilzeitarbeit wird gesetzlich in allen Formen der flexiblen Höchstvernutzung der Arbeitskräfte festgeschrieben; die Leiharbeit soll ausgedehnt werden, die Überlassung von Leiharbeitern soll von drei auf sechs Monate verlängert werden. Wer also einen befristeten Arbeitsvertrag erhält und die Erwartung auf unbefristete Einstellung hat, muß damit eine einjährige Probezeit absolvieren und bestehen. Die Arbeitszeit wird bei Teilzeitbeschäftigten gesetzlich aus-

drücklich "an den Arbeitsanfall" angepaßt. Der Teilzeitarbeiter wird nach den Wünschen der Kapitalisten springen müssen. Wer als Leiharbeiter sich anstrengt, bei der Firma, an die er ausgeliehen ist, vielleicht später einmal fest angestellt zu werden, wird sich zu jeder Schinderei gezwungen sehen.

Wenn die Kapitalisten in ausgedehnterem Maße als bisher erhebliche Teile der Belegschaften in solchen von den kollektiven Arbeitsschutzrechten des übrigen Teils der Belegschaft getrennten Bedingungen halten, dann sind die tatsächlichen Voraussetzungen hergestellt, auch die bisherigen Schranken weiter aufzulösen. Damit das funktioniert, hat die christlich-liberale Koalition in der Gesetzesfassung eine Öffnungsklausel verankert, mit der die gesetzlichen Regelungen zum Nachteil von Beschäftigten verändert werden können, was im bisherigen Rahmen der Rechtsprechung nicht möglich war. So können die Kapitalisten die mit dem Gesetz geschaffene Lage nutzen, um gegen die Gewerkschaften noch schlechtere

Vereinbarungen als im Gesetz durchzudrücken.

Mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz entwickelt die Regierung solche Arbeitsverhältnisse und gesetzlichen Voraussetzungen, daß die Ausdehnung und die Flexibilisierung der Arbeitszeit, auf die die Regierung mit dem neuen Arbeitszeitgesetz zielt, von den Kapitalisten durchgesetzt werden können. Das Arbeitszeitgesetz baut also in bestimmter Weise auf den Auswirkungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes auf.

Im neuen Arbeitszeitgesetz hat die Regierung den "Grundsatz des 8-Stunden-Tages" an sechs Tagen in der Woche beibehalten. Die täglichen acht Stunden können die Kapitalisten auf zehn Stunden werktäglich verlängern, "wenn innerhalb von 3 Kalendermonaten oder innerhalb von 12 Wochen im Durchschnitt 8 Stunden werktäglich, bei Vor- und Abschlußarbeiten 9 Stunden werktäglich nicht überschritten werden".

Dieses Gesetz ist also der rechtliche Rahmen und eine Voraussetzung für die Ausdehnung des Arbeitstages

BDI, BDA, HANDWERK FORDERN – REGIERUNG SPURT

Im September 1983 legte der BDA seine "Strategien zum Abbau der Arbeitslosigkeit" vor. Im Dezember 1983 verzeichnete er erste Fortschritte und verlangte:

"Das Arbeitsrecht muß konjunkturunabhängig werden ... Besonders deutlich zeigt sich das am Problem der Sozialpläne: Zunehmend erweisen sich Interessenausgleich und erzwingbarer Sozialplan ... als schwere Belastungen für die Unternehmen ... Verlangt die Überprüfung solcher arbeitsrechtlicher Vorschriften, die zwar 'Schutz' für den jeweils Begünstigten bedeuten, die sich aber ... als letztlich beschäftigungshemmend erweisen, besondere Aufmerksamkeit ... Die mit dem Gesetz (Jugendarbeitsschutz, d. Red.) angestrebte Zielsetzung ... wurde von der Bundesvereinigung ausdrücklich begrüßt. Sie erwartet zudem, daß ... noch weitere Vorschläge zur flexibleren Gestaltung der Arbeitszeitsvorschriften in die Beratungen eingebracht werden. Auch Ankündigungen ..., die eine Erleichterung des Abschlusses von Zeitverträgen erwarten lassen, bestätigen, daß die Koalition sich der Bedeutung des Abbaus beschäftigungshemmender Vorschriften bewußt ist."

BDA-Jahresbericht 1983, 13.12.83

Auch der BDI billigt die Vorhaben der Regierung. Rodenstock forderte weiteres:

"Als Beschäftigungsbremse wirken inzwischen viele Regulierungen auf dem Arbeitsmarkt. Wir begrüßen deshalb die Initiative des Bundesarbeitsministers, den Abbau beschäftigungshemmender Vorschriften im sogenannten 'Omnibus-Gesetz' in Angriff zu nehmen. Lassen Sie mich aber sagen, daß uns ... eine ganze Reihe von Vorschlägen des bisherigen Gesetzentwurfes nicht überzeugt. Vorgesehene Einzelmaßnahmen, vor allem die Verpflichtung zur Abgeltung von Überstunden über eng gezogene Grenzen hinaus durch Arbeitsbefreiung, wirken geradezu kontraproduktiv ... Dem Problem der Sozialplanverpflichtungen wird im Gesetz ebenso wenig Rechnung getragen."

BDI-Jahrestagung, 15.5.84

Die Regierung spurt:

"Nach dem 'Ballastentwurf' der Überabgeltung durch Arbeitsbefreiung bietet der bereinigte Entwurf nunmehr gute Voraussetzungen ... Als beschäftigungsfördernd wertet der ZDH ... auch die neu in den Entwurf aufgenommenen Vorschriften über den Sozialplan."

Zentralverband des Deutschen Handwerks am 22.8.84

und die Aufsplitterung der Arbeitszeiten und zwar auf Grund der Öffnungsklauseln. Von den Festlegungen im Gesetz, das sowieso schon in wichtigen Punkten eine Verschlechterung gegenüber den geltenden Regelungen bringt – z.B. wird der Beginn des Nachtarbeitsverbotes für Arbeiterinnen von 20 Uhr auf 22 Uhr hinausgeschoben – kann durch Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung abgewichen werden. Blüm bezog sich in der Erläuterung ausdrücklich auf die Tarifabschlüsse im Metallbereich: "Der Entwurf (des Gesetzes) regle nicht die Wochenarbeitszeit und auch nicht Fragen der Überstunden... Dies alles werden... den Tarifvertragsparteien, den Betriebspartnern und den Arbeitsvertragsparteien überlassen... Dies paßt in die neue Strategie der Flexibilisierung der Arbeitszeit, für die auch die Tarifpartner vor allem in der Metallindustrie jetzt erste tarifvertragliche Grundlagen geschaffen haben."

Die "Bedürfnisse des Betriebes oder der Branche" sollen die Richtschnur für diese Regelungen sein. Der Bezug zu einem Normalarbeitstag ist damit beseitigt. Vereinbart werden kann: ein anderer Ausgleichszeitraum für den 10-Stunden-oder-länger-Tag, z.B. "auch einen Jahreszeitenausgleich"; für 60 Tage im Jahr kann die Arbeitszeit werktäglich bis zu 10 Stunden verlängert, und zwar ohne einen Ausgleichszeitraum; die Mindestruhepausen und die Mindestruhezeiten brauchen nicht eingehalten zu werden.

Daß die Kapitalisten bei der Einführung von Jahresarbeitszeiten, ausgerichtet nach der höchstmöglichen Ausbeutung der Arbeitskraft, nicht stehenbleiben wollen, daß ihnen die Aufsplitterung der Arbeitszeit in der Woche und die Einbeziehung des Samstags in die Arbeitswoche nicht genügen, drückt die christlich-liberale Regierung in dem Gesetz dadurch aus, daß sie weitergehende Möglichkeiten für die Sonntagsarbeit geschaffen hat.

Daß die Gewerkschaften und die Vertretungsorgane der Belegschaften noch über diese üblen gesetzlichen Bedingungen hinaus Verschlechterungen vereinbaren können und dies gesetzlich abgesichert wird, kann nicht im Interesse der Lohnabhängigen liegen. Große Anstrengungen zu unternehmen, diese gesetzlichen Regelungen, insbesondere die Öffnungsklauseln, zu verhindern, ist dringliche Aufgabe der Gewerkschaften und der politischen Kräfte der Arbeiterbewegung.

Quellenhinweis: Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes; Entwurf eines Beschäftigungsförderungsgesetzes 1985, Stand 17. Juli 1985; Bulletin der Bundesregierung, 24.8.84 – (gba, jöh, mag, sch, uld)



Leiharbeit: Häufig wechselnde Anfahrzeiten und Weglängen zur Arbeit und oft schmutzige, schlecht bezahlte Arbeit. Nach Angaben der Bundesregierung arbeiteten 1984 27000 bei offiziell gemeldeten Leiharbeits-Unternehmen.

LEIHARBEIT – OHNE JEGGLICHE TARIFLICHE ABSICHERUNG

Frage: Du bist in einem Leiharbeitsbetrieb beschäftigt. Bist Du rechtlich in etwa Arbeitern, die in tarifgebundenen Metallbetrieben arbeiten, gleichgestellt?

Antwort: Schön wär's. Für Arbeiter gibt es bei meinem Sklavenhändler keinen Tarifvertrag, für Angestellte einen mit der DAG. Erst einmal hat man im ersten Beschäftigungsjahr nur 24 Tage Urlaub. Erst nach zwei Jahren gibt's 31 Tage. Allerdings werden viele Arbeiter jeweils zum Winter gekündigt, kommen also nie auf regulären Urlaub. Es gibt keine Probezeit. Innerhalb von fünf Jahren kann man jeweils mit einer Frist von zwei Wochen gekündigt werden. Erst nach fünf Jahren greifen die gesetzlichen Bestimmungen. Bei uns gibt es weder Weihnachts- noch Urlaubsgeld. Man kann jederzeit zu Hilfsarbeiten herangezogen werden. Eigentlich kann man sagen, daß man in jeder Hinsicht Nachteile gegenüber den Tarifgebundenen hat. In der Schicht ebenso. Schlimm ist, daß man sich kaum gegen Überstunden wehren kann. Es gibt da zeitlich keine Beschränkung. Bezahlung ist, egal wie viele Überstunden, nur 25% mehr laut Arbeitsvertrag.

Frage: Wir schlägt sich das auf den Lohn nieder, den Du bezahlt bekommst?

Antwort: Der Lohn wird völlig individuell ausgehandelt. Willkür. Ich verdiene z.B. 13,50 DM. Nach meinen Erfahrungen liege ich ca. 1 bis 2,50 DM niedriger als die Kollegen in den Firmen, an die ich bisher ausgeliehen wurde, auf mein Alter bezogen. Mein Sklavenhändler bekommt 28 bis 32 DM pro Stunde für mich. Den Arbeitgeberanteil der Sozialversicherung auf meinen Lohn aufgeschlagen, kann man sich ausrechnen, was für ein Geschäft er macht. Daß der Lohn individuell ausgehandelt wird, hat z.B. zur Folge, daß Studenten, die die gleiche Arbeit

wie ich machen, nur 10 DM pro Stunde bekommen. Der Kapitalist bekommt trotzdem seine 28 bis 32 DM.

Frage: Wieviel Lohn bekommst du bei Akkordarbeit vom Kapitalisten bezahlt?

Antwort: Im Arbeitsvertrag steht dazu erst einmal nichts. Festgelegt sind nur die 13,50 DM. Akkordzulage hängt von der Durchsetzungsfähigkeit des Einzelnen ab und davon, ob der Kapitalist damit drohen kann, daß dann eben andere die Arbeit machen.

Frage: Wie steht es mit der Möglichkeit, sich gegen solch einen Sklavenhändler zusammenzuschließen?

Antwort: Schlecht. Man ist immer nur kurze Zeit mit "Kollegen" zusammen. Meistens arbeiten die auch nur kurze Zeit da. Der Kapitalist kann die Leute immer gegeneinander ausspielen. Geht man mal mit drei oder vier Kollegen hin und will z.B. 0,50 DM die Stunde mehr, kann er sie rauschmeißen oder dafür sorgen, daß sie nie wieder zusammen im gleichen Betrieb arbeiten. Erschwerend kommt hinzu, daß die DGB-Gewerkschaften, weil sie gegen Leiharbeit sind, mit Sklavenhändlern keine Tarifverträge abschließen. Das ist auch theoretisch in Ordnung, nützt den Kollegen aber nichts. Gut ist, daß der Bezirk Nordmark der HBV beantragt hat, daß sich der Gewerkschaftstag mit diesem Problem befassen soll. Ich weiß gar nicht, wie man ohne Tarifverträge, die auf Leiharbeitsfirmen zugeschnitten sind, auf einen grünen Zweig kommen soll. Darin müßte z.B. ein Wegegeld enthalten sein: heute ein Kilometer, morgen 10 km zur Arbeit. Unbedingt muß eine bessere Bezahlung erzwungen werden. Man steht viel mehr unter Stress, als wenn man nur in einer Firma arbeitet. Immer muß man etwas neues machen, immer voll ran-klotzen. Das alles müßte in einem Tarifvertrag berücksichtigt werden.

GLEITZEIT – MÖGLICHKEITEN ZUR INTENSIVIERUNG DER ARBEIT IM ANGESTELLTEN-BEREICH

Frage: Gibt es tarifliche Regelungen?

Antwort: Nein, es gibt keine tariflichen Regelungen der Gleitzeitarbeit im privaten Versicherungsgewerbe. Die Regelungen erfolgen durch Betriebsvereinbarungen. Die tariflich vereinbarte Wochenarbeitszeit von 40 Stunden pro Woche darf in den Betriebsvereinbarungen überschritten werden, allerdings nur bis zur absoluten in der Arbeitszeitordnung bestimmten Grenze von täglich 11 Stunden mit Pause. Die Abweichung vom Tarif ist deswegen zulässig, weil sie als vorteilhaft für den Arbeitnehmer gilt, da er die 40-stündige Wochenarbeitszeit auch unterschreiten darf.

Frage: Wie sieht so eine betriebliche Gleitzeitordnung aus?

Antwort: In unserem Betrieb wird die monatliche Soll-Zeit auf einer Zeitsummenkarte (Stempelkarte) vorgegeben. Sie errechnet sich aus der täglichen Soll-Zeit von 8 Stunden plus 1/2 Stunde Mittagspause, insgesamt also 8,5 Stunden mal die Anzahl der Arbeitstage. Für September '84 sind das 170 Stunden Zeitsoll. Dieses Soll darf man um 5 Stunden unterschreiten und um 10 Stunden überschreiten. Täglich zwischen 9.00 und 15.00 muß man zwingend am Arbeitsplatz sein (Kernzeit), der früheste Arbeitsbeginn ist 6.45 Uhr und abends um 17.45 Uhr wird die Zeiterfassungsuhr abgeschaltet.

Frage: Wie werden Überstunden verrechnet?

Antwort: Im Prinzip überhaupt nicht, weil es keine gibt. Arbeite ich im September statt 170 Stunden 190 Stunden, dann bekomme ich für den Monat Oktober eine Zeitgutschrift

von 10 Stunden. Die übrigen 10 Stunden Mehrarbeit werden nicht angerechnet und entfallen. Überhaupt wird Mehrarbeit über 10 Stunden im nächsten Monat gestrichen. Hätte ich also aus August bereits eine Zeitgutschrift von 10 Stunden gehabt, so wären also die gesamten 20 Überstunden weggefallen. Bezahlte werden also auch die gutgeschriebenen 10 Stunden auf keinen Fall. Die muß man entweder nach und nach abfeiern, oder man kann einmal im Quartal einen ganzen oder einmal pro Monat einen halben Tag Freizeitausgleich nehmen. Beides muß wie Urlaub beantragt und vom Vorgesetzten genehmigt werden. Bezahlte Überstunden sind äußerst selten. Sie müssen vom Hauptabteilungsleiter dem Abteilungsleiter ausdrücklich genehmigt werden.

Frage: Wie sieht es mit den Gleitzeitkonten praktisch aus?

Antwort: Die Personalabteilung hat im vergangenen Jahr die Gleitzeitkonten aller Innendienstangestellten, die Gleitzeit haben (Teilzeitkräfte haben keine Gleitzeit), untersucht. Von rund 400 Beschäftigten hatten weniger als 10 zwischen 5 und 10 Stunden minus (das war damals noch zulässig, heute nur noch 5). Weniger als 30 hatten überhaupt ein Zeitminus, über 300 dagegen hatten Überstunden auf dem Konto. In der Abteilung, in der ich arbeite, haben 75 % der Kollegen ständig 10 Stunden Zeitgutschrift, die sie Monat für Monat vor sich herschieben. Unser Problem besteht dann darin, irgendwie wenigstens nicht über die 10 Stunden hinauszukommen, damit die Mehrarbeit nicht auch noch gestrichen wird. Der Betriebsrat geht davon aus, daß dem

Unternehmen rund 3 000 Überstunden ständig "kreditiert" sind.

Frage: Wer entscheidet über Arbeitsbeginn und Ende?

Antwort: Laut Betriebsvereinbarung ist nur die Kernzeit einzuhalten und darüber hinaus kann man selbst bestimmen. In der Praxis ist das aber keineswegs so. Abteilungen, die von Außendienstlern ständig für Auskünfte zur Verfügung stehen müssen, sollen auch ständig, d.h. von 6.45 bis 17.45 erreichbar sein, sodaß ein aufeinander abgestimmter Zeitplan gemacht werden muß. Teilweise ist es auch so, daß von Sachbearbeitern, die sich gegenüber sitzen und sich gegenseitig vertreten, einer um 6.45 kommt und der andere dann bis 17.30 bzw. 17.45 Uhr bleibt.

Frage: Welche Erfahrungen hat man im Laufe der Zeit gemacht?

Antwort: Zunächst wurde seinerzeit die Einführung der Gleitzeit ziemlich einhellig begrüßt. Das hat sich aber inzwischen geändert. Die Geschäftsleitung hat nach und nach:

den bis zu einer Stunde bezahlten Arztbesuch abgeschafft, die Möglichkeit, in der Arbeitszeit einmal monatlich zur Bank zu gehen, abgeschafft, die persönlichen Feiern während der Arbeitszeit abgeschafft usw. Da man alle persönlichen Angelegenheiten außerhalb der Kernzeit regeln kann und nicht wie früher während des festen Arbeitstages regeln muß, gibt es heute keinerlei derartigen Möglichkeiten mehr. Die Gleitzeit hat zu einer schrittweise durchgesetzten Verdichtung des Arbeitstages geführt. Bei uns im Betrieb gibt es viele Pendler, die von weit her anreisen müssen (Essen, Dortmund). Alle Zugverspätungen oder Autostaus gehen zu ihren Lasten, während früher beim witterungsbedingten Zuspätkommen die Verspätung nicht angerechnet wurde.



Verspätungen, die entstehen, weil z.B. Frauen sich um ihre Kinder kümmern oder das Wetter schlechter ist, werden bei Gleitzeit nicht mehr bezahlt, sondern müssen nachgearbeitet werden.

KAPOVAZ – ANGRIFF AUF MINDESTARBEITSBEDINGUNGEN

Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (KAPOVAZ) ist Arbeit auf Abruf. Der Kapitalist setzt den Arbeiter nur dann und solange ein, wie die Arbeitskraft benötigt wird. Nur die tatsächlich geleistete Arbeitszeit wird bezahlt.

1. Das Kaufhaus Peck & Cloppenburg schloß einen Arbeitsvertrag ab, wonach "Arbeitszeit und Arbeitseinsatz nach den betrieblichen Notwendigkeiten erfolgen" sollte. Der Arbeiter wurde zum Entladen eingesetzt, wenn die fest beschäftigten Arbeiter den Arbeitsanfall nicht bewältigen konnten. P & C verfügte dementsprechend unterschiedlich, eben völlig variabel, über den Arbeiter. Mal wurde er weit über 173, mal weit unter 100 Stunden eingesetzt. Ende 1983 teilte P & C dem Arbeiter mit, es gebe voraussichtlich in den nächsten drei Monaten keine Arbeit für ihn.

2. Das Congresscentrum Hamburg (CCH) beschäftigt nur wenig Stammpersonal. Für die häufig, aber eben nicht regelmäßig und ständig stattfindenden Kongresse, Bälle etc. wird Personal zusätzlich benötigt. Das CCH hat mit Kellnern usw. Arbeitsverträge abgeschlossen, wonach diese nach Bedarf eingeteilt und auch nur dafür bezahlt werden.

3. Auch die Hamburger Fremdsprachenschulen können es sich aufgrund der Lehrerarbeitslosigkeit leisten, viele Lehrer auf Abruf zu beschäftigen. Nach der Zahl der durchzuführenden Kurse werden Stunden vergeben und bezahlt. Der Unterschied zu dem Beispiel von P & C besteht lediglich darin, daß ein oder zwei Wochen vorher feststeht, wann gearbeitet wird.

Die Beispiele zeigen, daß der Kapitalist dadurch Lohnkosten einspart, daß er die Arbeitskraft nicht ständig vorhält. Er entledigt sich damit des Beschäftigungsrisikos. Der Arbeiter aber weiß nicht, welche Geldmittel ihm in der nächsten Zeit zur Verfügung stehen werden. Darüberhinaus verweigern die Kapitalisten den Beschäftigten meistens sämtliche gesetzlichen und tarifvertraglichen Ansprüche. Bereitschaftsdienst wird nicht bezahlt, Überstunden erst bei Überschreitung von 40 Wochenstunden.

Die meisten bestehenden Rechte beruhen auf einer festen Wochenarbeitszeit und können daher bei variabler Arbeitszeit problemlos unterlaufen werden; z.B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall: Teilt der Arbeiter seine Arbeitsunfähigkeit mit, ordnet der Kapitalist keine Arbeit an. Hat er das schon vorher getan, wird er für die Dauer der Krankheit keinen weiteren Einsatz anordnen. Es steht also im Belieben des Kapitalisten, ob der Arbeiter

während der Krankheit Lohn erhält. Eine Fremdsprachenschule zahlt dann immerhin den Durchschnittslohn der letzten drei Monate, andere Firmen gar nichts. Bei Bezahlung von Urlaubs- und Feiertagen haben die Kapitalisten die gleichen Möglichkeiten, sich allen Verpflichtungen zu entziehen. Das CCH gewährt noch nicht einmal Urlaub. Bei der Lohnfortzahlung kommt noch hinzu, daß der Kapitalist die Arbeit so einteilen kann, daß der Arbeiter nicht mehr als 10 Stunden die Woche oder 45 Stunden im Monat arbeitet und dann sowieso keine Rechte im Krankheitsfall hat.

Besonders deutlich wird die Rechtlosigkeit der mit Kapovaz-Verträgen Beschäftigten, wenn der Kapitalist ihnen nicht kündigt, sondern einfach keine Arbeit anordnet, wie bei P & C geschehen. Das ist keine Kündigung. Kündigungsfristen müssen nicht eingehalten werden. Kündigungsschutzklage kann der Arbeiter auch nicht erheben. Arbeitslosengeld gibt es auch nicht, weil der Vertrag weiterbesteht, vorübergehend nur nicht gearbeitet werden kann. Der Arbeiter ist auf Sozialhilfe angewiesen. Aber auch nach einer Kündigung gibt es nur Arbeitslosengeld, wenn der Arbeiter regelmäßig mindestens 20 Stunden die Woche gearbeitet hat.

Die Kapitalisten verweisen darauf, daß überhaupt kein ständiges Arbeitsverhältnis vorliege, sondern der Arbeiter "freier Mitarbeiter" sei oder ein Arbeitsvertrag immer nur für den konkreten Einsatz zustandekomme. Die Gerichte machten das nicht so einfach mit, da zu offensichtlich durch Kapovaz-Verträge viele Arbeiterschutzzrechte und die Tarifverträge außer Kraft gesetzt werden. Blüm will mit seinem Beschäftigungsförderungsgesetz dieser gesteigerten Form der Ausbeutung gesetzliche Anerkennung verschaffen. Der Kapitalist soll lediglich verpflichtet sein, dem Arbeiter vier Tage im voraus die Lage der Arbeitszeit mitzuteilen. Der Arbeiter soll nämlich, so die Begründung, in die Lage versetzt werden, seine Arbeitskraft anderweitig zu verwerten. Seine Notlage soll ein anderer Kapitalist mit einem weiteren Kapovaz-Vertrag nutzen können. Außerdem soll der Kapitalist den Arbeiter mindestens drei Stunden hintereinander einsetzen. Darauf darf der Arbeiter aber auch verzichten, was der Kapitalist dann auch regelmäßig fordern wird.

Der DGB-Bundeskongreß 1982 hat u.a. die Übernahme aller Kapovaz-Arbeitnehmer in tarifvertraglich gesicherte Arbeitsverhältnisse und die generelle Einbeziehung der Teilzeitbeschäftigten in die Sozialversicherung gefordert.



Bei "Abruf"-Verträgen mit Frauen war die Post Vorreiter.



Restaurant-Betrieb: "Kapazitätsorientierte" Arbeitszeiten sind üblich.



Handelskapitalisten: Arbeitszeiten nach Kundenandrang geregelt



Öffentlicher Dienst

Am 25. September findet der erste Verhandlungstermin in der Tariffbewegung 1984 für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes statt. Bund, Länder und Gemeinden haben sich als Dienstherren von langer Hand auf diese Tariffbewegung vorbereitet. Bereits Mitte Mai 83 faßte das Bundeskabinett den Beschluß, 1984 jegliche Erhö-

hung von Löhnen, Gehältern und Besoldung zu verhindern. Im August erhielten die Bundesbehörden von Zimmermann Instruktionen für den Fall eines Arbeitskampfes. Im Januar 84 reichten Bund, Länder und Gemeinden Klage wegen der Warnstreiks in der Tariffbewegung 83 ein. Alles deutet auf brutales Vorgehen des Dienstherren hin. Ist die ÖTV ausreichend gerüstet?

Beziehungen BRD-Italien

Andreottis Vorwurf des "Pan-Germanismus" habe die Bundesregierung "auf die höchste verärgert", hat Kohl erklärt. Die italienische Regierung hat mit Andreottis Äußerungen scharf auf großdeutsche Auftritte kurz zuvor in Tirol reagiert, hinter denen die österreichische Regierung, aber insbesondere westdeutsche Reaktionäre stecken. Die westdeutschen Imperialisten verlangen jetzt eine öffentliche Zustimmung der italienischen Regierung zu ihren großdeutschen Zielen. Noch vor wenigen Jahren hätten sie diese rasch bekommen, da war die italienische Regierung hoch bei ihnen verschuldet. Wie haben sich die Beziehungen BRD-Italien seitdem entwickelt?



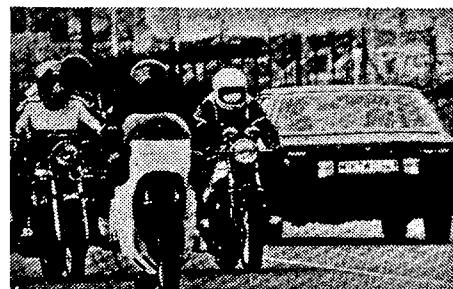
Wende in der Heimerziehung

Durch einschneidende Sparmaßnahmen sollen in Niedersachsen die Heimplätze in Jugendhilfeeinrichtungen um mehr als die Hälfte gesenkt werden. Besonders kleinere "Reform"-Heime sind davon bedroht – die großen kirchlichen Anstalten mit Jahrhunderttradition werden gefördert. Um die weniger werdenden und

zur Heimerziehung freigegebenen Kinder entbrennt ein wilder Konkurrenzkampf – wer billig arbeitet, erhält auf dem Kindermarkt den Zuschlag. Durch diesen Überlebenskampf der Einrichtungen werden von den Erziehern die übelsten Arbeitsbedingungen abgepreßt: Erziehung in Conti-Schicht, geteilter Dienst, keine Überschneidungszeiten, keine Doppelbesetzungen.

Dollingers Verkehrssicherheitsprogramm 1984

Mitte Mai hat der Bundesverkehrsminister ein Programm zur Verkehrssicherheit vorgelegt, das u.a. folgendes vorsieht: Die Einführung des Führerscheins auf Probe für Anfänger, eine Neueinteilung der Führerscheinklassen, die Einführung von Verwarnungsgeldern bei Nichtanlegen der Sicherheitsgurte auf dem Vordersitz. Maßnahmen, die, so Dollinger, die "Eigenverantwortung des Bürgers" im Straßenverkehr heben sollen. Die Einführung von weiteren Geschwindigkeitsbeschränkungen lehnt Dollinger ab, weil damit "mehr Staat" auf die Straßen komme. GRÜNE und Gewerkschaften haben das Programm kritisiert und eigene Konzepte vorgelegt.



Politische Berichte
Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte
erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:
Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrich-

tenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.
Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.
Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57
Postscheckkonto Köln,
Konto-Nr. 104 19-507
Bankleitzahl 370 100 50

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2–13): Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung (S. 14–19): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 20–29): Günter Baumann; für Sozialstatistik (S. 30–31): Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 32–35): Angela Lux; für Spezialberichte (S. 36–39): Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.